

UB Braunschweig

84



10327-919-4

Sür das Handwerk.



Für das Handwerk.



Eine Besprechung

des

Entwurfs des preussischen Handelsministers

Freiherrn von Berlepsch

zur

Organisation des Handwerks

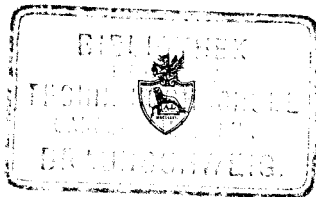
und zur

Regelung des Lehrlingswesens

von

Hugo Böttger


(Verfasser vom „Programm der Handwerker“).




Braunschweig.

Druck und Verlag von Albert Limbach.

1894.



Nachdruck verboten.



Vorwort.

Ungefähr zu gleicher Zeit, als der Verfasser im vorigen Sommer seine Schrift „Das Programm der Handwerker“ der Öffentlichkeit übergeben hatte, erschien der Entwurf des preussischen Handelsministers zur Organisation des Handwerks und zur Regelung des Lehrlingswesens, der die Handwerkerfrage in eine völlig neue Phase der Entwicklung bringen sollte. Es war nicht möglich gewesen, in der erwähnten gewerbepolitischen Arbeit die Pläne des Herrn von Berlepsch noch einer Besprechung zu unterziehen, und dieser Umstand wurde hier und da in den zahlreichen Kritiken der Fach- und Tagespresse über das Programm zc. als ein unvermeideter Mangel erwähnt. Um nun die erste Arbeit in dieser Richtung zu ergänzen, und um andererseits den Interessenten und Politikern, denen die Vorschläge des preussischen Handelsministers demnächst zur definitiven Beurteilung nach der inzwischen erfolgten allgemeinen Begutachtung übergeben werden, das betreffende Material in übersichtlicher Form darzubieten, hat der Verfasser die in gemeinschaftlichen Besprechungen mit Gewerbetreibenden gewonnenen Eindrücke und die ihm übermittelten Urteile der Korporationen, Behörden und Nationalökonomien in der vorliegenden Arbeit gesammelt und niedergelegt. Möge die kleine Schrift mit dem gleichen Wohlwollen aufgenommen werden, das die Kritik der umfassenderen Arbeit über die Handwerkerfrage entgegengebracht hat.

Hildesheim, im November 1893.

Der Verfasser.

Inhalt.

	Seite
Vorwort.	
Einführung	1
Die Fachgenossenschaften	16
Die Handwerkskammern	32
Das Lehrlingswesen im Handwerk	46
Die öffentliche Kritik	57
Schlußwort	77



Einführung.

Nachdem die Politik des Deutschen Reiches sich lange Zeit mit den Wünschen und Forderungen der arbeitenden Klassen beschäftigt hat, nachdem auf diesem Felde bedeutsame soziale Gesetze geschaffen worden sind und jetzt eine wohlthuende Ruhepause in dieser Gesetzgebung eingetreten ist, beginnt der deutsche Einheitsstaat seine gesetzgeberische Fürsorge dem Mittelstande, dem Handwerke und dem Kleingewerbe zuzuwenden. Viele Wünsche, die bisher vor dem anscheinend Wichtigeren zurückgestellt worden sind, treten jetzt an den Staat heran und verlangen gebieterisch ihre Erledigung.

Die Handwerker, jene zahlreiche Klasse von Gewerbetreibenden, die Arbeit für einen bestimmten Kundenkreis, für örtliche und individuelle Bedürfnisse verrichten, jener Berufsstand, bei dem noch ein Unterschied zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen ziemlich bestimmt durchgeführt ist, in dessen Arbeit die Handarbeit vorwiegt und dessen Arbeitsinstrumente hauptsächlich Werkzeuge und Geräte nicht eigentliche große Kraftmaschinen sind, die Klasse der Handwerker ist mit dem Anbruch des Industriesystems aus der behäbigen und sicheren Lebenshaltung, die ihr im Mittelalter vergönnt gewesen ist, in den schweren Kampf ums Dasein unserer Tage hinausgedrängt worden. Es braucht wohl kaum noch erwähnt zu werden, was diesen Umschwung hervorgerufen hat. Durch das Aufkommen der Fabriken vom sechszehnten bis zum achtzehnten Jahrhundert wurde das Handwerk gehindert, neue lohnende Artikel in sein Produktionsgebiet aufzunehmen und damit zu einem gefährlichen Stillstande in der Entwicklung verurteilt. Später griff dann die Fabrik auch auf die alte Domäne des Handwerks über. Das große Kapital und der Großbetrieb engen das kleine Gewerbe ein. Die höhere technische und kaufmännische Ausbildung der leitenden Personen in den Großbetrieben giebt

Wöttger, Für das Handwerk.

diesen vor den Handwerkern einen bedeutenden Vorsprung. Die Großindustrie hat weiter die beliebige Verwendung der täglich sich vervollkommnenden Maschinen bis zu einem gewissen Grade ausschließlich für sich okkupiert, sie kauft die Rohstoffe im Großen und in dem günstigsten Zeitpunkte, und damit oft wohlfeiler und besser ein, als der einzelne Handwerker. Die Kosten des Betriebes und der Unterhaltung sind in der Großindustrie verhältnismäßig geringer, als beim Kleingewerbe; die Arbeitsteilung kommt in allen ihren vorteilhaften Wirkungen weit mehr im Großbetriebe als im Handwerk zur Geltung. Es tritt noch hinzu, daß der Fabrikant vielfach die tüchtigsten Arbeitskräfte an sich zieht und den Handwerker zu höheren Löhnen für seine Gehilfen zwingt, oder aber ihn auf einen angestregten und nicht immer rentablen Alleinbetrieb beschränkt. Dabei sichern tüchtige Reisende, große Auswahl und schnelle Bedienung dem Großbetriebe einen wachsenden Kundenkreis. Die Kreditfristen, die manche großen Geschäfte ihren Kunden gewähren, haben zur Verbreitung der Borgwirtschaft im Kleingewerbe beigetragen, und diese Borgwirtschaft hat schon oft die Kräfte des Handwerkes überspannt.

In einer Klasse von ehemals rein handwerksmäßigen Gewerben ist es daher in der That dem Großbetriebe fast vollständig gelungen, das Kleingewerbe zu beseitigen, weil er hier bei der Anwendung großer Kraftmaschinen, bei dem schnelleren Absatz der Erzeugnisse eine unbestreitbare Uebermacht bildet. Solche Gewerbe sind die Textilindustrie und die Färberei. In einer andern großen Gruppe ist der Kampf ausgebrochen, und die Ueberlegenheit der Fabrik dort, wo der Massenverbrauch entscheidend mitpricht, wahrscheinlich, ohne daß indes damit die Fortdauer des Kleinbetriebes ausgeschlossen wird, der das Produkt den wechselvollen Wünschen und Bedürfnissen doch immer besser anpassen kann, als die nach Schablonen arbeitende Fabrik. Zu dieser Klasse dürfen wir die Schneiderei, Schuhmacherei, Tischlerei, Drechslerei, die Gewerbe der Schlosser, Sattler u. rechnen. Recht zahlreich ist sodann die dritte Gruppe, worin der Kleinbetrieb vorherrscht, weil die Produkte oder die Arbeitsleistungen überall ununterbrochen, aber in jeweilig geringeren Mengen verlangt werden. Hierher sind die Zweige der Nahrungsmittel-Industrie und ein Teil der Baugewerbe zu rechnen. Schließlich besteht eine der Zahl nach sehr bedeutende Gewerbegruppe, in der der Großbetrieb so gut wie gar nicht Boden gefaßt hat, weil dort eine größere Maschinenanwendung vorläufig unmöglich ist. Dies gilt von den Gewerben der Maler, Barbieren, Friseure, Glaser, Korbflechter u. Vergessen wir aber auch nicht, daß das Reparaturhandwerk stets eine große

Zahl von Kleinbetrieben erhalten wird, und daß ihnen in dem Kunsthandwerk gleichfalls mancher Ersatz geboten werden kann.

Wir sehen, daß die Behauptungen der radikalen Gewerbespolitiker, das Handwerk müsse mit Notwendigkeit zwischen dem Großbetriebe und dem Proletariat aufgerieben werden, unhaltbar und nur auf Uebertreibungen zurückzuführen sind. Auch die Statistik giebt ihnen vollständig unrecht. Nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 verteilten sich — wenn man die Hausindustrie und die Strafanstaltsarbeit ausscheidet — sämtliche der Zählung unterworfenen Gewerbebetriebe folgendermaßen auf die Gruppen der Klein-, Mittel- und Großbetriebe:

Kleinbetriebe	2908294 = 96,77 %
(ohne Gehilfen oder mit 1—5 Gehilfen)	
Mittelbetriebe	78189 = 2,90 %
(mit 6—50 Gehilfen)	
Großbetriebe	9974 = 0,33 %
(mit 51 Gehilfen und mehr).	

In den hier aufgeführten Kleinbetrieben waren 4789008 Personen beschäftigt, zieht man die in anderen Berufsarten als im Handwerk beschäftigten Personen ab und addiert die nötigen Zahlen aus den Mittelbetrieben, so ergibt sich nach einer annähernd genauen Schätzung als die Zahl der gegenwärtig im und mit dem Handwerk beschäftigten Personen 3—4 Millionen.

Diese gewaltigen Zahlen mögen sich inzwischen nach der einen oder anderen Richtung hin verschoben haben, immer aber lassen sie das große Interesse des Staates und der politischen Parteien begreifen, wenn eine Erwerbsklasse, die in solcher Stärke im deutschen Reiche vertreten ist, in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht ist oder angegriffen zu sein erklärt. Da man wird sich angesichts dieser Zahlen fragen dürfen, ob bisher schon Genügendes für diesen wichtigsten Teil des Mittelstandes geschehen sei.

Man muß freilich auch, ehe man mit Vorwürfen und Klagen allzu freigiebig umgeht, sich vergegenwärtigen, daß die Gesetzgebung wohl kaum ein spröderes und schwierigeres Material, als gerade die Handwerkerfrage kennt. Schon bei der Begriffsbestimmung des Handwerks fangen die Schwierigkeiten an; es giebt wirklich keine Definition, die mit ausreichender Schärfe und Genauigkeit das Handwerk abgrenze gegen die Klein- und Mittelindustrie, gegen die Hausindustrie und gegen das Handelsgewerbe. Ueberall überspringt das wirkliche Leben die willkürlichen Scheidungslinien auch der wohlwollendsten Theoretiker. Dieser Mangel eines

festen Begriffs äußert sich auch recht bedenklich in der Gesetzgebung, er verhindert hier ein kräftiges Durchgreifen und verleitet zu beständigen Kompromissen und Zugeständnissen bald nach der Seite der Industrie, bald nach der des Handels. Was hilft es, daß die Gesetzgebung von Fall zu Fall vorgeht, angeblich, um Härten zu vermeiden, thatsächlich aber vielfach, um der bureaukratischen Willkür die Thür zu öffnen; wie können z. B. statistische Unterscheidungen, die bei fünf Gehilfen den Kleinbetrieb aufhören und den Mittelbetrieb anfangen lassen, das so fein differenzierte Gewerbeleben mit seinem reichen Wechsel von Wünschen und Bedürfnissen erfassen und befriedigen? Dann wieder wie verschiedenartig ist das Produktions- und Erwerbsleben dieser großen Klasse der Handwerker. Das Spezialisieren der Handwerksarten und das Ubergreifen des einen Handwerks in das andere nimmt ferner einen immer größeren Umfang an. Jener Handwerker arbeitet nur noch für Fabriken und große Magazine, ein anderer betreibt mit mehr oder minder Erfolg ein Ladengeschäft neben seiner handwerksmäßigen Thätigkeit.

Und welche Fülle von Individualitäten, von grundverschiedenen Persönlichkeiten umfaßt diese Berufsklasse. Ein Teil der Handwerker von einigermaßen geistiger und wirtschaftlicher Spannkraft verläßt sich auf sich selbst und verlangt vom Staate lediglich, daß er ihn in Ruhe lasse; ein anderer treibt schlecht und recht das Handwerk, wie es ihm von seinem Vorgänger überliefert worden ist, fleißig und solide, jedoch ohne große Initiative, ohne den rechten Wagemut, den das heutige Leben so oft verlangt. Gar manche wieder sind erbittert und verstimmt, weil ihnen das Schicksal keine Rosen auf den Weg gestreut hat, sie grollen mit sich und ihrer Umgebung und fallen auf das unsinnige Gerede jedes Unzufriedenen herein. So wollen die einen volle Bewegungsfreiheit, die anderen absolute Gebundenheit in der Kunst, die dritten sind Gegner eines jeden Systems und würden sich wahrscheinlich in einer „gemüthlichen Anarchie“ am wohlsten fühlen. Vom Ultrakonservatismus bis zur radikalen Sozialdemokratie erstreckt sich das politische Glaubensbekenntnis des heutigen Handwerkerstandes; es umfaßt Liberale, Antisemiten, Ultramontane u., und läßt auch noch für manche neuauftauchende und wieder verschwinnende Parteigruppierung den erforderlichen Spielraum.

Für alle diese wirtschaftlich, technisch, sozial und politisch verschiedenartigen Wesen nun ein einheitliches besonderes Gewerbe-recht und gar eine gemeinschaftliche Organisation schaffen, heißt an eine Zeit, der bekanntlich die Fähigkeit der Gesetzgebung abgesprochen ist, fast unlösliche Aufgaben richten. Freilich ist ein Teil des

Handwerkerstandes selbst nicht eben blöde mit Vorschlägen, doch hat sich für diese Vorschläge außer ihren Urhebern nur ein sehr kleiner Teil der übrigen politischen Gemeinschaft begeistern können.

Eine Handwerkerbewegung, ein planmäßiger Zusammenschluß eines Teils der Handwerker, um ihre Lage zu verbessern, haben wir in Deutschland seit dem Jahre 1848, wo im Frankfurter Römer neben der Nationalversammlung ein „Handwerkerparlament“ getagt hat. Doch wogen zunächst Ideen und Meinungen noch ohne festen Mittelpunkt hin und her; erst nach 1869, nach dem definitiven Durchbruch der Gewerbefreiheit in Deutschland, gewinnt die Bewegung an Klarheit und Festigkeit, da ihr damit ein fester Angriffspunkt gegeben worden ist. Der „Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten“ war es zunächst, der die Interessen des kleinen Gewerbestandes auf der Grundlage der Gewerbefreiheit zu wahren suchte, er mußte aber nach dem Umschwung unserer innern Politik am Ende der siebziger Jahre einer energischeren Richtung Platz machen. Auf dem Allgemeinen deutschen Handwerkerstage zu Magdeburg im Jahre 1882 forderte man dann zum ersten Male die obligatorische Zinnung und die Lieferung eines Meisterstücks, Forderungen, die dann in den Versammlungen in den Programmen und auch im Reichstage immer wieder zum Vorschein kamen. Zwei große Organisationen besitzen die Handwerker, den „Allgemeinen deutschen Handwerkerbund“ und den „Zentralvorstand der vereinigten Zinnungsverbände Deutschlands“; der Unterschied zwischen beiden Verbänden, von denen hauptsächlich die Agitation geleitet wird, ist eigentlich politischer Natur. Der Zentralvorstand steht auf dem Boden des Gewerbegesetzes, der Handwerkerbund auf dem des Vereinsgesetzes, dem ersteren ist die Zinnung Selbstzweck, der letztere will durch sie politischen Einfluß gewinnen und zwar in der Richtung einer klerikal-konservativen Politik. Der Handwerkerbund will die obligatorische Zinnung, der Zentralvorstand glaubt, daß auch mit den bestehenden Zinnungen sich Nützliches für das Handwerk erreichen lasse. Der Befähigungsnachweis, den der Handwerkerbund mit einem gewissen Fanatismus erstrebt, wird vom Zentralvorstand ruhiger und maßvoller verfochten. Beide Vereinigungen gehen nun seit 1889 in repräsentativen Angelegenheiten geschlossen vor und veranstalten gemeinschaftliche Tage.

Manches in dem Programm der auf diese Art organisierten Handwerker ist verständig und fähig, in die Wirklichkeit überseht zu werden. In ihren beiden sogenannten Kardinalpunkten, in der Frage der Zwangszinnungen und des Befähigungsnachweises findet die Bewegung bei den Konservativen und Anti-

semiten, sowie im Zentrum Unterstützung, die Regierung, die Freikonservativen, die liberalen Parteien, sowie die Sozialdemokratie halten hier jedoch manche schwere Bedenken entgegen und lehnen die Unterstützung einer derartigen, auf die Wiederherstellung überlebter Rechtsformen gerichteten Politik entschieden ab.

In der Hauptsache laufen beide Vorschläge auf das Ziel hinaus, in dem gegenwärtigen Konkurrenzkampf des Handwerkes mit der Groß- und Mittelindustrie, mit der Hausindustrie und mit dem Zwischenhandel gesetzlich zu Gunsten des Kleinbetriebs einzugreifen, die kapitalistische Uebermacht durch behördliche Reglementierung zu brechen, die Zahl der Handwerker durch den Ausschluß Ungelernter und Unzünftiger, der angeblich Untüchtigen, einzuschränken und den Konkurrenzkampf zu erleichtern, und schließlich eine möglichst, der öffentlichen Kontrolle entzogene Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe man die Autorität der Meister zu stärken und die Forderungen der abhängigen, beständig wachsenden Arbeiterschaft in Zügel zu halten hofft.

Die alte historische Form der Zunft ist auch unseres Erachtens die zweckmäßige Grundlage für ein reges und erspriessliches Korporationsleben des Kleingewerbes. Dieses ist, obwohl es die bei weitem vorherrschende Betriebsart ist, der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegenüber auf einen engen Zusammenschluß der an sich so zerplitterten Kräfte angewiesen; und in dem Wesen und in den alten historischen Einrichtungen und Gebräuchen der Zunft liegt soviel kräftige deutsche Eigenart, das Leben innerhalb dieses Verbandes ist so sehr geeignet, das Standesbewußtsein und das Gefühl der Berufsehre zu fördern und zu stärken, wie es ein moderner Verein nicht leisten kann. Natürlich müssen die Traditionen des Zunftlebens mit dem neuen Geiste versöhnt, es müssen ihm neue Aufgaben zugeführt werden, und es muß in der Organisation der Grundsatz der Freiwilligkeit obwalten, wenn sie für die Dauer Bestand haben soll; sie muß in sich selbst genügende Existenzkraft besitzen, es müssen unwillige und untüchtige Elemente, sowie jene scharfen Parteigegensätze, die sich unter dem Drucke des Zwanges unbedingt entwickeln müssen, ferngehalten werden. Von der Zwangszunft können wir uns keinen Segen für das Handwerk versprechen.

Auch der vielgerühmte Befähigungsnachweis hat ohne Zweifel mehr agitatorische als praktische Bedeutung. Es ist den Freunden eines derartigen obligatorischen Prüfungswezens zum hundertsten Male nachgewiesen worden, daß der angebliche Nachweis der Befähigung für ein Handwerk, das Meisterstück und die Prüfung vor Gewerbegegnossen nicht als ein wirkames Mittel zur Hebung

der technischen und wirtschaftlichen Lage des Handwerks betrachtet werden kann, daß der Befähigungsnachweis nirgendwo das Pfuschen, das Uebergreifen in eine ungelernte Gewerbsart verhindert, und daß der Befähigungsnachweis absolut unfähig ist, der Kapitalmacht irgendwelche Schranken zu setzen. Die etwaigen erziehlischen Momente werden durch die Chikanen und Scherereien, durch die Gehässigkeiten und Streitigkeiten, die bei diesem Prüfungswesen unvermeidlich sind, reichlich wieder aufgehoben. Es ist jetzt zunächst die Sache der Verehrer des Befähigungsnachweises, die Beweise für seine Durchführbarkeit und für seinen Wert vorzubringen. Bis jetzt sind sie diese Beweise stets schuldig geblieben. Der Gedanke, die Entscheidung, welcher Handwerker etwas Tüchtiges und Brauchbares liefert, dem Publikum zu nehmen und dem Kreise der Berufsgenossen zu übertragen, hat in der reinen Theorie ja wohl etwas Bestechendes. Der Fachmann wird gewiß im Allgemeinen sicherer und richtiger beurteilen können, ob ein Stiefel ordnungsmäßig angefertigt ist, ob ein Schrank nicht zu teuer verkauft wird, welche Arbeitszeit irgend eine Dienstleistung beansprucht, aber es ist doch andererseits sehr fraglich, ob in der That bei dem immer mehr erbitterten Konkurrenzkampfe der Berufsgenossen auch ein vorurteilsfreier und unbefangener Richter, Kritiker und Zeuge sei.

Man bezieht sich bei derartigen Forderungen gern auf die Blütezeit des Kleingewerbes, in der es derartige Beschränkungen des Gewerbebetriebes gegeben hat. Gewiß hat vom fünfzehnten bis zum sechzehnten Jahrhundert das Handwerk wohl jedem Meister ein leidlich behäbiges Auskommen gewährt; in jener Zeit, da die Zunftorganisation allgemein gewesen, hat es auch noch eine Möglichkeit gegeben, den Großbetrieb und die Kapitalmacht in enge Grenzen zu bannen, in der abgeschlossenen Gemeinschaft des Stadtkreises einem Jeden sein bestimmtes Arbeitsgebiet anzuweisen und dem einzelnen Handwerker eine gewisse Sicherheit seines Betriebes gewissermaßen mit der Geschäftsübernahme zu garantieren. Diese kurze Zeit der Blüte war jedoch das Erzeugnis einer ganzen Reihe dem Kleinbetriebe günstiger Erscheinungen und konnte, wie diese, nur von kurzer Dauer sein, nur so lange nämlich der Handwerkerstand nach seinen schweren Kämpfen mit dem Stadtpatriziat die führende Rolle im deutschen Bürgertume erhalten hatte und die ihm damit zugewiesenen Aufgaben mit tiefem sittlichen Ernste, mit Gewissenhaftigkeit, kurz mit aller ausreichenden Befähigung löste. Die Zunft war, man vergißt das heutzutage viel zu oft, ein städtisches Amt, das den Angehörigen mit seinen Vergünstigungen auch sehr bedenkliche Verpflichtungen auferlegte. Die gewerbemonopolistischen Rechte hatten ihren Ursprung nicht in einer Furcht vor fremder Konkur-

renz, sondern sie waren die Folge einerseits der ökonomischen und politischen Stellung der damaligen Städte, andererseits des amtlichen Charakters und der Dienstpflicht der Zünfte. Damals waren eben die Städte nicht wie heute Glieder eines größeren Staates, sondern selbständige, politische und wirtschaftliche Gemeinwesen, die wie heute die Staaten das Interesse und das Recht hatten, für ihre Angehörigen und auch nur für diese zu sorgen. Ein hoher Grad von Gemeinfinn und von Opferwilligkeit, ein weiter vorurteilsfreier Blick bei der Gesamtheit der Gewerbetreibenden waren die Voraussetzungen der Zunft. Das alles aber konnte sich in seiner Reinheit nur kurze Zeit erhalten; und wie man sich auch heute bemühen mag, es wird nicht möglich sein, die Henne in das Ei zurückzuschicken, unsere ganzen Verkehrsverhältnisse wieder in die möglicherweise romantisch schönen, sicher aber engen Mauern der mittelalterlichen deutschen Stadt einzusperrern, dem Handwerkerstand wieder die Führerschaft in der heutigen Gesellschaft zu geben, die im Konkurrenzkampfe nicht eben veredelten Naturen der Menschen durch Dekrete und Gesetze wieder in die Verfassung zu bringen, die Vorbedingung und Grundlage des ganzen Zunftwesens gewesen ist. Man frage nur den heutigen Handwerksmeister, ob er wohl die vielen Verpflichtungen und Lasten, die Entbehrungen und öffentlichen Mühen seines Kollegen aus dem fünfzehnten Jahrhundert übernehmen will und kann?

Wir glauben daher, daß die freie, mit weitgehenden Rechten ausgestattete Innung, wie sie die vielfach revidierte Gewerbeordnung bietet, vollständig das leistet, wenn sie von allen Hilfsmitteln Gebrauch macht, und wenn ihre Mitglieder im ganzen Umfange ihre Schuldigkeit thun, was man billiger Weise von einer Handwerks-Korporation verlangen kann: Pflege des Gemeingeistes und der Standesehre, die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen, Fürsorge für das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis der Gesellen, Regelung und Hebung des Lehrlingswesens, Entscheidung von gewissen Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und ihren Lehrlingen.

Es steht der freien Innung ferner zu, Fachschulen für Lehrlinge zu errichten und zu leiten, die Förderung der gewerblichen und technischen Ausbildung der Meister und Gesellen, die Veranstaltung von Gesellen- und Meisterprüfungen, sowie das Ausstellen von Zeugnissen, die Einrichtung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe, Errichtung von Hilfskassen für Meister und Gesellen, Bildung von Schiedsgerichten. Sie können Vermögensrechte unter ihrem Namen erwerben. Die Entscheidung der Innungen oder der von ihnen errichteten Schiedsgerichte sind nötigenfalls durch

die Polizeibehörde vollstreckbar, alle Beiträge können wie die Gemeindeabgaben eingezogen werden. Von den Privilegien auf dem Gebiete des Lehrlingswesens soll weiter unten noch gesprochen werden. Die Gewerbeordnung begünstigt schließlich die Vereinigungen der Innungen, die noch kräftiger als die einzelnen Innungen die Interessen ihrer Mitglieder hinsichtlich der Förderung des Herbergswesens, der Nachweisung der Gesellenarbeit, der Fachschulen und der gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe wahrnehmen können. Es können zu diesem Zwecke die derselben Gemeinde angehörigen Innungen Innungs-Ausschüsse und die Innungen eines größeren Bezirks Innungs-Verbände errichten. Das sind Aufgaben und Befugnisse, wie sie keiner anderen Korporation des heutigen Lebens vom Staate anvertraut worden sind.

Indem nun also die neuere Gewerbepolitik der Handwerks-korporation eine stattliche Reihe von Rechten und Pflichten übergeben hat, hat sie dies mit der ausgesprochenen Absicht gethan, die Innungen wieder mit einem öffentlich-rechtlichen Charakter auszustatten. Sie hat ihnen ohne Zweifel ein hohes Maß von Vertrauen und Wohlwollen entgegengebracht. Dieses Vertrauen haben aber die Innungen, es muß das einigermaßen klar ausgesprochen werden, nicht überall und im Allgemeinen nicht genügend gerechtfertigt. Die Innungen haben bisher nicht den Einfluß auf die gesamte Handwerkerbevölkerung erlangt, den man vorausgesetzt hat; sie haben auf dem Gebiete der gewerblichen Ausbildung und des Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaftswesens nicht das geleistet, was man wohl erwarten durfte. Stattdessen haben sie sich vielfach in die Irrgänge einer extremen Parteipolitik verloren und viel Zeit mit kritischen Räsonnements über Staat und gelehrte Sachen verschwendet.

Nach den Angaben Stieda's im „Handwörterbuche der Staatswissenschaften“, die auf Mitteilungen aus dem Reichsamte des Innern zurückzuführen sind, und die die Innungsverhältnisse für Preußen bis zum Jahre 1890, für die übrigen Bundesstaaten bis 1888 verfolgen, zählte bis zum 1. Dezember 1890 Preußen 7823 Innungen mit 226049 Mitgliedern, die übrigen Bundesstaaten besaßen bis 1888: 2400 Innungen mit 95170. Preußen und hier besonders der Osten der Monarchie stellt das Hauptkontingent, auch Sachsen weist noch bedeutende Ziffern auf, während der Süden des deutschen Reiches eine ungemein große Zurückhaltung zeigt. Alles in Allem gab es, wenn man die Zahlen von 1888 und 1890 addiert, zu jener Zeit etwa 320000 Innungsmitglieder unter den deutschen Handwerkern. Die gesamten Handwerker schätzt man, wie erwähnt, auf drei bis vier Millionen,

sodasß also die in Innungen organisierten Handwerker etwa nur 10 % des ganzen Standes ausmachen. Die Anwendung des § 100 e der Gewerbe-Ordnung (wonach unter gewissen Umständen nur Innungsmitglieder Lehrlinge ausbilden dürfen), ist von 2965 Innungen beansprucht und in 1190 Fällen gewährt worden; die Anwendung des § 100 f (Verteilung der Kosten gewisser Innungseinrichtungen auch auf Nichtinnungsmeister) haben 138 Innungen verlangt und 57 erhalten. Ueber die Bildung von Innungsausschüssen und Innungsverbänden, sowie über die Thätigkeit der Innungen auf dem Gebiete der Fachschulen und des Genossenschaftswesens fehlen genaue statistische Angaben für das ganze Reich. Indessen scheint Namhaftes bis jetzt nicht hierin geleistet zu sein.

Zum großen Teil liegt die Schuld, daß das Innungsleben sich noch nicht in der wünschenswerten Weise entwickelt hat, an der Lauheit der Handwerker, es mag auch der Umstand, daß die Innungen allzusehr die wirtschaftlichen Ziele hinter politische zurückgestellt haben, manchen Kleingewerbetreibenden von dem Beitritt abgehalten haben, ebenso hat der Mangel an Sicherheit und Stetigkeit in der staatlichen Gewerbepolitik das so notwendige Gefühl der Ruhe und des Vertrauens zu den Korporationen im Handwerk nicht aufkommen lassen. So ist denn mancher gesunde Ansatß zur Organisation des Handwerks wieder abgestorben, und an Stelle des Strebens, in vernünftiger Weise die in der Gewerbeordnung ruhenden Mittel für den Innungsausbau zu verwerten und auszunützen, ist vielfach der öde politische Dilettantismus und bei allen jämmerlichen Lamentationen ein guter Teil Rechtshaberei und Dünkel getreten.

Mögen dieses nun die Gründe sein oder mögen auch noch andere Umstände mitsprechen: der preußische Minister für Handel und Gewerbe hält den Zeitpunkt für eine neue Organisation des Handwerks mit Uebergehung der Innungen und für eine neue Regelung des Lehrlingswesens für gekommen. Freiherr von Berlepsch hat unter dem 15. August 1893 den Herren Oberpräsidenten Preußens „A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks, B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk nebst Erläuterungen zur eingehenden gutachtlichen Äußerung“ überreicht, die das Handelsministerium ohne Mitverantwortung des Gesamtministeriums zur Diskussion stellt. Der Herr Minister empfiehlt darin Zwangsfachgenossenschaften und Handwerkskammern, denen die Hauptfunktionen der gegenwärtigen freien Innungen übertragen werden sollen. Die Innungen sollen sich, so ist es der Plan der preußischen Regierung, mehr als bisher der Aus-

bildung des Genossenschaftswesens zuwenden und durch Errichtung von Darlehnskassen, Rohstoffassoziationen u. dem Handwerke dienen.

Werden die Vorschläge des Ministers, mit denen sich die vorliegende Arbeit eingehend beschäftigen will, von dem preussischen Gesamtministerium und von den übrigen Bundesstaaten angenommen, und gehen sie durch eine Verabschiedung im Reichstage in die Reichsgesetzgebung über, so hat damit die Gewerbepolitik des deutschen Reiches eine neue Periode, etwa die dritte seit Bestehen des Reiches, begonnen.

Die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 hatte den Sieg der individualistischen Wirtschaftslehre, der „liberalen Manchesterdoktrin“ bedeutet, sie hatte den Arbeitsvertrag zum Gegenstand des völlig freien Uebereinkommens gemacht, die „Zunung“ zu einem mit den Rechten einer juristischen Person ausgestatteten Verein ohne öffentlich-rechtliche Funktionen gemacht, sie hatte damit die schwachen Stützen einer noch mühsam erhaltenen Handwerksorganisation niedergelegt und hatte weiter im Lehrlingswesen eine bedeutende Anarchie hervorgerufen.

Das Jahr 1878 brachte die erste Aenderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der verbündeten Regierungen; in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft und in der Politik vollzog sich die Umkehr zur Sozialreform, man wandte zu gleicher Zeit dem Innungswesen, besonders dank der Initiative des damaligen Dsnabrücker Oberbürgermeisters Miquel, wieder größere Aufmerksamkeit zu und vertraute ihnen neue Aufgaben und Befugnisse an; die Novelle vom 17. Juli 1878 versuchte eine strengere Zucht in der jugendlichen Arbeiterwelt wiederherzustellen, die Autorität und Verantwortlichkeit des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling zu verstärken, indem sie wirksamere Bestimmungen gegen den Kontraktbruch aufstellte und indem sie die schriftliche Form des Lehrvertrages begünstigte. Den Höhepunkt der Innungsära bildeten dann die Novellen vom 18. Juli 1881 und 8. Dezember 1884, die Innungen wurden dadurch in der That wieder zu öffentlich-rechtlichen Korporationen erhoben; unter gewissen Bedingungen sollten die Innungsbehörden Streitigkeiten aus den Lehrverhältnissen, auch wenn Nichtinnungsmitglieder in Frage kommen, entscheiden und nur Innungsmeister Lehrlinge halten dürfen. 1887 wurde der Kreis dieser Vorrechte noch dadurch erweitert, daß die Beitragspflicht zu bestimmten Innungseinrichtungen auch auf Nichtinnungsmeister ausgedehnt werden konnte.

Sei es also, daß sich nicht alle Hoffnungen erfüllt haben, sei es, daß man auf einem anderen Wege rascher zum Ziele zu gelangen denkt, man will jetzt — das ist also die dritte Phase der

Gewerbepolitik des deutschen Reiches — die Innungen wieder preisgeben, sie wieder zu einem modernen Vereine machen, andererseits aber obligatorische Fachgenossenschaften bilden, auf dieser Grundlage die Interessenvertretung des Handwerks in Handwerkskammern sowie das gewerbliche Bildungswesen mit einer großen Anzahl von neuen Bestimmungen weiter auszubauen versuchen.

In der Einleitung der Vorschläge des Freiherrn von Verlepsh wird erklärt: „Die Vorschläge stellen das unverbindliche Ergebnis vorläufiger Erwägungen dar und sollen im Wesentlichen nur die Grundlage für weitere Erörterungen abgeben, bei denen die Auslassungen der Behörden und die von der Öffentlichkeit zu erwartende Kritik gewürdigt und berücksichtigt werden“. In einer verbindlichen Form werden damit außer den Behörden auch die Beteiligten selbst, die Handwerker, ferner die Fach- und Tagespresse zu einer Kritik aufgefordert, und dieser Aufforderung ist man schon vielfach nachgekommen. Wir wollen nun auch versuchen, eingehend und objektiv den Organisationsentwurf zu prüfen. Es wird darin manches Wertvolle anzuerkennen sein, andererseits wird man auch darauf aufmerksam machen müssen, wo der Boden einer gesunden Gewerbepolitik verlassen und ein unbekanntes, nicht ganz gefahrloses Terrain beschritten werden soll.

* * *

Der „Deutsche Reichs-Anzeiger und königlich preussische Staats-Anzeiger“ veröffentlichte am 18. August 1893 im nichtamtlichen Teile in der ersten Beilage der Nummer 197 den Entwurf des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe mit nachstehender Einleitung:

„Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat nachstehenden Erlaß an die Oberpräsidenten gerichtet:

Ministerium für Handel und Gewerbe.

Berlin, den 15. August 1893.

Eurer Excellenz lasse ich in der Anlage . . . Exemplare von

- A. Vorschlägen für die Organisation des Handwerks,
- B. Vorschlägen für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk,

nebst Erläuterungen zur eingehenden gutachtlichen Äußerung zugehen.

Die Vorschläge stellen das unverbindliche Ergebnis vorläufiger Erwägungen dar und sollen im Wesentlichen nur die Grundlage für weitere Erörterungen abgeben, bei denen die Auslassungen der Behörden und die von der Öffentlichkeit zu erwartende Kritik gewürdigt und berücksichtigt werden. Die gutachtliche Äußerung wird sich auf die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Vorschläge im Allgemeinen

zu beschränken haben; ich wünsche jedoch, folgende Einzelfragen ausdrücklich beantwortet zu wissen:

1. Erscheint die zur Abgrenzung der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben angenommene Arbeiterzahl zutreffend? (A Ziffer II.)

2. In welcher Weise sollen die Beiträge für die Fachgenossenschaften bemessen und verteilt werden? Kann hierbei die Höhe der Gewerbesteuer, die Zahl der Arbeiter oder der Umfang der maschinellen Hilfskräfte einen Maßstab abgeben? (A Ziffer VII.)

3. In welchem Verhältnis soll die Zahl der Mitglieder des Gehilfenausschusses zu der Zahl der Mitglieder des Vorstandes der Fachgenossenschaft stehen? (A Ziffer XVIII.)

4. Wer soll die Kosten des Gehilfenausschusses tragen? Ist es unbedenklich, bei der Geringfügigkeit der Beiträge und der Schwierigkeit der Einziehung diese als Kosten der Fachgenossenschaften zu bezeichnen? event. erscheint es angängig, den Arbeitgebern eine Voranschußverbindlichkeit aufzuerlegen und ein Abzugsrecht am Lohn einzuräumen? (A Ziffer XIX.)

5. In welchem Verhältnis soll die Zahl der Vertreter der Gehilfenausschüsse zu der Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer stehen und wie soll ihre Zahl auf die Gehilfenausschüsse verteilt werden? (A Ziffer XXX.)

6. Nach welchem Maßstab sollen die Kosten der Handwerkskammer auf die einzelnen Fach-Genossenschaften verteilt werden? (A Ziffer XXIX.)

Inwieweit die Anhörung aller Lokalbehörden wünschenswert erscheinen kann, überlasse ich dem Ermessen Eurer Excellenz und sehe Ihrem gefälligen Bericht bis zum 1. Januar k. J. ergebenst entgegen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Freiherr von Berlepsch.

An die sämtlichen Königlichen Ober-Präsidenten. (einzelu.)"

An die darauffolgenden einzelnen Vorschläge ist dann eine Erläuterung geknüpft, deren allgemeiner Teil gleichfalls vormeg als eine passende Einführung in den Ideengang des preussischen Handels- und Gewerbe-Ministeriums wiedergegeben sein mag. Es wird dort gesagt:

„Erläuterung.

Bei Abfassung der Vorschläge ist davon ausgegangen, daß die Wünsche, welche seit Jahren nach einer anderen Regelung der das Handwerk betreffenden gesetzlichen Vorschriften laut geworden sind, insoweit der Berechtigung nicht entbehren, als sie auf die korporative Zusammenfassung des Handwerks zur Vertretung seiner Interessen und die Beseitigung der auf dem Gebiet des Lehrlingswesens vorhandenen Mißstände gerichtet sind. Dagegen hat die Forderung, den Betrieb eines Handwerks von dem Erbringen eines Befähigungsnachweises abhängig zu machen, nach wie vor als mit der gegenwärtigen Gestaltung des Erwerbslebens unvereinbar und daher unerfüllbar erscheinen müssen.

Mit den Vorschlägen soll daher nur der Zweck verfolgt werden:

1. dem Handwerk eine korporative Organisation zu geben und
2. auf eine bessere Regelung des Lehrlingswesens hinzuwirken.

Wenngleich äußerlich getrennt, bilden die Vorschläge insofern ein untrennbares Ganze, als die zweckentsprechendere Regelung der Gestaltung des Lehrlingswesens ohne die gleichzeitige Bildung von Organen, denen die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen obliegt, nicht zu erreichen ist.

Durch die beabsichtigte Regelung sollen nur das Handwerk und diesem gleich zu achtende Kleinbetriebe, nicht aber der Großbetrieb, getroffen werden. Ferner sind Gewerbszweige, die mit dem Handwerk keine Berührungspunkte haben, ausgeschlossen; auch ist dem Bundesrat die Befugnis beigelegt, den Kreis der außer Betracht bleibenenden Betriebsarten, als welche z. B. hausindustrielle Betriebe in Frage kommen können, nach Bedürfnis zu erweitern.

Von der Festlegung des Begriffs „Handwerk“ ist ebenso wie in der bisherigen Gesetzgebung in der Erwägung Abstand genommen, daß die Entscheidung der Frage, ob ein handwerksmäßiger Betrieb vorliegt, nur nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse von Fall zu Fall beurteilt werden kann.

Für die neben dem Handwerk herangezogenen Betriebe, welche nach ihrem Umfange und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sich von handwerksmäßigen Betrieben nicht wesentlich unterscheiden, ist als Merkmal in Ermangelung einer erschöpfenden Begriffsbestimmung nach dem Vorgehen anderer Reichsgesetze, z. B. des Unfallversicherungsgesetzes, die Zahl der der Regel nach ständig beschäftigten Arbeiter angenommen.

Erfast werden sollen alle Betriebe, bei denen die obigen Voraussetzungen zutreffen, ohne Rücksicht auf persönliche Eigenschaften der Inhaber; es mußte daher ausgeschlossen erscheinen, hierzu durch weiteren Ausbau der Innungsgesetzgebung zu gelangen, weil die Innungen ihrer Entwicklung und ihrem Wesen nach nur einen begrenzten Kreis der Gewerbetreibenden umfassen können und durch das für sie unerläßliche Erfordernis der Erfüllung bestimmter Aufnahmebedingungen das Zusammenfassen aller Gewerbetreibenden ihres Faches von vornherein nicht zulassen. Obwohl die Mitglieder der Innungen den Fachgenossenschaften angehören, erscheint der Fortbestand der Innungen und die Weiterbildung ihrer Bestrebungen um so weniger gefährdet, als Einrichtungen wie Herbergen, Arbeitsnachweis und Fachschulen, deren Kosten gegenwärtig von den Innungsmitgliedern allein zu bestreiten sind, künftig von allen Fachgenossen unterhalten werden müssen und dadurch eine erhebliche finanzielle Entlastung der Innungen herbeigeführt wird. Es steht vielmehr zu erwarten, daß nach wie vor sich diejenigen Elemente in der Innung zusammenfinden werden, welche in einem ausgedehnteren Bildungsgange die alleinige Gewähr für die Erhaltung und gedeihliche Entwicklung des Handwerks erblicken und weiteren Anforderungen freiwillig genügen wollen. Auch werden sich die Innungen, da ihnen wirtschaftliche Aufgaben vorbehalten bleiben, mehr wie bisher der Ausbildung des Genossenschaftswesens zuwenden und durch Errichtung von Darlehnskassen, Rohstoffassoziationen u. s. w. einem in weiten Kreisen des Handwerks empfundenen Bedürfnis Rechnung tragen können.

Um die Gesamtheit der Gewerbetreibenden durch die Regelung erfassen zu lassen, war es unvermeidlich, in der Fachgenossenschaft eine Organisation zu schaffen, der alle Gewerbetreibenden in einem örtlichen Bezirk ohne Erfüllung bestimmter Vorbedingungen kraft Gesetzes angehören. Diese soll als Korporation im Wesentlichen für alle Fachgenossen diejenigen Aufgaben erfüllen, die bisher den Innungen für den beschränkten Kreis ihrer Mitglieder zugewiesen waren, und unter denen die Regelung des Lehrlingswesens die erste Stelle einnimmt; damit ist gleichzeitig für die Erfüllung aller auf die Hebung des Handwerkerstandes abzielenden Veranstaltungen eine breitere und leistungsfähigere Grundlage gewonnen.

Die Fachgenossenschaften werden in der Handwerkskammer zusammengefaßt, die berufen ist, einerseits die Interessen des Kleingewerbes der Allgemeinheit gegenüber zu vertreten und andererseits die Durchführung der den Fachgenossenschaften und Innungen zufallenden Aufgaben zu sichern.

Bei der Bedeutsamkeit des Wirkungskreises der Handwerkskammer und der Tragweite ihrer Anordnungen erschien es geboten, zur Wahrung des öffentlichen Interesses den Staatsbehörden bei Erledigung der Geschäfte eine Mitwirkung einzuräumen.

Die Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens sind aus der Erkenntnis hervorgangen, daß auf diesem Gebiet thatächlich Mißstände vorliegen, deren Beseitigung das öffentliche Interesse verlangt. Zu diesem Zweck soll für die technische Ausbildung und insbesondere auch für die sittliche Erziehung der Lehrlinge eine größere Gewähr geboten werden, und es ist deshalb neben einer Beschränkung der Befugnis zum Anleiten von Lehrlingen eine Bestimmung vorgesehen, wonach Personen, bei denen die Ausbildung und Erziehung des Lehrlings gefährdet erscheint, das Recht zum Halten und Anleiten von Lehrlingen entzogen werden kann. Die zum Schluß der Lehrzeit vorgesehene Lehrlingsprüfung soll vornehmlich erzieherisch wirken und nur den Nachweis liefern, daß der Lehrling seine Ausbildungszeit gewissenhaft ausgenutzt und der Lehrmeister seinen Pflichten nachgekommen ist.

Um die Vorschriften über diese Prüfung wirksam zu machen, mußte notwendigerweise an die Nichtablegung der Prüfung ein empfindlicher Nachteil geknüpft und demnach bestimmt werden, daß derjenige, welcher dieselbe nicht abgelegt hat, mindestens drei Jahre das Handwerk selbstständig betrieben haben muß, ehe er Lehrlinge anleiten darf. Ein Befähigungsnachweis für den Betrieb des Gewerbes ist die Lehrlingsprüfung nicht."

Die Motive des Entwurfs, die in dieser Erläuterung angegeben werden, verdienen im Allgemeinen Zustimmung; es sind in der That seit Jahren die Wünsche nach einer neuen Regelung der das Handwerk betreffenden Gesetzgebung laut geworden, und es muß darauf ankommen, durch die neue Regelung nur das Handwerk und die diesem gleich zu achtenden Kleinbetriebe zu treffen. Man kann es dabei verstehen, daß der Handelsminister vor Versuchen, den Begriff des „Handwerks“ bei dieser Gelegenheit gesetzlich festzulegen, auch diesmal zurücksteht und eine mechanische, ziffernmäßige Abgrenzung von Fall zu Fall vorzieht. Gewiß sind namentlich auf

dem Gebiete des Lehrlingswesens, wie das noch besonders hervor-
gehoben wird, Mißstände vorhanden, deren baldige Beseitigung
man gerade im Interesse des Handwerks wünschen wird. Es ist
daher unbedingt mit Freude zu begrüßen, daß die gesamte
schwierige Materie von Neuem von den gesetzgebenden Gewalten
in Angriff genommen wird; es gilt nun im Einzelnen zu prüfen,
ob die geplanten Fachgenossenschaften und Handwerkskammern die
Bedeutung und den Nutzen haben werden, die ihnen die Er-
läuterung voraussetzt, ob ferner das Verhältnis der Innungen
zum Kleingewerbe tatsächlich nur geringen Veränderungen aus-
gesetzt ist, wie dort angenommen wird, und ob schließlich die
neue Regelung des Prüfungswesens sich ohne Schwierigkeiten und
mit Aussicht auf Erfolg bewerkstelligen lassen werde.

* *

Die Fachgenossenschaften.

Mit der Bildung von obligatorischen Fachgenossenschaften
würde, wie wir eingangs ausgeführt haben, ein vollständiges
Novum in unserer Gewerbegesetzgebung geschaffen werden, und
es hat besonders aus diesem Grunde, zu dem freilich noch
andere hinzutreten, gerade in diesem Punkte die öffentliche Kritik
mit einer gewissen Einmütigkeit und zum Teil mit großer
Heftigkeit eingesetzt. Zunächst wollen wir uns die Vorschläge des
preußischen Handelsministers ansehen.

A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks.

I.

Zur Wahrnehmung der Interessen des Kleingewerbes sind Fach-
genossenschaften und Handwerkskammern zu errichten.

Die Errichtung der Fachgenossenschaften erfolgt innerhalb der Be-
zirke der Handwerkskammern. Die Abgrenzung dieser Bezirke wird nach
Anhörung beteiligter Gewerbetreibender von der Landeszentralbehörde
bestimmt.

I. Fachgenossenschaften.

Zuständigkeit.

II.

Mit Ausnahme des Handels und der in §§ 29 bis 30, 31 bis 37
der Gewerbeordnung aufgeführten Gewerbe, aber einschließlich des Mu-
siker-Gewerbes, soweit es höhere künstlerische Interessen nicht verfolgt,
gehören den Fachgenossenschaften alle Gewerbetreibenden an, welche
ein Handwerk betreiben oder regelmäßig nicht mehr als zwanzig
Arbeiter beschäftigen.

Durch Beschluß des Bundesrats kann für bestimmte Gewerbe die
Beschäftigung einer geringeren Zahl von Arbeitern als Grenze festgesetzt
werden.

III.

Durch Beschluß des Bundesrats können bestimmte Gewerbe von der Zugehörigkeit zu den Fachgenossenschaften ausgenommen werden. Der Beschluß kann auch für örtlich begrenzte Bezirke erlassen werden.

Errichtung.

IV.

Die Fachgenossenschaften sind, soweit einzelne Gewerbszweige im Bezirke der Handwerkskammer hinreichend stark vertreten sind, für diese, soweit dies nicht der Fall, für mehrere Gewerbszweige unter thunlichster Berücksichtigung der verwandten Gewerbe zu bilden.

V.

Die Bildung der einzelnen Fachgenossenschaft erfolgt in ähnlicher Weise wie die Bildung der Berufsgenossenschaften bei der Unfallversicherung.

VI.

Jeder Gewerbetreibende gehört kraft Gesetzes der Genossenschaft seines Faches an.

Gewerbetreibende, in deren Betriebe mehrere Gewerbszweige vereinigt sind, sind der Fachgenossenschaft ihres Haupt-Gewerbszweiges zuzuweisen.

Statut.

VII.

Die Fachgenossenschaften regeln ihre innere Verwaltung sowie ihre Geschäftsordnung durch ein von der Generalversammlung ihrer Mitglieder zu beschließendes Statut. Das Statut muß Bestimmung treffen über den Namen, Sitz und Bezirk der Fachgenossenschaft, die Zusammensetzung, Wahl und Befugnisse des Vorstandes und der etwa zu bestellenden Ausschüsse, die Zusammensetzung, Berufung und Art der Beschlußfassung der Generalversammlung, die Bemessung und Verteilung der Beiträge, das Rechnungswesen.

Das Statut bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Kommt ein Beschluß der Generalversammlung über das Statut nicht zustande oder wird die Genehmigung wiederholt verweigert, so erläßt die höhere Verwaltungsbehörde das Statut mit rechtsverbindlicher Kraft.

Organe.

VIII.

Dem Vorstand liegt die gesamte Verwaltung der Fachgenossenschaft und die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Befugnisse ob, soweit nicht einzelne Angelegenheiten durch Gesetz oder Statut der Beschlußnahme der General-Versammlung vorbehalten oder besonderen Ausschüssen übertragen sind.

Der Beschlußnahme der General-Versammlung sind vorbehalten:

1. die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse,
2. die Wahl der Mitglieder der Handwerkskammer,
3. die Feststellung des Etats, die Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung, die Bewilligung von Ausgaben, welche nicht im Etat vorgesehen sind,
4. Abänderungen des Statuts.

Stimmrecht in der Generalversammlung.

IX.

In den Generalversammlungen der Fachgenossenschaft ist stimm-
berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und seit mindestens
einem Jahre im Bezirke der Handwerkskammer ein der Fach-
genossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe betreibt.

Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind (§§ 31,
32 des Gerichtsverfassungsgesetzes), sind nicht stimmberechtigt.

Wählbarkeit zu Aemtern.

X.

Zu Mitgliedern des Vorstandes oder der Ausschüsse können nur
solche Angehörige der Fachgenossenschaft gewählt werden, welche das
30. Lebensjahr vollendet, in dem der Wahl vorhergegangenen
Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen
Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armenunterstützung erstattet
haben und im Bezirke der Handwerkskammer seit mindestens zwei
Jahren ein der Fachgenossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe
betreiben.

Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, sind
nicht wählbar.

Ehrenamtliche Stellung der Inhaber der Aemter.

XI.

Die Aemter der Fachgenossenschaften sind Ehrenämter. Die Ueber-
nahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl
zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

Aufgaben.

a) obligatorische.

XII.

Aufgabe der Fachgenossenschaften ist:

1. die Pflege des Gemeingeistes sowie die Aufrechterhaltung und
Stärkung der Standesehre unter den Genossen,
2. die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen
Meistern und Gesellen, sowie die Fürsorge für das Herbergswesen der
Gesellen und für die Nachweisung von Gesellenarbeit,
3. die nähere Regelung des Lehrlingswesens und die Fürsorge
für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung der Lehrlinge, der
Erlaß von Vorschriften über das Verhalten der Lehrlinge, die Art und
den Gang ihrer Ausbildung, die Form und den Inhalt der Lehrverträge,
sowie über die Verwendung von Lehrlingen außerhalb des Gewerbes,
4. die Entscheidung über die zwischen den Mitgliedern der Fach-
genossenschaft und ihren Lehrlingen entstehenden Streitigkeiten,
welche sich auf den Eintritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Lehr-
verhältnisses, auf die gegenseitigen Leistungen aus demselben, auf die
Erteilung oder den Inhalt der Arbeitsbücher oder Zeugnisse beziehen,
5. die Bildung von Prüfungsausschüssen für einzelne Ge-
werbe oder Gewerbegruppen zu dem Zwecke, Lehrlinge und Gesellen auf
ihren Antrag einer Prüfung zu unterziehen und über den Erfolg der-
selben ein Zeugnis auszustellen.

b) fakultative.

XIII.

Die Fachgenossenschaften sind befugt:

1. Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge zu treffen und Fachschulen zu errichten und zu leiten,
2. über den Besuch der von ihnen errichteten Fortbildungs- und Fachschulen Vorschriften zu erlassen, soweit dieser Besuch nicht durch Statut oder Gesetz geregelt ist.

XIV.

Die Vorschriften der Fachgenossenschaften, welche auch für einzelne Gewerbe erlassen werden können, unterliegen der Genehmigung der Handwerkskammer und dürfen deren Vorschriften und Beschlüssen nicht zuwiderlaufen.

Die nähere Regelung der Prüfungen erfolgt durch eine Prüfungsordnung, welche von der Fachgenossenschaft zu beschließen ist und der Genehmigung der Handwerkskammer bedarf.

Aufsicht.

XV.

Die Fachgenossenschaften sind der Aufsicht der Handwerkskammer unterstellt. Die Handwerkskammer kann sich der Fachgenossenschaften als ihrer Organe bedienen.

Gehilfenausschuß.

Errichtung.

XVI.

Die bei den Mitgliedern der Fachgenossenschaft beschäftigten Arbeiter wählen den Gehilfenausschuß. Zur Teilnahme an der Wahl sind diejenigen Arbeiter berechtigt, welche:

- a) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden,
- b) das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben,
- c) seit länger als einem halben Jahre im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt sind und während mindestens der Hälfte dieses Zeitraums bei den Mitgliedern derselben in Arbeit stehen.

Wählbar ist jeder Arbeiter, welcher:

- a) sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet,
- b) das 30. Lebensjahr vollendet hat,
- c) in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung nicht empfangen oder die empfangene Armen-Unterstützung erstattet hat,
- d) seit mindestens zwei Jahren im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt ist und während dieser Zeit länger als ein Jahr bei Mitgliedern der Fachgenossenschaft in Arbeit gestanden hat.

Das Amt eines Mitgliedes des Gehilfenausschusses ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

XVII.

Kommen Wahlen nicht zustande oder wird von der Mehrzahl der Gewählten wiederholt die Annahme der Wahl mit Erfolg abgelehnt, so hat die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Handwerkskammer entweder einen Gehilfenausschuß aus der Zahl der Wählbaren zu er-

nennen oder die Wahrnehmung seiner Obliegenheiten anderen Personen zu übertragen.

Zuständigkeit.

XVIII.

Der Gehilfenausschuß ist berechtigt zur Mitwirkung bei Regelung der Lehrlingsverhältnisse, der Abnahme der Gesellenprüfungen, der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen, sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, welche die Interessen der Gehilfenschaft berühren.

Seine Mitglieder nehmen an der Beratung und Beschlußfassung der Fachgenossenschaft über die vorstehend bezeichneten Angelegenheiten mit vollem Stimmrecht Teil. Kommt ein Beschluß gegen die Stimmen seiner sämtlichen Mitglieder zustande, so kann der Gehilfenausschuß mit aufhebender Wirkung die Entscheidung der Handwerkskammer beantragen.

Bei der Abnahme der Gesellenprüfungen, bei der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Angehörigen der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen, und bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche die Gehilfen Aufwendungen zu machen haben, sind die Mitglieder des Gehilfenausschusses, abgesehen von der Person des Vorsitzenden, in dem gleichen Maße zu beteiligen wie die Mitglieder der Fachgenossenschaft.

Der Gehilfenausschuß ist ferner berechtigt, Anträge bezüglich aller seiner Zugehörigkeit angehörenden Gegenstände bei der Fachgenossenschaft und der Handwerkskammer zu stellen, welche über dieselben zu beschließen haben.

XIX.

Die durch die Bildung und die Geschäftsführung des Gehilfenausschusses bedingten Aufwendungen sind von allen Wahlberechtigten aufzubringen.

Wir lassen hier gleich den Wortlaut der Erläuterung zu dem Kapitel der Fachgenossenschaften folgen. (Einige über die Handwerkskammern und über den Fortfall der Innungsprivilegien handelnde Absätze dieses Passus scheiden an dieser Stelle aus, da sie bei der Erörterung der Handwerkskammern mitgeteilt werden sollen.)

„Zur näheren Erläuterung der Vorschläge wird im Einzelnen Folgendes bemerkt:

A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks.

Die Grundlage für die Organisation stellen die Fachgenossenschaften dar; sie werden für den von der Landeszentralbehörde abzugrenzenden Bezirk der Handwerkskammern gebildet. Sofern eine genügende Anzahl von Gewerbetreibenden desselben Faches vorhanden ist, soll für dieses eine Fach eine besondere Genossenschaft errichtet werden. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so sollen unter thunlichster Berücksichtigung verwandter Gewerbe die Angehörigen mehrerer Gewerbe zu gemischten Fachgenossenschaften vereinigt werden. Da, wo die Zahl der Gewerbetreibenden desselben Faches oder die räumliche Ausdehnung des Bezirkes es erfordert, wird die Bildung mehrerer Genossenschaften desselben Faches in Frage kommen können.

Das Verfahren bei Bildung der Fachgenossenschaft wird etwa folgenden Verlauf nehmen:

Von der höheren Verwaltungsbehörde wird unter Mitwirkung der etwa vorhandenen gewerblichen Vereinigungen (Zünfte, Gewerbevereine u. s. w.) über die Zahl und Abgrenzung der im Bezirk der Handwerkskammer zu errichtenden Fachgenossenschaften ein Plan aufgestellt und veröffentlicht, der ersehen läßt, welche Gewerbszweige einer Fachgenossenschaft angehören sollen. Ueber Anträge auf Abänderung der vorgeschlagenen Einteilung der Gewerbetreibenden zu Fachgenossenschaften hat, sofern sie von den gewerblichen Vereinigungen oder dem zehnten Teile der Beteiligten ausgehen, die Gesamtheit der beteiligten Gewerbetreibenden in einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu berufenden Versammlung zu beschließen. Die endgiltige Abgrenzung der Fachgenossenschaften erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde unter thunlichster Berücksichtigung der Ergebnisse der Beschlußfassung, und damit gehört jeder Gewerbetreibende kraft Gesetzes der Fachgenossenschaft an, welcher das von ihm betriebene Gewerbe zugewiesen ist.

Demnächst haben die Gewerbetreibenden über das Statut ihrer Fachgenossenschaft zu beschließen.

Als Organ der Fachgenossenschaft sind der Vorstand und die Generalversammlung vorgesehen. Die Thätigkeit der Generalversammlung, welche bei größeren Fachgenossenschaften auch aus Vertretern bestehen kann, soll auf die Vornahme der Wahlen, die Regelung der Statsverhältnisse und die Beschlußfassung über die Abänderung des Statuts beschränkt sein. Die Erledigung aller übrigen Aufgaben der Fachgenossenschaft ist dem Vorstande vorbehalten, soweit ihm nicht durch das Statut für einzelne Geschäfte Ausschüsse zur Seite gesetzt sind. Die Vorschriften über das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu den Aemtern sind den Bestimmungen des Gesetzes über die Gewerbegerichte nachgebildet.

Unter die obligatorischen Aufgaben ist die Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten aufgenommen, um die Fachgenossenschaften auch in dieser Beziehung den Zünften gleichzustellen. Ebenso soll, wie bei den Zünften, die Mitwirkung der Gehilfenschaft vorgesehen werden bei der Regelung der Lehrlingsverhältnisse und der Begründung und Verwaltung solcher Einrichtungen der Fachgenossenschaft, welche die Interessen der Gehilfen berühren.

Um den Kreis der Wahlberechtigten in der Gesellschaft nicht übermäßig einzuengen, schien es angemessen, dem Durchschnittsalter der Gefellen Rechnung zu tragen und die Zurücklegung des 21. Lebensjahres als für die Ausübung des Wahlrechts ausreichend hinzustellen.

Die Erledigung der Aufgaben der Fachgenossenschaft, für welche eine Beteiligung des Gehilfenausschusses vorgesehen ist, soll in der Weise erfolgen, daß seine Mitglieder an den Beratungen mit vollem Stimmrechte teilnehmen. Dabei ist dem Gehilfenausschusse zur wirksamen Vertretung der von ihm wahrzunehmenden Interessen für den Fall, daß Beschlüsse gegen die Stimmen aller seiner Mitglieder gefaßt werden, das Recht beigelegt, die Entscheidung der Handwerkskammer herbeizuführen. Auch soll er bei den Gefellenprüfungen, der Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten und der Verwaltung von Einrichtungen, für welche, wie z. B. Herbergswesen und Arbeitsnachweis, die Gehilfen Aufwendungen machen, im gleichen Umfange wie die Arbeitgeber beteiligt werden. Endlich soll der Gehilfenausschuß berechtigt sein,

im Rahmen seiner Zuständigkeit aus eigener Entschließung Anträge bei den Fachgenossenschaften und der Handwerkskammer zu stellen . . .

Ausdrücklich mag noch hervorgehoben werden, daß bei dem obligatorischen Charakter der beabsichtigten Organisation Bestimmungen unentbehrlich sein werden, durch welche die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften auch dann gesichert wird, wenn die einzelnen Organe oder deren Vertreter die Erfüllung ihrer Pflichten verweigern oder vernachlässigen; ebenso wird für die Erledigung der aus der Organisation sich ergebenden Streitigkeiten ein geordnetes Verfahren vorzusehen sein."

Es sollen also zur Wahrnehmung der Interessen des Kleingewerbes Fachgenossenschaften und Handwerkskammern errichtet werden; und zwar hat die Landeszentralbehörde nach Anhörung der Innungen, Gewerbevereine u. die Bezirke für die Handwerkskammern abzugrenzen, und innerhalb dieses Bezirks sind dann die Fachgenossenschaften zu bilden. Jeder Gewerbetreibende, soweit er nicht zum Handelsgewerbe gehört und soweit er nicht Apotheker, Arzt, Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten, nicht Hebamme, Seeschiffer, Seesteuermann, Maschinist der Seedampfschiffe, nicht Lootse, nicht Schauspiel-unternehmer, Gastwirt, und Unternehmer von Singpielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, von Schausstellungen und Theatern ist, hat also kraft des Gesetzes der Genossenschaft seines Faches beizutreten. Ebenso haben diejenigen, die ein Musiker-Gewerbe treiben, das höhere künstlerische Interessen nicht verfolgt, eine Fachgenossenschaft zu bilden. Es gehören der Fachgenossenschaft an alle Handwerker und Industrielle, die regelmäßig nicht mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen. Sind Gewerbszweige nicht hinreichend stark vertreten, um einzeln eine Genossenschaft bilden zu können, so können sie unter thunlichster Berücksichtigung der verwandten Gewerbe nach Art der Berufs-genossenschaften bei der Unfallversicherung zu Genossenschaften zusammengelegt werden. Gewerbetreibende, in deren Betrieb mehrere Gewerbszweige vereinigt sind, gehören der Fachgenossenschaft des Haupt-Gewerbezweiges an. Das Statut der Fachgenossenschaft, das die Bestimmungen über Namen, Sitz und Bezirk der Fachgenossenschaft, über die Zusammensetzung, Wahl und Befugnisse des Vorstandes und der Ausschüsse, über die Zusammensetzung u. der Generalversammlung, über die Beiträge u. enthält, bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde. Die Generalversammlung, in der jeder Gewerbetreibende stimmberechtigt ist, der das fünf- und zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der Handwerkskammer ein der Fachgenossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe betreibt, hat u. a. die Mitglieder der

Handwerkskammer zu wählen. Zu Mitgliedern des Vorstandes oder der Ausschüsse können nur solche unbescholtenen Angehörigen der Fachgenossenschaft gewählt werden, die das dreißigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens zwei Jahren ein der Fachgenossenschaft angehörendes stehendes Gewerbe betreiben. Die Wahl zu einem Amte der Fachgenossenschaft kann nur aus Gründen abgelehnt werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

Die Aufgaben der Fachgenossenschaften sind obligatorische und fakultative. Zu den obligatorischen gehören die bisherigen Aufgaben der Innungen (§ 97 Absatz 1, 2, 3, 4) also Pflege des Gemeingeistes, Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, Fürsorge für das Herbergswesen und für den Arbeitsnachweis der Gesellen u. Zu diesen Aufgaben sollen weiter als obligatorische hinzutreten: Die Feststellung von Vorschriften über das Verhalten der Lehrlinge, über die Art und den Gang der Ausbildung, über Lehrverträge, ferner die Bildung von Prüfungsausschüssen.

Die fakultativen Aufgaben der neuen Genossenschaften sollen den im § 97 a 1 und 2 der Gewerbe-Ordnung den bisherigen Innungen zugewiesenen entsprechen.

Die Aufsicht über die Fachgenossenschaften sollen die Handwerkskammern führen, denen auch die Genehmigung der Vorschriften der Fachgenossenschaften zustehen soll. Die Innungen unterstehen bekanntlich, worüber sie häufig Klage führen, der Aufsicht der Magistrate.

Durchgreifend will sodann der Entwurf die Frage der Stellung der Gehilfen zu der neuen Organisation regeln. Er schlägt nämlich die Bildung eines Gehilfenausschusses vor, der gewählt wird von allen Arbeitern, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, das einundzwanzigste Lebensjahr hinter sich haben und seit länger als einem halben Jahr im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt sind und während mindestens der Hälfte dieser Zeit bei Mitgliedern der Fachgenossenschaft in Arbeit stehen. Voraussetzung der Wählbarkeit ist, daß das dreißigste Lebensjahr abgeschlossen ist, weiter ist ein mindestens zweijähriger Aufenthalt im Bezirk der Fachgenossenschaft und eine mindestens einjährige Beschäftigung bei einem Mitgliede der Fachgenossenschaft erforderlich. Das Ehrenamt des Mitgliedes des Gehilfenausschusses kann für gewöhnlich nicht abgelehnt werden.

Der Gehilfenausschuß ist berechtigt zur Mitwirkung und Beratung bei der Regelung der Lehrlingsverhältnisse, sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, welche die

Interessen der Gehilfenschaft berühren. Prinzipiell recht bedeutsam ist die Bestimmung des Berlepsch'schen Entwurfs, daß, wenn ein Beschluß der Fachgenossenschaft gegen die Stimmen der sämtlichen Mitglieder des Gehilfenausschusses zustande kommt, der Gehilfenausschuß mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der Handwerkskammer beantragen kann, und daß bei Entscheidung von Streitigkeiten, bei der Abnahme von Gesellenprüfungen u., zu denen der Gehilfenausschuß zuzuziehen ist, die Mitglieder des Gehilfenausschusses in gleichem Maße zu beteiligen sind wie die Mitglieder der Fachgenossenschaft. Schließlich ist es von Bedeutung, daß der Gehilfenausschuß Anträge bei der Fachgenossenschaft einbringen kann, und daß die etwaigen Kosten für diesen Ausschuß von allen Wahlberechtigten aufzubringen sind.

Man will nach diesem Plane — das bildet das wesentliche Merkmal dieses ersten Teils des Entwurfs — eine Zwangsorganisation für das Handwerk schaffen: kraft Gesetzes gehört der Gewerbetreibende einer bestimmten Kategorie einer bestimmten Fachgenossenschaft an. Der Unterschied zwischen früheren Projekten und dem vorliegenden Antrage besteht zunächst im Namen, es sind eben nicht Zwangsinnungen, sondern Zwangs-Fachgenossenschaften, die man empfiehlt, und die, einmal eingeführt, vermutlich die heutigen freien Innungen auffangen und ersetzen werden, weil sie die ähnlichen Befugnisse und Aufgaben wie diese, allerdings in weit umfassenderem Maße, erhalten sollen und noch den obligatorischen Charakter dazu.

Es sind nun natürlich ähnliche Einwendungen gegen die Fachgenossenschaften und ähnliche Verteidigungen laut geworden, wie sie bisher bei der Beurteilung der obligatorischen Innungen zum Vorschein gekommen sind. Auf liberaler Seite betont man — und zwar um so leidenschaftlicher, je mehr man nach links neigt —, der Staat habe lediglich ein freies Korporationsleben zu fördern, sich im Uebrigen aber der Einmischung in gewerbliche Dinge, der Fürsorge sowohl als auch der Bevormundung, zu enthalten. Er solle Jedem nach dem Maße und in der ungehemmten Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte sich im Kampfe ums Dasein entwickeln lassen und Keinem angebliche und unverlangte Wohlthaten mit Hilfe der Polizei aufdrängen. Der Konservatismus in seinen verschiedenen Spielarten, die Freunde einer ständisch-sozialen und obrigkeitlich-gebundenen Gliederung der Volksklassen werden manches Sympathische in den Berlepsch'schen Plänen begrüßen, wenn sie auch andererseits ihren Parteigängern von der Zwangsinnung ihr lebhaftes Bedauern über die voraussichtliche Zertrümmerung des Innungsbaues nicht vorenthalten

dürfen. Der Sozialismus schließlich erklärt auch diesen staatlichen Versuch, den „Leichnam des Handwerks zu galvanisieren“, den Prozeß der „Aufsaugung des Kleingewerbes durch Großbetrieb und Proletariat“ aufzuhalten, für eitles Bemühen und für Zeit- und Kraftverschwendung.

Es giebt ja kaum etwas Bequemereres als derartige Parteiaburteilungen in Bausch und Bogen; will man nun aber dem Kleingewerbe Dienste erweisen, so wird man doch wohl verpflichtet sein, sich nicht mit solch summarischen Urteilen zu begnügen, sondern schon etwas näher und liebevoller an die zu beurteilenden Dinge heranzugehen.

Die Zwangsorganisation giebt ohne Zweifel eine ganz vortreffliche Grundlage ab, darauf staatswirtschaftliche und bürokratische Projekte von der Art des Berlepsch'schen Entwurfes aufzubauen; nimmt sie doch alle bei der Organisation Beteiligten, die Begeisterten, die Laien und die Widerstrebenden wie eine einheitliche, festgefügte Masse in Beschlag; sie ebnet das ungleiche Terrain, indem sie alle erhabenen Punkte der etwa hervortretenden Widersprüche und Neubildungen durch Gesetzesparagrafen wegrasiert. Der Einzelne wird dabei der schwierigen Arbeit enthoben über eine Zusammenfassung der zerstreuten Kräfte im Handwerk, über ein großes Ziel der Bewegung, über Anregung und Unterhaltung des Interesses nachzudenken; die Behörde hat alles bereits nach einem groß angelegten Plane geregelt. Aber ist es nicht auch zu befürchten, daß mancher Druck und manche Härte auf diese Weise erzeugt, manche Blüte eines freieren Korporationslebens zerstört werde?

Es halten sich gewiß einer freien Vereinigung jetzt viele Persönlichkeiten fern, die ihr von Nutzen sein können; werden nun diese Kräfte für die neue Organisation gewonnen und überwinden sie ihre tiefe Abneigung gegen jede öffentliche Thätigkeit, die außerhalb ihrer Interessensphäre liegt oder gar mit dieser in Widerspruch geraten kann, so ist das gewiß als ein namhafter Gewinn zu betrachten. Geben sie ihren Interessenstandpunkt oder ihre Lauheit aber nicht auf, so verstärken sie als Mußkorporierte die Vereinigung mit neuen ironisierenden und kritischen Elementen, die den wenigen Begeisterten womöglich die Schaffensfreude verderben. Aber auch die direkt Widerstrebenden sollen einverleibt werden, und wenn auch unbedingt die gewerblichen Korporationen einen frischen Zuwachs an Kräften vertragen können, so ist es doch wahrscheinlich, daß vielfach ein derartig plötzlicher Zufluß von unruhigem und rebellierendem Blute die Adern sprengen werde. Man bringt da unseres Erachtens allzustarke Gegensätze politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art zusammen, und die schwersten Kämpfe und Konflikte werden in der Folge bei der Beratung von

sehr subtilen Interessenfragen kaum zu vermeiden sein. Man kann freilich erwidern, daß diese Gegensätze sich nach gründlicher Aussprache und nach allerhand Kompromissen unter den Streitenden ausgleichen werden; das ist zu wünschen, aber es ist nicht überall zu erwarten. So notwendig auch in unserer Zeit der sozialen Zwietracht und Mißverständnisse ein Boden der Neutralität und der gegenseitigen Annäherung sein mag, eine Fachgenossenschaft, eine Körperschaft mit wesentlich wirtschaftlichen Interessen, scheint uns nicht die passende Arena zum Austragen dieser geistigen und materiellen Kämpfe zu sein.

Was nun schließlich jene Bedauernswerten angeht, die mühselig von einem Tage zum anderen schaffen, um ein kärgliches Dasein zu fristen, und die im Uebrigen ohne Interesse und ohne großes Verständnis für die Fragen ihres Standes dahinleben, so halten wir auch diese Kräfte nicht zur Hebung des Korporationslebens im Handwerke für tauglich. Zu einer opferwilligen und nutzbringenden Thätigkeit wird diese schwerfällige Masse nicht zu bewegen sein, und nur den aufreizendsten und gewalthätigsten Bestrebungen wird es gelingen, die hier vorhandene Apathie zu überwinden und die etwa schlummernden Instinkte und Kräfte, vielleicht nicht die besten, zum Leben zu wecken.

Vergessen wir aber vor allem nicht, daß mit der neuen Organisation zweifellos Gutes und Brauchbares der Zerstörung übergeben wird. Vergessen wir ferner nicht, daß der Zwang stets ein gewisses Eingeständnis der Schwäche bedeutet, und daß er erst dann berechtigt sein kann, wenn alle anderen Mittel, einen besseren Zustand herbeizuführen, erschöpft sind. Diese Mittel sind aber thatsächlich noch gar nicht einmal richtig erkannt, geschweige denn angewandt worden, wie wir später noch sehen werden. Wir glauben nicht, daß der Grundsatz *beneficia non obtruduntur*, Wohlthaten sollen nicht aufgedrängt werden, auf alle Erscheinungen unseres Rechts- und Wirtschaftslebens angewandt werden darf, wir sind einer weisen und vorsichtigen Staatsintervention auch auf dem Gebiete des heutigen Erwerbslebens durchaus nicht abgeneigt, aber wir bezweifeln, daß eine derartige vom Staate dekretierte Zwangsorganisation, dem Handwerkerstande oder dem einzelnen Handwerker Nutzen bringe. Aus diesen Gründen geben wir dem freien Korporationsleben, wie es sich in den gegenwärtigen Innungen repräsentiert und das die Gesetzgebung und die Verwaltung auch fernerhin stärken und schützen mögen, den Vorzug.

Mit der Einrichtung der Fachgenossenschaften sind besondere wirtschaftliche Vorteile für das Kleingewerbe nicht verknüpft, die Pflege des Gemeingeistes und der Standesehre — moralischer

Qualitäten, die überhaupt nicht in Massen aufzuziehen sind — läßt sich mit Hilfe der freiwilligen Thätigkeit unseres Erachtens besser erreichen, als durch ein zwangsweises Zusammenfassen aller Elemente im Handwerk, der Tüchtigen und Mangelhaften, der Schlechten und Guten, der Widerstrebenden und der Wohlgeneigten. Aber, so erklären die Verfasser des Entwurfs, auf dem Felde des Lehrlingswesens können wir die Fachgenossenschaften, die erst ein energisches Eingreifen ermöglichen, nicht entbehren. In dieser Bestimmtheit können wir diese Behauptung nicht verteidigen. Man wird mit Hilfe der bestehenden Korporationen und mit Hilfe von Handwerkskammern wohl ähnliche Erfolge erzielen, wie man sie sich von den Fachgenossenschaften verspricht. Das sind die prinzipiellen Bedenken, die wir gegen die Zwangs-Fachgenossenschaften vorzubringen haben.

Im Einzelnen ergibt sich dann aber noch eine weitere Reihe von Einwendungen gegen diesen Teil des neuen Organisations-Entwurfs. Man will zu den Fachgenossenschaften alle Gewerbetreibenden hinzuziehen, die ein Handwerk betreiben oder regelmäßig nicht mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen. Dem Bundesrat soll es vorbehalten sein, für bestimmte Gewerbe eine geringere Arbeiterzahl als Grenze der zu erfassenden Betriebe festzusetzen. Es ist schon erwähnt worden, daß es eine feste Scheidungslinie zwischen Handwerk und Industrie bei dem heutigen Stande des Gewerbelebens nicht mehr giebt und daß man überall gezwungen ist, eine mechanische Sonderung mit Hilfe der Ziffern der beschäftigten Arbeiter durchzuführen, sobald man für die handwerksmäßigen Betriebe besondere Vorschriften und Gesetze, kurz ein besonderes Recht herstellen will. Welche Arbeiterzahl bildet nun aber die richtige Grenze? Uns scheint die von dem Entwurfe angenommene Zahl 20 etwas hochgegriffen zu sein. Nehmen wir wieder die Berufszählung von 1882 zu Hilfe — leider fehlen ja genauere und neuere Angaben — so sehen wir, daß 96,77% der einer Zählung unterworfenen Betriebe auf die Kleinbetriebe, auf Betriebe ohne Gehilfen oder mit einem bis fünf Gehilfen fallen, daß weiter die Mittelbetriebe mit sechs bis fünfzig Personen: 2,90% und die Großbetriebe mit einundfünfzig Personen und mehr: 0,33% ausmachen. Zur Gruppe der Kleinbetriebe gehört nun jedenfalls das Handwerk zu seinem größten Teile, und nur eine verhältnismäßig kleine Ziffer wird dafür aus der zweiten Gruppe, aus der 2,90% umfassenden Gruppe der Mittelbetriebe zu beanspruchen sein, die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe wird also mit allen ihren Interessen zur Industrie hineigen. Nimmt man jetzt — und darauf kommt unser Vorschlag

hinaus — als Grenze die Zahl 10 der beschäftigten Arbeiter an, so wird es dem Bundesrat leichter sein, die etwa noch darüber liegenden handwerksmäßigen Betriebe als Ausnahmen zu behandeln und den Fachgenossenschaften zuzuweisen, als aus den Betrieben mit zehn bis zwanzig Arbeitern die nach der Seite der Industrie gravitierenden Unternehmungen auszuscheiden. Wir glauben, daß im Allgemeinen die handwerksmäßigen Betriebe als solche, die bis zu zehn Arbeitern beschäftigen, wohl charakterisiert werden können; was darüber hinausgeht, hat (mit Ausnahme des Bauhandwerks) in der Regel keine Berührungspunkte mit dem Handwerk oder steht ihm im Interessenkampfe sogar mehr oder minder als Gegner gegenüber.

Sehr schwierig wird sodann die in kleineren Städten jedenfalls häufig erforderliche Zusammenlegung der verwandten Gewerbe zu Fachgenossenschaften zu erledigen sein; einmal ist es bekanntlich nicht leicht, die verwandten Gewerbe zu bestimmen, zweitens wird aber auch bei einer solchen Zusammenlegung die Organisation an einheitlichem Charakter und an Kraft jedenfalls beträchtlich einbüßen müssen. Ebenso ist es in vielen Gewerben, bei denen mehrere Gewerbszweige vereinigt sind, ungemein schwer, den Hauptgewerbszweig zu erkennen und zu bestimmen, zu deren Fachgenossenschaft sich der Unternehmer zu begeben habe. Eine starke Quelle von Gewerbestreitigkeiten wird mit diesen allerdings notwendigen Bestimmungen erschlossen.

Schließlich erscheinen uns die Vorschläge über die Aufsicht der neuen Korporationen als nicht unbedenklich. Die Innungen sind bekanntlich der Aufsicht der Magistrate unterstellt, die Aufsicht über die Fachgenossenschaften, sowie über die noch bestehen bleibenden Innungen sollen nun aber künftig die Handwerkskammern, die ja aus den Fachgenossenschaften hervorgehen, führen. Freilich soll den Handwerkskammern ein vom Staate bestellter Kommissar zugesellt sein, immerhin ist diese Art der Selbstverwaltung und der Selbstüberwachung nicht ohne Gefahren; denn entweder hat der Kommissar das Heft in der Hand, und dann sind die Handwerker von der Aufsicht der ihnen doch immerhin näherstehenden Magistrate unter die eines Staatsbeamten gekommen, oder aber der Einfluß des Kommissars tritt zurück, dann kann von einer Aufsicht überhaupt nicht mehr recht die Rede sein, da jedenfalls doch wohl die Wortführer in den Fachgenossenschaften auch Mitglieder der Handwerkskammern sein werden. Wo aber vielleicht ein derartiges Freundschaftsverhältnis zwischen Handwerkskammer und Fachgenossenschaft nicht besteht, da dürften andererseits wieder leicht Zänkereien und gegenseitige Belästigungen an der Tagesordnung sein.

Eine besonders herbe Beurteilung haben von manchen Seiten, besonders aber von Handwerksmeistern die Bestimmungen über die Gehilfenausschüsse erfahren. Dennoch möchten wir gerade diesen Teil des Entwurfs verteidigen. Die Interessenvertretung der Handwerks-Gehilfen schwebte bisher, wenn man von den politischen Vereinigungen abfäh, vollständig in der Luft. Es war allerdings in den siebziger Jahren einmal der Gedanke aufgetaucht, die Gehilfen als gleichberechtigte Teilnehmer an der Innung heranzuziehen. Man hat dies Projekt aber wieder fallen gelassen und man hat nach den Innungsgesetzen von 1881 lediglich bestimmt, daß die Innungen in den Statuten die Bildung von Gesellenausschüssen, die die Interessen der Gesellen innerhalb der Innung vertreten sollen, anordnen und vorsehen können. Hier und da ist denn auch auf diesem Felde etwas geleistet worden, aber eine allgemeine Einrichtung mit bestimmten Kompetenzen sind die Gesellenausschüsse nicht geworden. Da nun aber die Gehilfenschaft im Handwerk — wie das lektthin besonders durch die Erhebungen im Bäckereigewerbe klar geworden ist — oft genug Wünsche zur Besserung ihrer Lage vorzubringen hat und hierzu ein ständiges, mit einigen Befugnissen ausgestattetes Organ nötig ist, so erscheint uns der Berlepsch'sche Plan der Gehilfenausschüsse wertvoll genug, um ihn sorgfältig zu prüfen und nicht sofort über Bord zu werfen; es wird nur darauf ankommen, das Maß der Befugnisse jener Korporationen so festzusetzen, daß eine politische oder soziale Terrorisierung eines jeden der interessierten Teile nach Möglichkeit ausgeschlossen werde.

Es ist aber auch nicht nötig, diese Einrichtung nur als ein Anhängsel zu den Fachgenossenschaften einzuführen, sie können nach unserer Meinung sehr wohl selbständig gebildet und als eine Interessenvertretung der abhängigen Gehilfenschaft für sich bestehen. Wo Innungen sind, hätte das Innungsstatut in dem von dem Entwurfe festgesetzten Umfange die Mitwirkung der Gehilfenschaft in allen diese angehenden Angelegenheiten zu regeln, aus diesen Ausschüssen wäre dann ein Gehilfen-Hauptauschuß zur Teilnahme an den Arbeiten der Handwerkskammer zu bilden. Wo keine Innungen bestehen, soll es den Gehilfen gestattet sein, sich nach Berufsarten in Ausschüssen zu korporieren und die Interessen der Gehilfen wahrzunehmen. Jedenfalls muß die Bildung des Gehilfen-Hauptauschusses, als einer Ergänzung der obligatorischen Handwerkskammer, obligatorisch gemacht werden. Es wird sich dafür dann ein indirektes Wahlverfahren empfehlen.

Es ist nur eine Forderung der Billigkeit und der Gerechtigkeit, daß den Gehilfen auf diese Weise eine Mitwirkung gesichert

werde: bei der Regelung der Lehrlingsverhältnisse, bei der Abnahme der Gesellenprüfungen, bei der Entscheidung von Streitigkeiten und bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen, welche die Interessen der Gehilfenschaft berühren. Die Befürchtungen mancher Meister, daß die Autorität dadurch untergraben und daß die Sozialdemokratie weiteren Eingang in die Reihen der Handwerker finden würde, können wir nicht in dem Umfange teilen, wie sie von jenen allzuängstlichen oder von allzusehr auf ihre Machtstellung poehenden Meistern geltend gemacht werden. Wir sind nämlich der Ansicht, daß, je geregelter das Verkehrsverhältnis zwischen Meister und Gehilfen ist, desto geringer auch der Anlaß und die Möglichkeit zu Verbitterung und Trotz werden. Man muß die soziale Bewegung unserer Zeit in ihrem wesentlichen Kerne doch als eine Äußerung einer zum großen Teile berechtigten und tiefgehenden Unzufriedenheit breiter Volksschichten auffassen, und es gehört unseres Erachtens ein hoher Grad parteipolitischer Verrantheit und spießbürgerlicher Kurzsichtigkeit dazu, wenn man in jener Bewegung nichts weiter als frivole Lust zum Räkonnieren, als Neid und nichts weiter, als das Produkt einiger radikaler Verschwörer oder unklarer Schwärmer erblicken will. Nur wenn es gelingt, die Mißstände in unserem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben nach Menschenmöglichkeit zu beseitigen, haben wir Aussicht, das Gespenst der sozialen Frage zu bannen und wieder zu ruhigen Verhältnissen zu gelangen.

Da nun aber der in dem Entwurfe geplante Gehilfenausschuß sehr wohl ein Mittel sein kann, daß sich die streitenden Parteien in einem geordneten Geschäftsgange über ihre Forderungen und Bedenken aussprechen, daß die zwischen ihnen bestehenden Mißverständnisse, Vorurteile und Gehässigkeiten vermindert werden, sobald die Teilnehmer an der vorgeschlagenen Einrichtung ihre Aufgaben mit Verständnis und mit dem nötigen sittlichen Bewußtsein auffassen, und da es bisher nicht erwiesen ist, daß die Arbeiter ein ihnen in dieser Hinsicht entgegengebrachtes Vertrauen mißbraucht haben, so scheint uns der Ausschuß eher geeignet zu sein, zu vermitteln und zu versöhnen, als Unfrieden zu stiften und den Geist der Unbotmäßigkeit zu wecken.

Wir vermögen in jenen Bestimmungen, wonach die Mitglieder des Gehilfenausschusses mit vollem Stimmrecht an der Beratung und Beschlußfassung der Fachgenossenschaft über die ihre Interessen umfassenden Angelegenheiten teilnehmen, wonach sie innerhalb dieses Rahmens Anträge bei den Korporationen der Meister und bei der Handwerkskammer stellen dürfen, nichts entdecken, was die Autorität untergraben und den Umsturz vorbereiten könne; darf

man doch auch nicht vergessen, daß die Wahlfähigkeit erst an das vollendete einundzwanzigste, die Wählbarkeit an das vollendete dreißigste Lebensjahr geknüpft werden soll und daß durch dieses Verfahren der Auslese allzu jugendliche und hitzige Elemente den gemeinsamen Arbeiten der Meister und Gesellen ferngehalten werden.

Die Bäume können überdies die Ausschüsse mit den ihnen im Entwurfe zugedachten Befugnissen nicht aus dem Boden reißen; sie werden damit allerdings die Interessen der Gehilfen wahrnehmen und berechnete Forderungen geltend machen können. Es wird der Gehilfenschaft eine legale Gelegenheit gegeben, offen das auszusprechen, was jetzt heimlich umhergetragen wird und den gegenseitigen Haß und die Verbitterung schürt.

Man hat ferner die Bestimmung angegriffen, daß, wenn ein Beschluß gegen die Stimmen seiner sämtlichen Mitglieder zustande kommt, der Gehilfenausschuß mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der Handwerkskammer beantragen kann. Der Ausschuß würde nur dann von dem Rechte Gebrauch machen, wenn er genügende Unterstützung in der Handwerkskammer voraussetzen könne, und werde also eine Gelegenheit finden, die Meister mit allen Chikanen zu terrorisieren. Ähnliche Einwürfe hat man seiner Zeit gegen die Gewerbegerichte und gegen jede Verordnung der neueren sozialen Gesetzgebung gemacht, bei der den Arbeitern ein Recht der Mitwirkung eingeräumt werden sollte. Bislang ist aber Wesentliches nicht zu Ungunsten aller dieser Einrichtungen, wenigstens nicht in der Richtung jener Prophezeiungen und Klagen, bekannt geworden, und wir glauben auch in dem vorliegenden Falle nicht an eine derartige thörichte und zwecklose Böswilligkeit der Arbeiterschaft.

Die Freunde der Fachgenossenschaften werden erklären, daß die Bildung von Gehilfenausschüssen ohne Anlehnung an die Unternehmercorporationen keinen Halt und Bestand haben werden. Das ist dort, wo das Innungsleben keinen Eingang gefunden hat, vielleicht möglich, es wird dort aber der Schwerpunkt der Gehilfenvertretung in den der obligatorischen Handwerkskammer angefügten obligatorischen Gehilfen-Hauptausschuß zu legen sein.

Sollten nun die Fachgenossenschaften nicht angenommen werden, so würde es, wie gesagt, doch empfehlenswert sein, die Gehilfenausschüsse mit den ihnen im Berlepsch'schen Entwurfe zugedachten Aufgaben und Rechten zu erhalten, als ein Mittel zur Anbahnung eines aufrichtigeren und friedlicheren Verhältnisses zwischen Meister und Gehilfen.

Die Zwangs-Fachgenossenschaften des Entwurfs sind im Uebrigen nicht ganz ohne Vorbild. Oesterreich hat sie 1883

mit dem Namen „Genossenschaften“ für alle gewerblichen Unternehmungen, mit Ausnahme der Fabriken, obligatorisch gemacht. Auch dort soll der Zweck dieser Zwangsvereinigungen Pflege des Gemeingeistes, Erhaltung und Hebung der Standesehre, sowie Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen sein. Sie haben ähnliche Befugnisse wie man sie den Fachgenossenschaften in Deutschland zuweisen will, und haben zugleich diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die man hier den Handwerkskammern zu geben gedenkt. Aber auch in Oesterreich lassen die Gewerbestatistik und die Äußerungen der österreichischen Handwerker selbst nur zu deutlich erkennen, daß sich mit der 1883 eingeschlagenen Gewerbepolitik der Zwangsorganisation und des Verwendungsnachweises die Lage des Handwerks nicht im geringsten gebessert hat. Die Mißstimmung der kleinen Gewerbetreibenden ist nicht vermindert, und mannigfaltig und bitter sogar sind die Klagen über die zwecklosen Scherereien der neuen Gesetzgebung.

Es hieß früher, daß Oesterreich in der Regel zehn Jahre in seiner Politik und Gesetzgebung hinter den übrigen kontinentalen Mächten zurück sei, diesmal soll aber, wie es scheint, das deutsche Reich, indem es die Zwangs-genossenschaften in sein Gewerberecht aufnehmen soll, auf Oesterreichs Spuren wandeln. Wir meinen doch, daß diese Spuren schrecken müssen, und sehen es auch vorläufig als ziemlich gewiß voraus, daß die gesetzgebenden Körperschaften, das preußische Gesamtministerium, der Bundesrat und der Reichstag diesem Teil des Berlepsch'schen Entwurfs ihre Zustimmung versagen.

* * *

Die Handwerkskammern.

So ablehnend wir uns den Fachgenossenschaften gegenüber stellen, so sympathisch erscheint uns der zweite Punkt des Berlepsch'schen Programms. Da ist zunächst mit Freuden zu begrüßen, daß überhaupt von autoritativer Stelle aus der vom Handwerkerstande seit 1848 erhobenen Forderung nach Handwerkskammern mit eigenen schöpferischen Plänen nähergetreten wird, und man muß ferner anerkennen, daß der Entwurf eine vortreffliche Grundlage für eine gesetzliche Regelung dieses bedeutsamen und schwierigen Problems darbietet. Freilich geht der Entwurf von der Voraussetzung aus, daß die Handwerkskammern aus den Fachgenossenschaften hervorgehen sollen, was wir auch hier wieder nicht für nötig und nützlich halten. Weiter teilt er ihnen Aufgaben und Befugnisse zu, die unsers Erachtens in einigen Fällen das Maß der in diesen Körperschaften vermutlich

vorhandenen Kräfte übersteigen werden. In diesen Punkten möchten wir also einige Einwendungen geltend machen, nachdem wir zunächst die Bestimmungen des Entwurfs und die in diesem Falle etwas knapp geratenen Motive des preußischen Handelsministers kennen gelernt haben werden. Die Bestimmungen lauten folgendermaßen:

II. Handwerkskammern.

Errichtung.

XX.

Die Fachgenossenschaften wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder der Handwerkskammer. Die Zahl der von den einzelnen Genossenschaften zu wählenden Mitglieder wird nach Anhörung Gewerbetreibender (Innungen, Gewerbevereine etc.) durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt.

Die Wahl erfolgt auf 6 Jahre; je nach 3 Jahren scheidet die Hälfte der Gewählten aus. Eine Wiederwahl ist zulässig.

XXI.

Die Wählbarkeit zum Mitgliede der Handwerkskammer ist von den gleichen Voraussetzungen abhängig, wie die Wählbarkeit zu Ämtern der Fachgenossenschaft (X).

XXII.

Das Amt eines Mitgliedes der Handwerkskammer ist ein Ehrenamt. Die Uebernahme kann nur aus Gründen verweigert werden, aus denen die Wahl zum Beisitzer eines Gewerbegerichts abgelehnt werden darf.

Statut.

XXIII.

Die Einrichtung und der Geschäftsbetrieb der Handwerkskammer wird durch ein Statut geregelt, welches von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigen ist. Ueber das Statut beschließt die Handwerkskammer unter Leitung eines Kommissars der höheren Verwaltungsbehörde. Kommt ein Beschluß nicht zustande, oder wird die Genehmigung dem Statut wiederholt verweigert, so erläßt die höhere Verwaltungsbehörde das Statut mit rechtsverbindlicher Kraft.

XXIV.

Das Statut muß Bestimmungen über den Sitz der Handwerkskammer, die Wahl und Befugnisse des Vorsitzenden, die Art der Berufung der Handwerkskammer, die Bildung und Befugnisse der Abteilungen (Ausschüsse), die Anstellung des Sekretärs — dieser darf nicht Mitglied der Handwerkskammer sein —, die Verteilung und Einziehung der Beiträge, das Kassen- und Rechnungswesen enthalten.

Aufgaben.

a) obligatorische.

XXV.

Die Handwerkskammern haben:

1. die Aufsicht über die Fachgenossenschaften und Innungen ihres Bezirks zu führen,
2. die Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften in den Betrieben der zu den Fachgenossenschaften gehörenden Gewerbetreibenden zu beaufsichtigen,

3. die durch das Gesetz auf dem Gebiete des Lehrlingswesens ihnen sonst übertragenen Obliegenheiten und Befugnisse wahrzunehmen,
4. bei der Ueberwachung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung mitzuwirken,
5. für Arbeitsnachweis und Herbergswesen zu sorgen,
6. auf Ansuchen der Behörden Berichte und Gutachten über gewerbliche Fragen zu erstatten.

b) fakultative.

XXVI.

Die Handwerkskammern sind befugt:

1. die zur Förderung des Kleingewerbes geeigneten Einrichtungen und Maßnahmen zu beraten und bei den Behörden anzuregen,
2. Veranstaltung zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge zu treffen und Fachschulen zu errichten.

c) Erlaß von Vorschriften.

XXVII.

Die Handwerkskammern sind ferner befugt, Vorschriften zu erlassen:

1. über den Besuch der von ihnen errichteten Fach- und Fortbildungsschulen, soweit dieser Besuch nicht durch Statut oder Gesetz geregelt ist,
2. über die Anmeldung und Abmeldung der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter bei den Fachgenossenschaften.

Die Vorschriften können auch für bestimmte Gewerbe erlassen werden und bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Aufsicht.

Kommissar.

XXVIII.

Die Aufsichtsbehörde der Handwerkskammer wird durch die Landeszentralbehörde bestimmt. Für jede Handwerksbehörde wird von der Landeszentralbehörde ein Kommissar bestellt.

Der Kommissar hat die Rechte eines Mitgliedes der Handwerkskammer; ein Stimmrecht steht ihm nicht zu. Er kann jederzeit von den Schriftstücken der Handwerkskammer Einsicht nehmen, Gegenstände zur Beratung stellen und die Einberufung von Sitzungen verlangen. Er hat das Recht, den Versammlungen der Fachgenossenschaften beizuwohnen. Der Kommissar kann die Beschlüsse der Handwerkskammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Ueber die Beanstandung entscheidet nach Anhörung der Handwerkskammer die höhere Verwaltungsbehörde.

Kosten.

XXIX.

Die Kosten der Handwerkskammern werden, soweit sie in deren sonstigen Einnahmen keine Deckung finden, von den ihnen unterstehenden Fachgenossenschaften durch jährliche Beiträge nach Maßgabe des Statuts aufgebracht.

Vertreter der Gehilfen.

XXX.

Bei der Beratung und Beschlußfassung der Handwerkskammer über diejenigen Gegenstände, auf welche sich die Zuständigkeit der Gehilfen-

Ausschüsse erstreckt (XVIII), nehmen Vertreter der Gehilfenschaft mit vollem Stimmrecht Theil. Diese Vertreter werden von den im Bezirke der Handwerkskammer bestehenden Gehilfen-Ausschüssen aus ihrer Mitte nach Maßgabe des Statuts der Handwerkskammer gewählt.

Kommt ein Beschluß der Handwerkskammer gegen die Stimmen sämtlicher Vertreter der Gehilfenschaft zustande, so können die letzteren mit aufstrebender Wirkung die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde beantragen.

III. Gemeinsame Bestimmungen.

Korporationsrechte.

XXXI.

Die Fachgenossenschaften und Handwerkskammern können unter ihrem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Für die Verbindlichkeiten der Fachgenossenschaft und der Handwerkskammer haftet den Gläubigern nur das Vermögen der Genossenschaft und der Handwerkskammer.

Stellung der Innungen.

XXXII.

Die den Innungen gesetzlich übertragenen Befugnisse werden insoweit aufgehoben, als sie sich über den Kreis der Innungsmitglieder erstrecken (§§ 100 e, 100 f ff. der Gewerbeordnung).

Die von den Innungen erlassenen Vorschriften dürfen nicht im Widerspruch mit den von den Handwerkskammern und Fachgenossenschaften in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben getroffenen Bestimmungen und Anordnungen stehen.

Die Innungen unterliegen der Aufsicht der Handwerkskammern.

Bestehende Gewerbekammern.

XXXIII.

Die bestehenden Gewerbekammern treten unter entsprechender Aenderung der Verfassung an die Stelle der Handwerkskammern.

(Die den Bestimmungen angefügte Erläuterung faßt die Fachgenossenschaften und die Handwerkskammern zusammen, indem der Entwurf die beiden Einrichtungen als sich gegenseitig ergänzend auffaßt. Da wir uns jedoch für Handwerkskammern mit völlig selbständigem Charakter erklären wollen, so muß es uns zu Gunsten einer besseren Uebersicht erlaubt sein, wie die Bestimmungen, so auch die Motive für die Fachgenossenschaften und für die Handwerkskammern gesondert zu betrachten. Wir haben daher bei dem Abdruck der Erläuterungen zu den Fachgenossenschaften drei Absätze, die sich mit den Handwerkskammern befassen, ausgeschieden, um sie an dieser Stelle wiederzugeben. Ebenso bringen wir hier jenen Teil der Erläuterung, der für eine Auscheidung der §§ 100 e, 100 f zc. aus der Gewerbeordnung spricht.)

„Bei der Bemessung der Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer wird zu berücksichtigen sein, daß allzu große Körperschaften erfahrungsgemäß in ihrer Beweglichkeit und ihrer Leistungsfähigkeit behindert sind. Ob hiernach im Einzelfalle jede Fachgenossenschaft ein oder mehrere

Mitglieder oder mehrere Fachgenossenschaften nur ein Mitglied wählen, hängt von der Bedeutung der in der Fachgenossenschaft vertretenen Gewerbe ab.

Was die Mitwirkung der Handwerkskammer bei Ausübung der Vorschriften über den Arbeiterschutz betrifft, so ist nicht beabsichtigt, ihr die Befugnis zur selbstständigen Thätigkeit auf diesem Gebiet einzuräumen, sie soll vielmehr nur verpflichtet sein, den staatlichen Aufsichtsorganen die etwa erforderliche Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Der Gehilfenschaft ist bei Erledigung der Geschäfte der Handwerkskammer eine Mitwirkung in ähnlicher Weise wie bei der Fachgenossenschaft eingeräumt"

"Wie bereits hervorgehoben, sollen die Fachgenossenschaften im Wesentlichen die Aufgaben erfüllen, welche bisher den Innungen allein zugewiesen waren. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Thätigkeit der Innungen auf den Kreis der Mitglieder zu beschränken und die darüber hinausgehenden Vorschriften der §§ 100 e und 100 f der Gewerbeordnung aufzuheben."

Nach dem Entwurfe entsendet also die Fachgenossenschaft eine durch die höhere Verwaltungsbehörde noch zu bestimmende Anzahl von Mitgliedern in die Handwerkskammer. Zur Wählbarkeit ist u. a. das vollendete dreißigste Lebensjahr und eine zweijährige Gewerbethätigkeit im Bezirke der Kammer erforderlich, die Annahme der Mitgliedschaft kann in der Regel nicht verweigert werden. Das Statut der Handwerkskammer ist von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigen. Es sollen den Kammern obligatorische und fakultative Aufgaben zugewiesen werden. Die obligatorischen sind: 1. Aufsicht über die Fachgenossenschaften und Innungen ihres Bezirks; 2. Aufsicht über Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften in den Betrieben der zu den Fachgenossenschaften gehörenden Gewerbetreibenden; 3. Wahrnehmung der durch das Gesetz auf dem Gebiet des Lehrlingswesens ihnen sonst übertragenen Obliegenheiten und Befugnisse; 4. Mitwirkung bei der Ueberwachung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung; 5. Sorge für den Arbeitsnachweis und für das Herbergswesen; 6. Erstattung von Berichten und Gutachten über gewerbliche Fragen an die Behörden (auf deren Ansuchen hin). Als fakultative Aufgaben sind ins Auge gefaßt: 1. die zur Förderung des Kleingewerbes geeigneten Einrichtungen und Maßnahmen zu berathen und bei den Behörden anzuregen und 2. Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge zu treffen, sowie Fachschulen zu errichten. Ferner sollen den Kammern gewisse gesetzgeberische Aufgaben zufallen, wie das Erlassen von Vorschriften 1. über den Besuch der von ihnen errichteten Fach- und Fortbildungsschulen, soweit er nicht bereits geregelt ist; 2. über die Anmeldung und Abmeldung der Gesellen, Gehilfen,

Lehrlinge und Arbeiter bei den Fachgenossenschaften. Die Vorschriften bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

Die Aufsichtsbehörde der Handwerkskammer bestellt die Landeszentralbehörde. Von der letzteren wird ein Kommissar ernannt mit den Rechten eines Mitgliedes der Handwerkskammer, der auch den Versammlungen der Fachgenossenschaft beiwohnen darf, aber hier wie in der Handwerkskammer kein Stimmrecht hat. Der Kommissar kann die Beschlüsse der Handwerkskammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden, bis nach Anhörung der Handwerkskammer die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet.

Die Kosten der Handwerkskammer werden, soweit sie in deren sonstigen Einnahmen keine Deckung finden, von den ihnen unterstehenden Fachgenossenschaften durch jährliche Beiträge nach Maßgabe des Statuts aufgebracht. Die Vertreter der Gehilfenschaft nehmen mit vollem Stimmrecht an der Beratung und Beschlussfassung der Handwerkskammer über diejenigen Gegenstände teil, auf die sich die Zuständigkeit der Gehilfenausschüsse erstreckt. Diese Vertreter werden von den im Bezirk der Handwerkskammern bestehenden Gehilfenausschüssen aus ihrer Mitte nach Maßgabe des Statuts der Handwerkskammer gewählt. Kommt ein Beschluss der Handwerkskammer gegen die Stimmen sämtlicher Vertreter der Gehilfenschaft zustande, so können die letzteren mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde beantragen. Die Handwerkskammern haben, wie die Fachgenossenschaften, die Rechte der juristischen Person. Die Innungsprivilegien werden aufgehoben, die Innungen unterliegen der Aufsicht der Handwerkskammer. Die bestehenden Gewerbekammern treten unter entsprechender Aenderung ihrer Verfassung an die Stelle der Handwerkskammern.

Man muß es in der That als einen großen Fortschritt begrüßen, daß jetzt einmal mit Energie der Plan aufgenommen wird, dem Handwerk eine nützliche Interessenvertretung zu sichern. Der Handel und die Großindustrie haben in den Handels- oder in den Handels- und Gewerbekammern gut organisierte und zahlreich über das Reich verteilte Körperschaften, die die Wünsche und Bedürfnisse der Industrie und des Handels zweckmäßig und prompt zur Kenntnis der Regierung bringen; die Landwirtschaft hat sich ebenfalls in freien Vereinen eine Interessenvertretung gesichert, die durch das Landes-Ökonomie-Kollegium und durch den deutschen Landwirtschaftsrat noch verstärkt wird. Indes verlangt man auch hier vielfach nach einer geschlossenen Organisation in der Form von Landwirtschaftskammern. Dem mittleren und kleinen Gewerbestand, namentlich aber dem Handwerk fehlt, wenn man von den in den

Gewerbekammern in Sachsen, Bayern und Baden bestehenden vereinzelt Ausnahmen abseht, eine eigentliche Interessenorganisation. Und gerade diese Klassen, die doch in einer gewissen Abgeschlossenheit gegen die oberen Stände leben, die wenig Gelegenheit haben, durch persönlichen Einfluß etwas zu erreichen, und die bei unserer gewerblichen Entwicklung in manchen Punkten schwer bedroht sind, gerade die Handwerker bedürfen eines mit gewissen behördlichen Eigenschaften ausgestatteten Organs, um ihre lang zurückgestellten Forderungen im öffentlichen Leben und in der Presse, der Verwaltung und Gesetzgebung gegenüber mit dem erforderlichen Nachdruck geltend zu machen. Was man da jetzt aus den Handwerker- versammlungen vernimmt, ist vielfach krauses Zeug, hier und da nur der fanatische Galimatias einiger beschränkter Gerngroße, die Vermüthungen einer durch gewissenlose Demagogie aufgeregten Menge, und an die Stelle dieses unartikulierten Stammels, das dann die radikale und manchesterliche Presse schadenfroh als die natürliche Sprache der Handwerkbewegung verzeichnet, muß ein vernünftiges Abwägen und Aussprechen der Forderungen treten, und hierzu sollen und können die Handwerkskammern die erste Handhabe bieten.

Der preussische Entwurf will nun aber diese Kammern auf der Grundlage der gleichzeitig ins Leben zu rufenden Fachgenossenschaften aufbauen. Wir haben schon zugegeben, daß, wenn es lediglich darauf ankommen soll, der neuen Organisation im Sinne des bureaukratischen Schematismus einen bequemen und soliden Untergrund zu gewähren, die Errichtung von Zwangs-Fachgenossenschaften dazu ein durchaus geeignetes Mittel sein wird. Wir haben demgegenüber aber auch den Selbstzweck der Handwerkskorporationen betont und auf die in der Bildung der Fachgenossenschaften selbst ruhenden Schwierigkeiten und Belästigungen aufmerksam gemacht. Gewiß sind mit Hilfe der Fachgenossenschaften die recht schwierigen Fragen, wer zur Handwerkskammer wählen, wer zu wählen sein soll, wie die Kosten für diese und ähnliche Einrichtungen aufzubringen seien, verhältnismäßig rasch zu beantworten. Verzichtet man nun aber, wie wir, zu Gunsten der bestehenden Innungen auf die Fachgenossenschaften, so muß man die angedeuteten Fragen selbständig, ohne Zuhilfenahme der vorgeschlagenen Institutionen, erledigen, und auf andere Weise den Handwerkskammern eine passende Zusammenziehung, einen genügenden Kreis von Befugnissen und eine gesunde Verwaltung zu sichern suchen.

Der Entwurf sagt: die Fachgenossenschaften wählen aus ihrer Mitte die Mitglieder der Handwerkskammer, die Zahl bestimmt die höhere Verwaltungsbehörde, die Abgrenzung der Bezirke geschieht durch die Landeszentralbehörde. Wir möchten statt dessen

folgendes Verfahren vorschlagen: Die handwerksmäßigen Gewerbebetriebe, das sind diejenigen Betriebe, welche nicht mehr als zehn Hilfsarbeiter beschäftigen, oder aber vom Bundesrat als handwerksmäßige bezeichnet worden sind, wählen innerhalb eines nicht zu umfangreichen Bezirks, etwa von der Größe eines preussischen Regierungsbezirks, in einzelnen Gewerbegruppen mittelst eines noch festzustellenden indirekten Wahlverfahrens die von der Zentralbehörde bestimmte Anzahl der Mitglieder der Handwerkskammer. Die Handwerkskammern sind obligatorische Einrichtungen; die Wahl zum Mitglied kann nur aus den in den bisherigen Bestimmungen angegebenen Gründen abgelehnt werden.

Man erhält auf diese Weise eine ziemlich scharf abgegrenzte Berufsgemeinschaft ohne den Vereinigungszwang der Fachgenossenschaft; die Mitglieder dieser Gemeinschaft sind sowohl zur Mitwirkung an den Handwerkskammern berechtigt und verpflichtet, wie auch dem § 100 f. c. der Gewerbeordnung (den sogenannten Innungsparagrafen, mit Ausnahme des § 100 e) zu unterwerfen, so daß damit zugleich mancher Streit über die Grenzen der Innungskompetenzen aus der Welt geschafft sein wird. Wir glauben auch, daß die Handwerkskammern, falls sie für das Gewerbewesen im ganzen Reiche eine Bedeutung haben sollen, obligatorisch sein müssen. Denn stellt man es, wie etwa bei den Handelskammern, in das Ermessen der Interessenten, diese Organe ins Leben zu rufen, so würde bei der teilweisen Laueheit der Handwerkerkreise die Bildung der Handwerkskammern wohl häufiger unterbleiben, als geschehen; es würden damit nur die Landesteile mit einigen rührigen Elementen in der Handwerkerbewegung bei der Regierung u. zu Worte kommen und damit nur eine höchst lückenhafte und unzuverlässige Berichterstattung über kleingewerbliche Angelegenheiten und eine ungleiche Interessenwahrnehmung des Handwerks erreicht werden. Das indirekte Wahlverfahren empfiehlt sich, weil damit das vermutlich überreiche Material an Kandidaten ein wenig gesichtet wird und die persönlichen und lokalen, überhaupt die mehr zufälligen Interessen gegen die allgemeinen Voraussetzungen zu derartigen Ämtern ein wenig zurücktreten.

Bei den weitgehenden Aufgaben und Befugnissen der Handwerkskammer wird man es sodann vollauf verstehen, daß man beabsichtigt, den Kammern einen staatlichen Kommissar beizugeben, der alle Rechte eines Mitgliedes der Handwerkskammer mit Ausnahme des Stimmrechts genießt, und der ferner befugt sein soll, die Vorgänge in den Sitzungen zu verfolgen, Sitzungen einzuberufen und die Beschlüsse mit aufschiebender Wirkung zu befehlen. Es ist einleuchtend, daß das Amt eines solchen

Kommissars große Anforderungen an die Sachkenntnis, Unparteilichkeit und an den Takt der mit der Führung des Amtes betrauten Person stellen wird. Die Zwangssteuerpflicht zu den Kosten der Handwerkskammer — die sich jährlich auf etwa 4000 bis 6000 Mark belaufen werden —, sowie die nach Maßgabe des Statuts erfolgende Umlage auf alle handwerksmäßigen Gewerbebetriebe dürfen eigentlich keinen ernsthaften Widerspruch finden. Es muß den Handwerkern an einer nützlichen Interessenvertretung soviel gelegen sein, daß sie die verhältnismäßig geringfügigen Lasten willig tragen. Wer dieses Interesse nicht mitbringt, ist deswegen noch keineswegs von seinen Verpflichtungen entbunden, da ihm ja auch seine Rechte deshalb nicht abgesprochen werden.

Was nun die Aufgaben und die Befugnisse der Handwerkskammern anbetrifft, so möchten wir diese teilweise etwas eingeschränkt, teilweise etwas erweitert wissen. Wir meinen, daß sie in der Hauptsache zunächst ähnliche Funktionen erhalten sollen, wie sie die preussischen Handelskammern besitzen, denn es erscheint uns am notwendigsten, daß eine bessere Fühlung zwischen dem Handwerkerstande und der Regierung, dem Parlamente, der öffentlichen Meinung erreicht werde, daß ferner das Handwerk ein Organ besitze, das seine Wünsche und Forderungen in einigermaßen authentischer und sachgemäßer Form geltend zu machen hat. Die gegenwärtigen Innungen sind hierzu ungeeignet, da sie nur den kleineren Teil der Handwerksbevölkerung darstellen und da weiter vorläufig in ihren Äußerungen oft mehr politische als rein sachliche Motive vorherrschen.

Wir sind daher auch damit einverstanden, daß die Handwerkskammern Berichte über die Lage des Handwerks zu verfassen haben, aber es sollte nicht, wie der Entwurf vorschlägt, in dem Belieben der Behörden liegen, derartige Berichte einzufordern, sie sollten vielmehr obligatorisch gemacht und periodisch veröffentlicht werden. Auch sollen die Handwerkskammern nicht nur auf Anfragen der Behörden Gutachten über gewerbliche Dinge abliefern, sondern sie sollen jederzeit befugt sein, nach ihrem Ermessen zu berichten, und die Behörden müssen sogar verpflichtet werden, bei wichtigen Anlässen das Gutachten der Handwerkskammern zu verlangen. Es ist ferner zu billigen, daß die Handwerkskammern befugt sein sollen, die zur Förderung des Kleingewerbes geeigneten Einrichtungen und Maßnahmen zu beraten und bei den Behörden anzuregen. Hierbei mögen sie auch für die Ausbreitung und Befestigung des Genossenschaftswesens im Handwerk Sorge tragen, die Innungen, Innungsausschüsse und Innungsverbände auf ihre Pflichten auf dem Gebiete des Lehrlingswesens, der Fachschulen,

des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens aufmerksam machen. Damit erschließt sich den neuen Einrichtungen ein recht weites Arbeitsfeld, auf dem sie zunächst einmal ihre Kräfte erproben können.

Was man weiter den Handwerkskammern an Pflichten und Rechten zuweist, namentlich das direkte Eingreifen in noch heißumstrittene Angelegenheiten, scheint uns bei einer Organisation, die aus den Vertretern der verschiedensten Gewerbsarten zusammengesetzt ist und die sich über ein größeres Interessengebiet erstrecken soll, zu weitgehend. Die Handwerkskammern sind für diese subtilen Aufgaben zu ungefüge. Die Befugnisse, die bisher den Innungen zugestanden haben, sollten diesen auch ferner belassen werden, so die nähere Regelung des Lehrlingswesens, Sorge für den Arbeitsnachweis und für das Herbergswesen, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und sittlichen Ausbildung der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge und Errichtung von Fachschulen. In allen diesen Angelegenheiten mögen die Handwerkskammern schließlich eine Art von Aufsichtsrecht haben, aber die eigentliche schöpferische Thätigkeit sollen sie den Innungen, Innungsausschüssen und Innungsverbänden überlassen.

Die Aufsicht über die Innungen soll aus der Hand der Magistrat in die der Handwerkskammern gelegt werden; wir haben schon bei den Fachgenossenschaften, die ebenfalls unter die Aufsicht der Handwerkskammern gestellt werden sollen, unsere Bedenken dazu geltend gemacht. Diese Art der Selbstverwaltung können wir nicht für erforderlich und nützlich ansehen. Wenn nun aber bestimmt werden soll, daß den Handwerkskammern eine Mitwirkung bei der Ueberwachung der auf den Arbeiterschutz bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung einzuräumen sei, so sind die Funktionen, die ihnen hier zugedacht sind, schwer zu erraten. In der Erläuterung heißt es, daß nicht beabsichtigt sei, den Handwerkskammern die Befugnis zur selbstständigen Thätigkeit auf diesem Gebiete zu gewähren, sie sollen nur verpflichtet sein, den staatlichen Aufsichtsorganen die etwa erforderliche Unterstützung zu Teil werden zu lassen. Dabei kann unseres Erachtens aber nicht viel herauskommen, denn die Handwerkskammer wird immer, wie auch ihre Zusammensetzung sein mag, so stark in ihren einzelnen Mitgliedern bei diesen Vorschriften der Gewerbeordnung interessiert sein, daß eine Gewähr für eine unparteiische und unbefangene Beurteilung dieser Fragen nicht gegeben werden kann.

Nicht ganz leicht zu beantworten ist dann, wie bei den Fachgenossenschaften, so auch bei den Handwerkskammern, die Frage, wie das Verhältnis der Gehilfenschaft zu der neuen Institution zu gestalten sei. Auch hier müssen wir bekennen, daß uns die Auffassung

des Entwurfs, die dem Geiste der neueren Sozialpolitik der Reichsregierung entspricht, wohl sympathisch ist. Es ist, wie schon ausgeführt worden ist, angesichts der heutigen sozialen Verhältnisse zwischen Meistern und Gehilfen im Handwerk trotz des Einspruchs mancher Meister doch wohl zu rechtfertigen, daß an der Beratung und Beschlußfassung der Handwerkskammer über diejenigen Gegenstände, auf die sich die Zuständigkeit der Gehilfenausschüsse erstreckt, Vertreter der Gehilfenschaft mit vollem Stimmrecht teilnehmen, und ebenso ist es erforderlich, damit nicht eine ungerechte und verletzende Majorisierung durch die wirtschaftlich Stärkeren eintrete, daß, wenn ein Beschluß der Handwerkskammer gegen die Stimmen sämtlicher Vertreter der Gehilfenschaft zustande kommt, die Gehilfenschaftsvertreter mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde beantragen können. Vielleicht empfiehlt es sich, diese Bestimmungen noch dahin zu ergänzen, daß die Vertreter der Gehilfenschaft im Rahmen der Kompetenzen des Gehilfenausschusses, wie man es bei der Fachgenossenschaft schon vorgesehen hat, das Recht zu Initiativ-Anträgen erhalten.

Gegen die Erteilung der Rechte der juristischen Person an die Handwerkskammern wird sich nichts erinnern lassen, falls die Kammern die im Entwurfe angestrebten Befugnisse erhalten, im andern Falle werden sie wohl kaum in die Lage kommen, von diesem Rechte Gebrauch zu machen; ebenso ist es eine Forderung der Zweckmäßigkeit, daß, um ein einheitliches Verfahren zu suchen, die bestehenden Gewerbekammern unter entsprechender Aenderung ihrer Verfassung an die Stelle der Handwerkskammern treten sollen.

Von entscheidender Bedeutung für den ganzen Entwurf ist die Abteilung XXXII der „Gemeinsamen Bestimmungen“. Darin wird nämlich erklärt: „Die den Innungen gesetzlich übertragenen Befugnisse werden insoweit aufgehoben, als sie sich über den Kreis der Innungsmitglieder erstrecken“ (§§ 100 e, 100 f der Gewerbeordnung).

Daß die ausschließliche Befugnis der Innungsmeister, Lehrlinge zu halten, beseitigt werden muß, wenn besondere Verpflichtungen und Bedingungen für alle Handwerker festgestellt werden, mag im folgenden Abschnitte nachgewiesen werden; der § 100 e wird unseres Erachtens ohne Frage fallen müssen, etwas anderes ist es mit dem § 100 f und mit der allgemeinen Bestimmung, daß die über den Kreis der Innungsmitglieder hinausgehenden Befugnisse der Innungen aufzuheben seien.

Es wird damit freilich einigermaßen folgerichtig, nachdem die Befugnisse der Innungen und ihrer Organe den Fachgenossenschaften und den Handwerkskammern zugeteilt worden sind, den Innungen selbst der öffentlich-rechtliche Charakter wieder genommen,

und ihnen zugleich, wie es die Erfahrungen der Gewerbepolitik von 1869 beweisen, der Lebensfaden abgeschnitten.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die letzten Jahrzehnte der deutschen Gewerbepolitik und hieraus besonders die Innungsgesetzgebung. Die Gewerbegesetz-Novellen von 1881, 1884 und 1887 hatten bestimmt: Für den Bezirk einer Innung, die sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens bewährt hat, kann die höhere Verwaltungsbehörde festsetzen, 1. daß Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnisse auf Anrufen eines der streitenden Teile von der zuständigen Innungsbehörde auch dann zu entscheiden sind, wenn der Arbeitgeber, obwohl er ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreibt und zur Aufnahme in die Innung fähig sein würde, der Innung nicht angehört; 2. daß die Innungen auch für die der Innung nicht angehörenden Lehrherrn der erwähnten Art verbindliche Vorschriften über das Lehrverhältnis, über Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge erlassen können; 3. daß den nicht zur Innung gehörenden Handwerksmeistern das Halten von Lehrlingen von einem Zeitpunkte an verboten werden kann; 4. daß die nicht zur Innung gehörenden Handwerksmeister und Gesellen zu den Kosten der für das Herbergswesen, für die Schiedsgerichte, für den Arbeitsnachweis, zur Förderung der gewerblichen Ausbildung von den Innungen getroffenen oder zu unternehmenden Einrichtungen beitragen.

Die Voraussetzung dieser den Innungen nach schweren parlamentarischen Kämpfen eingeräumten Rechte war, daß diese ihre Schuldigkeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens thun würden, und ihr Zweck bestand hauptsächlich darin, dem Innungsleben einen neuen Inhalt zu geben, die Innungen wieder zu öffentlich-rechtlichen Korporationen zu erheben und sie mit besonderen Vorzügen und Anziehungsmitteln auszustatten. Diese wiedererstandene Innungsära hat gewiß nicht alle Hoffnungen erfüllt, die man auf sie gesetzt hat; numerisch haben die Innungen das Uebergewicht nicht erlangen können, immerhin aber sind diese Gewerbekorporationen, man kann das doch nicht bestreiten, die festen Pole in der gewerblichen Erscheinungen Flucht. In ihnen lebt eine kräftige, auf gesunden Traditionen fußende Gedankenwelt, während es in der übrigen Handwerkerbevölkerung an jeder Klarheit und Festigkeit des Willens gebricht.

Wenn man nun erklärt, die durchgreifende Reform des Lehrlings- und Gehilfenwesens sei mit der alleinigen Benützung der Innungen nicht durchzuführen, weil diese nur einen geringen Teil der Handwerksbevölkerung ausmachen und weil die in dieser Richtung von den Innungen getroffenen Bestimmungen und Ein-

richtungen für die Mehrheit der Gewerbegegnossen eine Härte bedeuten, so mag darin einiges Berechtigte liegen. Aber es ist doch zu berücksichtigen, daß überall in der Welt die Willensstarken und Zielbewußten durch ihre Vereinigung der angeblichen freien Menge die Gesetze diktieren. Besitzen die freien Handwerker so wenig Gemeisinn, daß sie die geringen Kosten an Geld und Zeit für das Innungsleben nicht aufbringen wollen, drängt sie ihre politische und sonstige Ueberzeugung zu anderen Vereinigungen oder zur Ungebundenheit, so müssen sie ihrer Unabhängigkeit jenes Opfer bringen, auf das die Innungen wegen ihrer Thätigkeit für das Gesamtwohl mit Recht Anspruch erheben.

Man muß ferner bedenken, daß die Innungen erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit mit einigen positiven Rechten ausgestattet worden sind, daß sie sie nur sehr beschränkt haben ausüben können und daß sie vielfach unter einer großen Unsicherheit der gesetzlichen Bestimmungen haben leiden müssen. Vielfach haben die Innungen von den ihnen verliehenen Rechten der §§ 100e und 100f keinen Gebrauch machen können, da die Nichtinnungs-Handwerker sich durch die Behauptung, sie seien Industrielle und ihre Lehrlinge jugendliche Arbeiter, ihren Pflichten zu entziehen gewußt haben. Werden aber durch die Errichtung von Handwerkskammern, zu denen eine ganz bestimmte Gruppe von Gewerbetreibenden steuer- und wahlpflichtig sind, mit einiger Genauigkeit der Begriff und die Grenzen des Handwerks festgelegt, so erhalten auch die Innungen ein genauer abgegrenztes Arbeitsfeld, und den ewigen Denunzieren und Streitigkeiten ist dann von vornherein ein Ziel gesetzt. Dann werden aber vermutlich auch viele Gewerbetreibende geneigter sein, einer Innung beizutreten, weil sie ja die von dieser auferlegten Abgaben und Verpflichtungen doch tragen müssen. Jedenfalls wird dann das Innungswesen an Gehalt und Festigkeit gewinnen, und die Innungen werden vielleicht alsbald die Mehrheit der Handwerker umfassen, sodaß sie dann auch durch das numerische Uebergewicht berechtigt werden, für das gesamte Handwerk bindende Vorschriften im Lehrlings- und Gesellenwesen zu erlassen.

Es darf andererseits gewiß nicht verschwiegen werden, daß auch die Innungen auf den wirtschaftlichen Gebieten, im Genossenschaftswesen noch weit mehr Initiative und Willensstärke entwickeln müssen, als man bis jetzt in dieser Hinsicht in ihren Thaten hat wahrnehmen können. Auf dem letzten Handwerker-tage in Berlin hat der Sekretär des Zentral-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, Dr. Schulz, mit einigem Nachdruck eine größere Regsamkeit und Frische von den Innungen

gefordert. Er hatte damals ausgeführt, es wäre bedenklich, in dem Genossenschaftswesen etwas dem Kleingewerbe feindseliges zu erblicken. Die gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebe der Innungen bildeten einen Hauptzweck der neuen Gewerbeordnung; seit sechs Jahren hätten die Innungen das Recht, solche Geschäftsbetriebe einzurichten, und es wäre endlich an der Zeit, von diesem Rechte auch thatsächlich einen allgemeineren Gebrauch zu machen, jedenfalls aber planmäßig und im größeren Stil in jener Richtung wenigstens Versuche anzustellen. Es wäre eine allgemeine Mobilmachung der geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Kräfte der Innungen nötig, und daher müßte zunächst im ganzen Innungswesen ein lebendiger Glaube für die genossenschaftliche Arbeit erwachen.

Wie gesagt, von einer derartigen moralischen Mobilmachung sind nur erst vereinzelte Spuren zu entdecken. Deshalb soll man aber unseres Erachtens doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Man lasse die freien Innungen bestehen, gewähre ihnen innerhalb des großen durch die Handwerkskammern gebildeten Rahmens für das gesamte Handwerk, und bei einer hierdurch erreichten strafferen Organisation die Rechte gesetzgeberischer und dirigierender Art, die man den Fachgenossenschaften und den Handwerkskammern zugedacht hat. Beschränkt man das Interessengebiet der Innung, wie es der Entwurf beabsichtigt, auf das Genossenschaftswesen und auf die Schiedsgerichte, dann nimmt man den wesentlichen Teil ihrer öffentlichen Rechte, und setzt sie damit auf den Aussterbeetat.

Und das wäre, abgesehen von den direkten nachteiligen Folgen für das Gewerbeleben, das durch das beständige Lasten und Experimentieren aufgeregt und geschädigt wird, doch ein recht trauriges Zeichen für die bisherige Gewerbepolitik des deutschen Reiches. Man müht sich in vierundzwanzig Jahren ab, bringt nach schweren Kämpfen ein leidliches Gewerberecht zustande, und erklärt plötzlich: Es geht nicht mehr so weiter, wir reißen alles wieder ein und wollen versuchen, mit anderem Material von Neuem aufzubauen! Das ist, so glauben wir, kein glücklicher Ausweg aus möglicherweise vorhandenen Schwierigkeiten, und man darf bestimmt erwarten, daß der Reichstag das Mißtrauensvotum, das mit einer derartigen Politik seiner bisherigen Thätigkeit ausgesprochen wird, nicht durch Annahme dieser Bestimmung des Entwurfs quittieren werde.

*

*

*

Das Lehrlingswesen im Handwerk.

Ein Gebiet des Gewerberechtes, wo noch viel Willkür und Rechtsunsicherheit herrschen, ist das des gewerblichen Bildungswesens, insbesondere des Lehrlingswesens. Von vorübergehenden Lichtblicken unseres Gewerbelebens abgesehen, hat es wohl stets eine Lehrlingsfrage gegeben; auch in der Zukunft war der Lehrling das Schmerzenskind des Handwerks, er wurde auch damals schon vielfach zu allem gebraucht, wozu er dem Meister, der Meisterin, dem Altgesellen passend erschien, und diese Rolle des Mädchen für Alles muß der Lehrling in manchen Fällen noch heute spielen, und noch heute ist er nicht selten das Objekt einer rücksichtslosen Ausbeutung. Besonders schlimm stand es mit der sittlichen und technischen Erziehung des Lehrlings nach Erlass der Gewerbeordnung von 1869, die die letzten Reste eines patriarchalischen Verhältnisses, das den Arbeiter und den Meister verband, beseitigen half, indem sie das Rechtsverhältnis zwischen beiden zu einem rein zivilrechtlichen, zur Dienstmiete machte. Dabei war das aus der Lehre laufen und das Abspänstigmachen der Lehrlinge an der Tagesordnung, Klagen und Strafen waren fruchtlos, und auch viele tüchtige Meister gaben es auf, sich mit ihrer Erziehung abzumühen. Da mangelte es dann bald im Handwerke an tüchtigen Lehrlingen und Gesellen; die jungen Arbeitskräfte hatten sich in Strömen den Freiheit und besseren Lohn gewährenden Fabriken zugewendet, und so mußte denn auch bald der Nachwuchs an tüchtigen Meistern ausbleiben.

Inzwischen hat die neuere Gewerbegesetzgebung mancherlei gebessert. Die Novelle von 1878 begünstigte zunächst die schriftliche Abfassung der Lehrverträge — die einzig ausreichende Form, um überhaupt die Bedingungen des Lehrvertrags sicher zu stellen —, und schob dem Weglaufen der Lehrlinge einen kleinen Kiegel vor, indem es den Kontraktbruch und die Verleitung dazu unter wirksamere Strafe stellte. Das Gesetz von 1881 brachte die überwachenden Organe für diese Vorschriften, es räumte mit dem bekannten § 100e den Innungen einige Aufsichtsrechte ein. Die Novelle vom 8. Dezember 1884 gab gewissen Innungen das alleinige Recht, für ihre Mitglieder Lehrlinge zu halten. Aber diese Verfügung erwies sich als ziemlich unzureichend, da der Meister einfach seine Lehrlinge „jugendliche Arbeiter“ nannte und sich damit weiteren Innungsverpflichtungen entzog. Diese Rechtsunsicherheit mußte sowohl die Innungsmeister, als auch die anderen Handwerker verlegen. Ueber die Dauer der Lehrzeit, über die Zahl der Lehrlinge, die ein Meister beschäftigen darf, über die

Führung des Meistertitels fehlen die gesetzlichen Angaben, oder sie sind unzureichend.

Der Entwurf des preussischen Handelsministers greift nun in alle diese Fragen mit kühnem und auch geschicktem Griffe ein. Dieser Teil der Vorlage enthält in der That viel Erfreuliches und Wertvolles. Wenn damit auch nicht alle Mängel in dem gewerblichen Bildungsleben beseitigt werden — das kann ja das Gesetz auch gar nicht allein bewirken —, so wird doch auf der Bahn der Reformen ein gutes Begegnungsfeld zurückgelegt. Wir wollen uns zunächst den Wortlaut des Entwurfs ansehen:

B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk.

Befugnis zum Halten und Anleiten von Lehrlingen.

I. Die Befugnis, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, steht solchen Personen nicht zu, welche:

1. sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, oder
2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

II. Die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen steht nur denjenigen Personen zu, welche:

1. das 24. Lebensjahr vollendet, und
2. entweder in dem Handwerk, in dem die Ausbildung der Lehrlinge erfolgen soll, oder in einem gleichartigen Fabrikbetriebe eine ordnungsmäßige Lehrzeit zurückgelegt und im Anschluß daran eine Gesellenprüfung bestanden haben oder mindestens drei Jahre hindurch jenes Handwerk selbständig betrieben haben.

Nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörde wird die Zurücklegung der ordnungsmäßigen Lehrzeit durch den Besuch einer staatlich anerkannten Lehrwerkstätte und die Ablegung der Gesellenprüfung durch das Prüfungszeugnis dieser Lehrwerkstätte ersetzt.

Dem selbständigen Betriebe des Handwerks wird die Leitung des Betriebes oder eines Betriebszweiges in einer Fabrik gleichgeachtet.

Der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt sind, ist befugt, in allen zu dem Betriebe vereinigten Handwerken Lehrlinge anzuleiten, wenn er für eines dieser Handwerke den Voraussetzungen unter 2 entspricht.

Wer für einen gesondert betriebenen Zweig eines Handwerks den Voraussetzungen unter 2 entspricht, ist berechtigt, auch in den übrigen Zweigen dieses Handwerks Lehrlinge anzuleiten.

Wer für ein Handwerk den Voraussetzungen unter 2 entspricht, ist berechtigt, auch in den diesem verwandten Handwerken Lehrlinge anzuleiten. Welche Handwerke als verwandte Handwerke zu gelten haben, wird für den Bezirk der Handwerkskammer von dieser nach Anhörung der beteiligten Sachgenossenschaften mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde festgestellt.

Lehrzeit.

III. Die ordnungsmäßige Lehrzeit soll nicht unter 3 und nicht über 5 Jahre dauern.

Die Lehrzeit wird innerhalb der angegebenen Grenzen durch die Handwerkskammer nach Anhörung der Sachgenossenschaft festgesetzt.

IV. Der Bundesrat ist befugt, hinsichtlich einzelner Gewerbebezüge Ausnahmen von den Bestimmungen unter II und III Absatz 1 zuzulassen.

Die gleiche Befugnis steht der Handwerkskammer auch hinsichtlich der Bestimmungen unter III Absatz 2 im einzelnen Falle zu.

Lehrvertrag.

V. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzufassen und auf Verlangen in einem Exemplar der Sachgenossenschaft zur Einsicht vorzulegen. Nichtbefolgung dieser Verpflichtung ist strafbar.

Gesellenprüfung.

VI. Die Gesellenprüfung erfolgt durch die Zunft oder durch einen Prüfungsausschuß der Sachgenossenschaft; ist dieser seiner Zusammensetzung nach hierzu nicht geeignet (gemischte Sachgenossenschaft), so erfolgt die Prüfung durch eine von der Handwerkskammer aus Sachgenossen zu berufende Prüfungskommission. Der Prüfung hat ein von der Aufsichtsbehörde bestellter Kommissar beizuwohnen, welcher den Beschluß der Prüfungskommission mit-ausschiebender Wirkung beanstanden kann. Ueber die Beanstandung beschließt die Handwerkskammer.

Die Prüfung hat sich auf den Nachweis zu beschränken, daß der Lehrling eingehende Kenntnis der im fraglichen Handwerk allgemein gebräuchlichen Handgriffe besitzt, diese mit genügender Sicherheit ausübt, und über das Wesen und den Wert der zu verarbeitenden Rohmaterialien unterrichtet ist. Wird die Prüfung nicht bestanden, so hat die Prüfungskommission gleichzeitig den Zeitraum zu bestimmen, vor dessen Ablauf die Prüfung nicht wiederholt werden darf.

Entziehung der Befugnis zum Halten und Anleiten der Lehrlinge.

VII. Die Befugnis, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, kann solchen Personen überhaupt oder für bestimmte Zeit unterjagt werden, welche sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen welche Thatfachen vorliegen, welche sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. In gleicher Weise kann die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen solchen Personen unterjagt werden, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen die sachgemäße Unterweisung und Erziehung eines Lehrlings nicht selbstständig zu leiten vermögen.

Die Unterjagung wird auf Antrag der Sachgenossenschaft, oder der Ortspolizeibehörde, im letzteren Falle nach Anhörung der Sachgenossenschaft durch die Handwerkskammer, verfügt.

Durch die Landeszentralbehörde oder eine von ihr zu bestimmende Behörde kann die entzogene Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden.

Zahl der Lehrlinge.

VIII. Durch den Bundesrat können für bestimmte Handwerke Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zu den in einem Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen werden. So lange solche Vorschriften nicht erlassen sind, sind die Handwerkskammern zu deren Erlaß mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde befugt.

Lehrverhältnis.

IX. Bei Arbeitern unter siebenzehn Jahren, welche mit technischen Hilfsleistungen nicht lediglich ausnahmsweise oder vorübergehend beschäftigt werden, gilt die Vermutung, daß sie in einem Lehrverhältnis stehen. Im Uebrigen ist die Frage, ob ein solches vorliegt, nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden. Ein solches Verhältnis kann auch dann angenommen werden, wenn ein schriftlicher Lehrvertrag nicht abgeschlossen oder im Arbeitsvertrag vereinbart worden ist, daß das Verhältnis als ein Lehrverhältnis nicht gelten soll.

Ist durch rechtskräftiges Erkenntnis festgestellt, daß ein Lehrlingsverhältnis vorliegt, und kommt der Lehrherr der Aufforderung der Sachgenossenschaft, den Lehrvertrag schriftlich abzuschließen, nicht nach, oder ist eine gerichtliche Bestrafung des Lehrherrn wegen des unbefugten Haltens von Lehrlingen erfolgt, so ist die Entlassung des Lehrherrn auf Antrag der Sachgenossenschaft polizeilich zu verfügen.

Meistertitel.

X. Wer den selbständigen Betrieb eines Handwerks anfängt, darf den Meistertitel nur führen, wenn er eine Gesellen- und eine Meisterprüfung eines Handwerks bestanden hat. Die Meisterprüfung kann vor einer Innung, vor einer Sachgenossenschaft oder vor einer von der Handwerkskammer bestellten Prüfungs-Kommission abgelegt werden. Vorsitzender ist in jedem Fall ein von der Aufsichtsbehörde zu bestellender Kommissar.

Die Prüfung darf sich nur auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlich vorkommenden Arbeiten des Gewerbes oder Gewerbebezugs und auf das Vorhandensein der zum selbständigen Betriebe des Gewerbes notwendigen gewerblichen Kenntnisse erstrecken (Buch- und Rechnungsführung).

Die unbefugte Führung des Meistertitels ist strafbar."

Die Erläuterungen gehen nun genauer auf die Zurücklegung einer ordnungsmäßigen Lehrzeit, auf die Gesellenprüfung, auf die obligatorische Schriftlichkeit des Lehrvertrags, auf die Festsetzung des Verhältnisses der Zahl der Lehrlinge zu der der Gesellen und auf die Bestimmungen über die Führung des Meistertitels ein. Es wird dort wörtlich folgendes ausgeführt:

B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk.

Die erhöhten Anforderungen, welche nach den Vorschlägen für das Anleiten von Lehrlingen gestellt werden, verfolgen den Zweck, solche Personen nach Möglichkeit auszuschließen, bei denen zu befürchten ist, daß die ihnen anvertrauten Lehrlinge in technischer und sittlicher Beziehung der erforderlichen Fürsorge entbehren.

Die ausreichende Gewähr für die gehörige Erziehung des Lehrlings soll in einem gereiften Lebensalter des Lehrherrn einerseits und in der Zurücklegung einer ordnungsmäßigen Lehrzeit und der Ablegung einer Gesellenprüfung andererseits gefunden werden.

Die thatfächliche Ausübung des Gewerbes während dreier Jahre ist, um Härten zu vermeiden, mit den beiden letzten Erfordernissen für gleichwertig erachtet worden, in der Annahme, daß der Gewerbetreibende durch die im selbständigen Gewerbebetrieb gewonnenen Erfahrungen in den Besitz der erforderlichen Sachkenntnisse gelangt und zur Unterweisung des Lehrlings instande sein wird.

Für Gewerbetreibende, welche gleichzeitig mehrere oder verwandte Gewerbe betreiben, oder nur in einem Spezialzweige des Gewerbes ihre Lehrzeit zurückgelegt haben, mußten zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten bei der Durchführung erleichternde Bestimmungen gegeben werden, was um so unbedenklicher erschien, als nach den Vorschlägen für die Befugnis zum Halten und Anleiten von Lehrlingen die sittliche Befähigung des Lehrherrn von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Bei Festsetzung der Mindestdauer der Lehrzeit ist entscheidend gewesen, daß eine dreijährige Lehrzeit bisher die Regel gebildet hat und nach den gemachten Erfahrungen im Allgemeinen zweckentsprechend ist. Durch die Bestimmung, daß die Lehrzeit nicht länger als fünf Jahre dauern darf, soll der Gefahr der Ausbeutung von Lehrlingen namentlich für die Fälle vorgebeugt werden, wenn für deren Ausbildung ein Lehrgeld nicht gezahlt werden kann. Bei der Art und Gestaltung einer Reihe von Gewerbszweigen wird eine Abkürzung der Lehrzeit unbedenklich oder selbst notwendig sein. Hierüber allgemein verbindliche Vorschriften zu erlassen, soll dem Bundesrat vorbehalten bleiben, während der Handwerkskammer die Befugnis beigelegt werden soll, für den Einzelfall mit Rücksicht auf die Individualität des Gewerbes des Lehrherrn und des Lehrlings Ausnahmen zuzulassen.

Die günstigen Erfahrungen, welche die Innungen mit der von ihnen allgemein durchgeführten Schriftlichkeit des Lehrvertrags gemacht haben, lassen erkennen, daß es zur Vermeidung von Streitigkeiten mindestens zweckmäßig ist, die Rechte und Pflichten zwischen Meister und Lehrling von vornherein möglichst klar und bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Die hiergegen bisher geltend gemachten Bedenken werden dadurch gehoben, daß die Anerkennung des Lehrverhältnisses von der Schriftlichkeit des Lehrvertrages nicht abhängig gemacht ist, und daß die Frage, ob ein Lehrlingsverhältnis vorliegt, nur nach Lage des Einzelfalles beurteilt werden soll. Dazu kommt, daß durch die Sachgenossenschaften über Form und Inhalt der Lehrverträge Bestimmung getroffen und eine Kontrolle der abgeschlossenen Verträge geübt wird.

Durch die dem Bundesrat beigelegte Befugnis, das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Gesellen festzusetzen, soll dem allgemein beklagten Uebelstande entgegengetreten werden, daß unter Hintansetzung der Interessen der Ausbildung zur Beschaffung billiger Hilfskräfte ausschließlich oder in unverhältnismäßig großer Zahl Lehrlinge gehalten werden.

Die Bestimmungen über die Führung des Meistertitels, die nur für das Handwerk, also nicht für Werkmeister in Fabriken gelten sollen, verfolgen allein den Zweck, den Inhaber des Gewerbebetriebes nach außen hin als gelernten Handwerker und als solchen zu kennzeichnen, dem in Beziehung auf seine technische Befähigung die Befugnis, Lehrlinge anzuleiten, bewohnt. Hiermit soll den aus Kreisen des Handwerks anhaltend laut gewordenen Wünschen auch im Interesse des Publikums Rechnung getragen werden."

Nach dem Entwurfe soll also in Zukunft nur der unbescholtene und solvente Bürger nach dem vollendeten vierundzwanzigsten Lebens-

jahre Lehrlinge halten oder anleiten, und zwar, wenn er entweder in dem betreffenden Handwerk oder in einem gleichartigen Fabrikbetrieb eine ordnungsmäßige Lehrzeit zurückgelegt und eine Gesellenprüfung bestanden oder mindestens drei Jahre hindurch jenes Handwerk selbständig betrieben hat. Die Zurücklegung der ordnungsmäßigen Lehrzeit kann durch den Besuch einer staatlich anerkannten Lehrwerkstätte und die Gesellenprüfung durch das Prüfungszeugnis dieser Lehrwerkstätte ersetzt werden. Besondere Bestimmungen gelten über zusammengesetzte und verwandte Gewerbsarten. Die ordnungsmäßige Lehrzeit soll nicht unter drei und nicht über fünf Jahre dauern. Näheres setzt die Handwerkskammer nach Anhörung der Fachgenossenschaft fest. Ausnahmen regelt der Bundesrat. Der Lehrvertrag ist schriftlich abzufassen, die Fachgenossenschaft kann ein Exemplar einsehen. Die Gesellenprüfung kann eine Innung, oder ein Prüfungsausschuß der Fachgenossenschaft, oder eine von der Handwerkskammer aus Fachgenossen zu berufende Kommission abnehmen; ein staatlicher Kommissar wohnt der Prüfung bei und kann den Beschluß mit aufchiebender Wirkung beanstanden. Ueber die Beanstandung beschließt die Handwerkskammer. Das Prüfungsgebiet beschränkt sich auf die in dem betreffenden Handwerk gebräuchlichen Handgriffe und auf das Wesen und den Wert der zu verarbeitenden Rohstoffe. Außer nach gewissen Vergehen kann den Meistern das Halten von Lehrlingen untersagt werden wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen (Altersschwäche u.). Die Untersagung geschieht auf Antrag der Fachgenossenschaft oder der Polizeibehörde, im letzteren Falle nach Anhörung der Fachgenossenschaft durch die Handwerkskammer. Der Bundesrat kann für bestimmte Handwerke Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zu den in einem Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen. Solange diese Vorschriften nicht erlassen sind, kann die Handwerkskammer sie mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde anordnen. Ein Lehrverhältnis besteht, wenn Arbeiter unter sieben Jahren mit technischer Hilfsleistung nicht lediglich ausnahmsweise oder vorübergehend beschäftigt werden. Ist ein solches Lehrverhältnis konstatiert, so ist, falls der Lehrherr keinen schriftlichen Lehrvertrag abfassen will oder falls der Lehrherr wegen unbefugten Haltens von Lehrlingen bestraft wird, die Entlassung des Lehrlings polizeilich zu verfügen. Den Meistertitel darf nur führen, der eine Gesellen- und eine Meisterprüfung bestanden hat. Die letztere kann vor einer Innung, vor einer Fachgenossenschaft oder vor einer von der Handwerkskammer bestellten Prüfungs-Kommission abgelegt werden. Vorsitzender ist in jedem

Fall ein staatlicher Kommissar. Die Prüfung darf sich nur auf die gewöhnlich vorkommenden Arbeiten und auf die notwendigen gewerblichen Kenntnisse (Buch- und Rechnungsführung) erstrecken. Die unbefugte Führung des Meistertitels ist strafbar.

Die erhöhten Anforderungen, die hiermit für das Anleiten von Lehrlingen gestellt werden, sollen, so heißt es in den Erläuterungen, den Zweck verfolgen, solche Personen nach Möglichkeit auszuschließen, bei denen zu befürchten ist, daß die ihnen anvertrauten Lehrlinge in technischer und sittlicher Beziehung die erforderliche Fürsorge entbehren. Daher fordert der Entwurf als Lehrherren unbescholtene und zahlungsfähige Handwerker in dem gereifteren Lebensalter von vierundzwanzig vollendeten Lebensjahren. Er verlangt ferner, damit eine gewisse Garantie für die technische Ausbildung geboten werde, daß der Handwerker selbst eine ordnungsmäßige Lehrzeit zurückgelegt und eine Gesellenprüfung bestanden hat. Es wird damit die Gesellenprüfung so gut wie obligatorisch gemacht, eine Neuerung, die bei Allen, die an einer besseren technischen und kaufmännischen Bildung des Handwerkerstandes ein Interesse nehmen, Beifall finden wird; der Lehrling, der selbst einmal Meister werden will, mag vor seinen künftigen Berufsgenossen nachweisen, was er gelernt hat und ob er fähig ist, sein Handwerk mit Ehren auszuüben. Fällt er durch dies Examen, so unterwirft er sich einer zweiten Prüfung, das hat für ihn nicht mehr Kränkendes, als er es in der Regel wohl wegen seiner Unachtsamkeit und seines Unfleißes verdient hat. Ganz anders würde die Sache liegen, wenn man die Fähigkeit zum Lehrlingsausbilden von einer Meisterprüfung abhängig machen wollte. Hier würde einmal der Anreiz zu Chikanen bei den konkurrierenden Kollegen größer sein, und ferner würde es bedenklich sein, einen ausgebildeten Handwerker, der seinen Beruf erfüllt, den Ungewissheiten einer Prüfung und der Möglichkeit eines Mißerfolges, der vermutlich geschäftlich gegen ihn ausgebeutet werden würde, auszusetzen. Wir begrüßen es daher als eine glückliche Lösung, daß man den Schwerpunkt der gewerblichen Prüfungen in die Lehrzeit verlegt. Um dann aber auch gleich etwas Einheitliches und Durchgreifendes zu erhalten, empfiehlt es sich unseres Erachtens, bei den Bestimmungen über die Befugnis, Lehrlinge zu halten, die Wilderungsklausel „oder mindestens drei Jahre hindurch jenes Handwerk selbständig betrieben hat“, fallen zu lassen, denn hierdurch werden die wohlthätigen ersten Bestimmungen stark ins Wanken gebracht, und die Halbheit und Unsicherheit werden wiederum gesetzlich anerkannt. Hat jemand drei Jahre ein Geschäft betrieben, so braucht er ja darum doch durchaus noch nicht das Geschäft zu kennen,

denn während er vielleicht nur die Aufträge entgegengenommen hat, haben tüchtige Gesellen sie ausgeführt. Ein solcher Mann ist aber zur Anleitung der Lehrlinge im Allgemeinen ungeeignet und darf daher, wenn konsequent im Sinne des Entwurfs verfahren werden soll, auch nicht berechtigt sein, Lehrlinge zu halten. Für besondere Fälle soll ja der Bundesrat Ausnahmen zulassen können, und damit wird man, wo es gilt, Härten zu vermeiden, wohl auskommen können.

Was nun das Materielle dieser Prüfungen anbetrifft, so vermeidet es der Entwurf, dafür ein allzugenaues Programm zu entwickeln. Es wird nur ganz allgemein eine Kenntnis der in dem betreffenden Handwerke gebräuchlichen Handgriffe und der zu verarbeitenden Rohstoffe verlangt. Berücksichtigt man aber, daß auch in den handwerksmäßigen Unternehmungen sehr häufig der kaufmännische Geist den Erfolg sichert und daß der Mangel der notwendigsten kaufmännischen Kenntnisse sehr wesentlich dazu beiträgt, wenn ein einzelnes Gewerbe oder auch ein ganzer Gewerbestand zurückgeht, so sollte man doch bei den Gesellenprüfungen sein Augenmerk nicht nur auf die technischen Kenntnisse richten, sondern auch die kaufmännischen Erfordernisse beachten, und namentlich sicheres Rechnen, Schreiben und die einfachen Grundbegriffe der Buchführung verlangen. Aus diesem Grunde sollte ferner der erfolgreiche Besuch einer Lehrwerkstätte, wo lediglich die technischen Fähigkeiten ausgebildet werden, nur für den technischen Teil der Prüfung einen Ersatz bilden können und als Ergänzung eine besondere Prüfung in jenen kaufmännischen Fächern verlangt werden. Hier wird allerdings erst dann durchgreifend Besserung zu erwarten sein, wenn die Fortbildungs-, Gewerbe- und Handwerkerschulen sich einer liebevolleren Aufmerksamkeit des Staates zu erfreuen haben und wenn dann bis zu gewissen Altersstufen für alle jugendlichen Arbeiter der Besuch derartiger Schulen obligatorisch gemacht sein wird.

Daß dem selbständigen Betriebe des Handwerks die Leitung des Betriebes oder eines Betriebszweiges in einer Fabrik hinsichtlich des Prüfungswesens gleichgeachtet wird, daß der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt, nur die Bedingungen für eine Art des Handwerks zu erfüllen braucht, daß, wer die Bedingungen in einem Handwerke erfüllt, auch in einem verwandten Lehrlinge anleiten darf, das alles sind Vorschläge, die sich aus der vielgestaltigen Natur des heutigen Gewerbelebens als notwendig ergeben.

Weiter begrüßen wir als verständig und die Situation klärend den Vorschlag, wonach die ordnungsmäßige Lehrzeit nicht unter drei und nicht über fünf Jahre dauern und die Handwerkskammer

zwischen diesen Grenzen die Dauer der Lehrzeit für das einzelne Gewerbe festsetzen soll, wonach ferner der schriftliche Lehrvertrag obligatorisch gemacht werden soll und wonach der Bundesrat, und so lange von dieser Seite nichts erfolgt, die Handwerkskammern für bestimmte Handwerke Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnis zu den im Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen können.

Die unbefugte Führung des Meistertitels soll strafbar sein; es wird nicht von einer bestimmten Strafe gesprochen, auch nicht gesagt, wer sie verhängen und ausführen soll; man darf aber vielleicht annehmen, daß eine Geldstrafe festgesetzt und die Ortspolizeibehörde mit der Exekution beauftragt werde. Es wird im Uebrigen von demjenigen, der den Meistertitel führen will, eine Gesellen- und eine Meisterprüfung verlangt, wobei die Meisterprüfung vor drei verschiedenen Kommissionen erbracht werden kann, stets hat aber ein staatlicher Kommissar den Vorsitz zu führen; mit letzterer Bestimmung sollen ohne Zweifel Schikanen und augenfällige Unzulässigkeiten verhindert werden. Ein großer erziehlischer oder wirtschaftlicher Wert ist unseres Erachtens der Meisterprüfung wohl nicht beizulegen, immerhin mag sie aber als eine entsprechende Gegenleistung für die Gewährung des Rechts der Führung des Meistertitels aufgefaßt und durchgeführt werden.

Um nun alle diese zum größeren Teil wohlthätigen Bestimmungen zur Regelung des Lehrlingswesens durchzuführen, um dafür die nötigen überwachenden und ausführenden Organe zu besitzen, sollen die Fachgenossenschaften, so behaupten ihre Verteidiger und Freunde, in dem Organisationsplan schlechterdings nicht zu entbehren sein. Nur durch den Zusammenschluß der sämtlichen handwerksmäßigen Betriebe zu Zwangs-Fachgenossenschaften sei es möglich, einheitliche Gesetze zu erlassen, Einrichtungen zu treffen, die dem gesamten Stande zu Gute kommen, und den vielen Streitigkeiten zwischen den korporierten und nichtkorporierten Handwerkern ein Ende zu machen.

Hierbei wird nun freilich vorausgesetzt, daß die Fachgenossenschaften so sicher und ohne Störung funktionieren werden, wie man es wünscht; es wird ferner angenommen, daß die Streitfälle und die Streitslust nächstens abnehmen werden. Die Richtigkeit dieser Voraussetzungen können wir nicht so ohne weiteres zugestehen, wir sind vielmehr der Ansicht, daß sich unter dem Drucke eines Zwanges und bei der engen Vereinigung der gegensätzlichen Strömungen der Organisation des Handwerks auf dem vorgeschlagenen Wege große Schwierigkeiten entgegenstellen werden. Wir haben deshalb von einem grundsätzlichen Wechsel in unserer Gewerbepolitik und von der

daraus sich ergebenden Opferung des Innungswesens abgeraten. Es sei aber einmal angenommen, daß die Errichtung von Fachgenossenschaften mit den bestehenden Einrichtungen nicht kollidiert und nicht schädlich wirkt, so können wir trotzdem weiterhin die Ansicht vertreten und begründen, daß man zur Durchführung der Vorschriften für das Lehrlingswesen eines derartig schwerfälligen und umständlichen Apparates, als das sich uns die Fachgenossenschaften darstellen, nicht bedarf, daß vielmehr teils vorhandene Körperschaften, wie die Innungen, teils notwendig zu schaffende Korporationen, wie die Handwerkskammern, die den Fachgenossenschaften zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse übernehmen können.

Durch die obligatorische Errichtung von Handwerkskammern sind die handwerksmäßigen Betriebe eines Bezirks von anderen Unternehmungsformen abgegrenzt und zugleich in einer Interessengemeinschaft vereinigt worden; wir erhalten damit zugleich eine Oberinstanz über den Innungen, deren Unparteilichkeit durch ein allgemeines Wahlverfahren und durch die Beordnung eines staatlichen Kommissars genügend gesichert erscheint, sowie eine Institution, die vermöge ihres größeren Wirkungsbereiches und ihrer allgemeineren Zusammensetzungen manche Aufgaben besser als die Innungen erfüllen kann, ohne daß ihr dabei zu viel Arbeit zugemutet würde.

So möchten wir denn auch befürworten, daß die Festsetzung der verwandten Handwerke durch die Handwerkskammer nach Anhörung des Innungsausschusses, statt durch die beteiligten Fachgenossenschaften geschehe, daß ferner die Dauer der Lehrzeit nicht nach Anhörung der Fachgenossenschaften, sondern des Innungs- und des Gehilfenausschusses festgestellt werde, daß der schriftliche Lehrvertrag nicht der Fachgenossenschaft, sondern dem Innungsausschuß vorgelegt, daß die Gesellen-Prüfungen nur durch die Innungen oder durch eine von der Handwerkskammer zu bildende Prüfungskommission abgenommen werden. Die aus den Mitgliedern der Fachgenossenschaft bestellte Kommission kann fortfallen.

Während bisher Gewerbetreibende nur dann behindert waren, Arbeiter unter achtzehn Jahren anzuleiten, wenn ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt waren (§ 106), soll jetzt die Befugnis, Lehrlinge zu halten oder anzuleiten, solchen Personen genommen werden können, die sich grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen die Thatfachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung dazu ungeeignet erscheinen lassen, oder die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen (Altersschwäche u.) dazu unfähig sind. Bisher konnte ja der Lehrling ohne Kündigungsfrist einen

solchen Posten verlassen, aber der Unternehmer war imstande, ebenso ungehindert neue jugendliche Hilfskräfte einzustellen und auszunutzen, so lange er nicht gerade der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt worden war. Mit einer verschärften Verantwortlichkeit und Kontrolle des Arbeitgebers in dieser Richtung wird man daher einverstanden sein, nur möchten wir das Recht, gewissen Arbeitgebern das Halten von Lehrlingen zu untersagen, in die Hand der Polizeibehörde oder der Handwerkskammer gelegt und das Antragsrecht dem Innungsausschuß, an Stelle der Fachgenossenschaft, übertragen sehen. Es ist zu billigen, damit Härten vermieden werden, daß durch eine noch zu bestimmende Behörde (vielleicht die Handwerkskammer) die entzogene Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden kann.

In allen jenen Fällen, wo an Stelle der vorgeschlagenen Fachgenossenschaft der Innungsausschuß, die Innung oder die Handwerkskammer tritt, werden unseres Erachtens die Bestimmungen nicht an Kraft und Sicherheit verlieren. Die Innungen und ihre Verbände dagegen erhalten neue und im Bereiche ihrer Leistungsfähigkeit liegende Aufgaben. In einem Punkte werden allerdings die Innungen ein von der Gewerbeordnung gewährtes Vorrecht verlieren müssen. Wir haben den Punkt bereits angedeutet und wollen an dieser Stelle genauer darauf eingehen.

Es soll nach dem Entwurfe nur derjenige Lehrlinge anleiten, der eine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht und eine Gesellenprüfung bestanden hat; bisher gestattete aber § 100e der Gewerbeordnung den höheren Verwaltungsbehörden, den Mitgliedern einer Innung, die sich auf dem Gebiete des Lehrlingswesens verdient gemacht hat, im Bereiche dieser Innung ausschließlich das Recht zu gewähren, Lehrlinge zu halten. Es wird hierbei, wie wiederholt bemerkt wurde, vorausgesetzt, daß die Angehörigen einer solchen Innung die besten und sichersten Garantien für eine gute Lehrlingsausbildung bieten; nachdem man jetzt aber den Lehrgang aller Handwerker auf breiter Basis geregelt und allgemeine Vorschriften für das Halten und für die Ausbildung der Lehrlinge erlassen hat, müßte ein Privileg der Innungen eine Inkonssequenz und eine Störung des ganzen Planes bedeuten. § 100e wird also, wenn die Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk zum Gesetz erhoben werden, fallen müssen, wofür man dann mit um so mehr Recht auf der andern Seite die Innungen in der angedeuteten Weise entschädigen kann.

* * *

Die öffentliche Kritik.

Der Entwurf des preussischen Handels- und Gewerbeministers hatte im Eingange erklärt, daß die Auslassungen der Behörden und die von der Öffentlichkeit zu erwartende Kritik gewürdigt und berücksichtigt werden sollten. Die Auslassungen der Behörden entziehen sich meistens dem Auge der profanen Menge, und die öffentliche Kritik: die Stimmen der Vereine und Innungen, der Presse, der Gewerbepolitiker und Nationalökonomien werden sich in völliger Zuverlässigkeit und Lückenlosigkeit kaum wiedergeben lassen. Immerhin möchten wir den Versuch unternehmen, ein Gesamtbild dieser öffentlichen Kritik, soweit es sich eben aus Zeitschriften und Zeitungen herstellen läßt, zu geben, einmal, um unser Urteil durch vielleicht gewichtigere Gutachten zu ergänzen, zweitens aber auch, um einen Schluß auf die Aufnahme ziehen zu können, die der Gesetzentwurf bis jetzt im Publikum gefunden hat und die er wahrscheinlich in den gesetzgebenden Körperschaften erfahren wird.

Es mag zunächst über eine Versammlung von Vertretern der deutschen Gewerbekammern berichtet werden, die besonderes Interesse verdient, nicht eigentlich wegen ihrer Zusammensetzung, denn die Handelskammersekretäre und Vertreter der Gewerbekammern sind nicht als die unbedingt berufenen Gutachter über Handwerksangelegenheiten zu betrachten, als vielmehr wegen der Erklärungen und Aufschlüsse, die die Stellvertreter des Herrn von Berlepsch über dessen Organisationsplan gegeben haben.

Der deutsche Gewerbekammertag hat drei Tage in Eisenach, vom 12. bis zum 14. Oktober 1893, über die Berlepsch'schen Vorschläge beraten.*) Die Ansichten standen sich vielfach schroff gegenüber, und irgend welche klaren Beschlüsse oder Resolutionen wurden nicht gefaßt. Für die Einrichtung der Fachgenossenschaften erklärten sich die Vertreter von Hamburg und Stolberg, und zum Teil von Bremen; dagegen war die große Mehrheit, so die Vertreter von Bremen, Lübeck, Dresden, Plauen, Nürnberg, Sonneberg, Regensburg; einen vermittelnden Standpunkt vertraten die Herren aus Bittau, Braunschweig, Stuttgart. Von den Gegnern wurde ausgeführt, die Fachgenossenschaften würden einen sozialistischen Charakter annehmen; sie könnten die Innungen nicht ersetzen, die sie verdrängen würden; für keinen anderen Berufsstand gäbe es derartige Zwangsmaßregeln, durch die vielen Genossenschaften müßte Konfusion angerichtet werden, derartige Vorschläge führten zum Staatssozialismus u. Demgegenüber bemerkte der Vertreter

*) Eingehender Bericht im „Deutschen Reichs-Anzeiger“ Nr. 246, erste Beilage, Nr. 247, erste Beilage und Nr. 248, erste Beilage. 1893.

der preußischen Regierung, der Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert: Der preußische Handelsminister habe die Vorschläge über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens gemacht in der Ueberzeugung, daß in dieser Beziehung etwas geschehen müsse, wenn dem Niedergang des kleinen Handwerker- und Gewerbestandes Einhalt gethan werden solle. Der Minister habe die Vorschläge ausgearbeitet, ohne sich mit dem preußischen Staats-Ministerium in Verbindung gesetzt zu haben; er wünsche daher die rückhaltloseste Kritik und Gegenvorschläge bezüglich jedes einzelnen Punktes. An der Hand dieser werde der Minister seine Vorschläge ändern und sie alsdann vor das preußische Staats-Ministerium bringen. Der Handels-Minister lege großen Wert darauf, daß er beim deutschen Bundesrat einen Entwurf einbringe, der die Zustimmung der beteiligten Kreise habe. Freiherr von Berlepsch beabsichtigte keineswegs, den Innungen den Lebensfaden abzuschneiden. Der Minister sei im Gegenteil der Meinung, daß der solidarische Geist die bestehenden Innungen auch nach Bildung der Fachgenossenschaften erhalten werde. Jedenfalls seien die gegenwärtigen Zustände nicht geeignet, den sozialen Frieden herbeizuführen, denn die bestehenden Innungsbestimmungen seien geradezu unhaltbar. Man könne einer Innung nicht das Recht geben, von Fachgenossen Beiträge zu erheben, ohne diesen irgendwelche Rechte zuzugestehen. Es könne vorkommen, daß in einer Stadt, wo hundert Schlossermeister existieren, zehn zu einer Innung zusammentreten. Diesen zehn könne man doch nicht die Herrschaft über neunzig einräumen, wenn letztere vielleicht nicht den Aufnahmebedingungen in die Innung entsprechen. Wenn ein selbständiger Handwerker sich in einer Stadt befinde, der sein Handwerk nur mit zwei Lehrlingen ausüben könne, aber aus irgend einem Grunde das Meisterexamen nicht gemacht habe, also in die Innung nicht aufgenommen werden könne, dann werde dieser Mann wirtschaftlich ruiniert, sobald ihm von der Innung auf Grund des § 100 e der Gewerbeordnung das Halten von Lehrlingen verboten werde. Der Minister klammere sich durchaus nicht an den Namen, er würde auch „Innung“ anstatt „Fachgenossenschaft“ gewählt haben. Das Wort „Innung“ sei aber das rote Tuch, das vielfach, ganz besonders aber in Süddeutschland, als etwas Mittelalterliches bezeichnet werde. Die Thätigkeit der Innungsverbände erachte der Minister für sehr ersprießlich, und er wünsche daher, daß eine ähnliche Institution sich auf dem Boden der Fachgenossenschaften aufbaue. Der Minister habe sich gegen den Biel-Atermann'schen Vorschlag, den Befähigungsnachweis betreffend, erklärt. Wenn ein Weg zu finden wäre,

die Innungen zu erhalten, so würde das sein Chef mit Freuden begrüßen. Allein, wenn man wolle, daß eine das gesamte Handwerk umfassende Organisation geschaffen werde, dann werde man nicht anders können, als die vorgeschlagenen Fachgenossenschaften einzurichten.

Am zweiten Tage wurde über die Handwerkskammern und deren Zuständigkeit, Aufgaben und Aufsicht verhandelt. Der Vertreter für Bremen wollte auch die Fabrikindustrie in die neuen Kammern, die Gewerbekammern heißen sollten, und der Vertreter von Plauen den Kleinhandelsbetrieb eingliedern. Ihm erwiderte Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert, Herr von Berlepsch wäre der Meinung, daß zwischen dem Kleinhandel und dem Handwerk keine gemeinsamen Interessen bestehen. Auch ihm sei die Einbeziehung des Handels nicht sympathisch. Das Projekt, die Musiker niederer Gattung zu den Fachgenossenschaften heranzuziehen, begründete der Regierungsvertreter Dr. Wilhelmi mit der gegenwärtig in diesem Berufszweige häufigen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte. Bezüglich der Zusammensetzung der zu errichtenden Kammern äußerte Gewerbekammer-Syndikus Dr. Jacobi (Bremen): Es empfehle sich, bei der Zusammensetzung der Gewerbekammern die indirekte Wahl einzuführen, andernfalls dürften bei den Gewerbekammer-Wahlen politische Leidenschaften wachgerufen werden. Das indirekte Wahlssystem empfehle sich umsomehr, da es bereits bei den meisten deutschen Gewerbekammern bestehe. — Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert: Der Minister hätte gegen das indirekte Wahlverfahren nichts einzuwenden; er hat jedoch das direkte Wahlrecht vorgeschlagen, da er der Meinung ist, daß das indirekte keinen Anklang finden dürfte. Im Uebrigen stellt der Minister die Entscheidung über diese Frage den beteiligten Kreisen anheim. — Auch hierüber entspann sich eine sehr lange Diskussion, in der sich alle Redner für das indirekte Wahlverfahren aussprachen. Auseinander gingen die Ansichten über die Frage, ob Handwerker, die ihr Handwerk nicht mehr ausüben und zu keinem anderen Berufe übergegangen sind, also sogenannte Rentiers, das passive Wahlrecht für die Gewerbekammern haben sollen. — Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert äußerte hierüber seine Bedenken, da man nicht gut Leuten das passive Wahlrecht einräumen könne, die das aktive nicht besitzen. Bei der Besprechung der Befugnisse der Handwerkskammern erklärte der Regierungsvertreter, er gebe zu, daß die Errichtung von Herbergen, Arbeitsnachweis u. s. w. Sache der Innungen sei. Allein es sei nicht angängig, die Innungen gesetzlich dazu anzuhalten. Diesem Umstande sei es wohl auch zuzuschreiben, daß z. B. in

Berlin das Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen sehr im Argen liege. In solchem Falle müsse es Pflicht der Handwerks- bzw. Gewerbekammern sein, helfend einzugreifen. Die Kammer müsse allerdings befugt sein, die ihr dadurch entstandenen Kosten von der Innung einzuziehen. Bezüglich der Aufsicht der Handwerkskammern machte der Vertreter für Bremen den ergänzenden Vorschlag, die Bestimmung zu treffen, daß der Regierung bei der Anstellung der Gewerbekammer-Sekretäre das Bestätigungsrecht zustehe. Der Vorschlag des Ministers sowohl als auch der der Bremer Gewerbekammer, fanden im Allgemeinen die Zustimmung der Versammlung.

Auf starken Widerspruch stießen alsdann die Vorschläge über die Gehilfenvertretung. Der Regierungsvertreter meinte, es sei der Regierung bekannt, welchen politischen Standpunkt die Gehilfen im Allgemeinen einnehmen. Trotzdem erachte es die Regierung für notwendig, die Gehilfenschaft herbeizuziehen, in der Ueberzeugung, daß dadurch am allerehesten der soziale Friede gefördert werden könne. Er kenne keinen Fall, in dem die Heranziehung der Gehilfen nicht ersprießlich gewesen wäre. So habe sich z. B. die Mitwirkung der Gehilfen bei der Bildung des Innungs-Schiedsgerichts in Berlin sehr bewährt. Nur bei der Wahl des Gehilfenausschusses hätten die Gehilfen gestrift, da sie verlangten, es müßten alle Gehilfen, auch diejenigen, die nicht bei Innungsmeistern arbeiten, an den Wahlen teilnehmen dürfen. Es sei das eine vom Standpunkt der Gehilfen verständliche Forderung. Nach den neuen Vorschlägen sei aber dieser Streitpunkt aus der Welt geschafft. Er sei der Meinung, daß nur durch ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten das Verhältnis zwischen Meistern und Gefellen ein besseres werden könne. — Gewerbekammer-Syndikus Dr. Jacobi (Bremen) erachtete den ministeriellen Vorschlag für etwas zu weitgehend. Ein alter Handwerksmeister habe ihm gesagt: die Regierung scheine die Erziehung der Sozialdemokraten auf die Arbeitgeber abwälzen zu wollen, da sie einsehe, daß sie in dieser Beziehung ohnmächtig sei. — Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert: Der alte Handwerksmeister hat vollständig Recht. Wir müssen uns doch alle schon überzeugt haben, daß durch strafgesetzliche Bestimmungen der Sozialdemokratie nicht beizukommen ist. Unser Volkskörper ist krank, und da muß das Volk selbst Hand anlegen, wenn wir wieder gefunden sollen. Die geeignetsten Elemente in dieser Beziehung sind die Arbeitgeber. — In der folgenden Debatte machten sich vielfach Bedenken gegen die ministeriellen Vorschläge geltend. Man spreche seit neuerer Zeit, so bemerkten die Redner,

nur immer von dem Arbeiterschutz; es sei hohe Zeit, nun auch einmal Schutz für die Arbeitgeber zu verlangen. Das Bedenkliche sei, daß gewöhnlich nicht verständige Gehilfen, sondern „Partei-genossen“ in den Gehilfenausschuß gewählt würden, die von vornherein nicht den Frieden mit den Arbeitgebern wollten. — Gewerbekammer-Sekretär Dr. Kirbach (Plauen) meinte: Er habe die Ueberzeugung, daß durch den ministeriellen Vorschlag die Sozialdemokratie in hohem Grade gefördert werden würde. Die notwendige Konsequenz wäre, dieselbe Einrichtung auf das Fabrikwesen zu übertragen.

Am dritten Tage prüfte man die Vorschläge betreffend das Lehrlingswesen. Auf einige Einwürfe des Vertreters für Lübeck erwiderte der Regierungsvertreter: Herr Dr. Brehmer geht zweifellos von dem Standpunkt des Befähigungsnachweises aus. Ich muß nun bemerken, daß dieser Standpunkt für meinen Chef unacceptabel ist. Meinen Chef hat bei den gegenwärtigen Vorschlägen in erster Reihe der Umstand geleitet, daß die sittliche Verrohung unseres Volks bedauerlicherweise fast täglich größer wird, und daß die Hauptursache dieser zunehmenden Verrohung in dem Umstande liegt, daß der gewerbliche Nachwuchs von gewissenlosen Meistern ausgebeutet und weder technisch ausgebildet, noch sittlich erzogen wird. Es kann nicht länger geduldet werden, daß der Meister den Lehrling Jahre lang ausbeutet, ohne sich im geringsten weder um seine technische Ausbildung, noch um seine sittliche Erziehung zu kümmern. Diese Zustände müssen eine gründliche Aenderung erfahren, wenn dem sittlichen Niedergange unseres Volkes Einhalt gethan werden soll. Deshalb legt mein Chef weniger Wert auf die technische Ausbildung als auf die sittliche Erziehung. Auf den Einwand des Herrn Vorredners, daß es nicht angängig sei, jemandem das Halten von Lehrlingen zu gestatten, der nicht die Meisterprüfung bestanden habe, erwidere ich, daß es doch eine große Härte wäre, einem Gesellen, der zufällig in einer Fabrik ausgebildet worden und dort auch als Geselle gearbeitet, das Selbständigwerden unmöglich zu machen. Alle staatszerhaltenden Kräfte sollen im Gegenteile dafür wirken, jedem Lohnarbeiter das Selbständigwerden zu ermöglichen. Die Mitwirkung des Prüfungskommissars bei der Gesellenprüfung ist schon im Interesse der Unparteilichkeit erforderlich. Es ist bekannt, daß die Meinung allgemein verbreitet ist, die Meisterlöhne beständen stets die Prüfung. Es ist eigentümlich, daß die Handwerker fortwährend klagen, aber für zeitgemäße Reformen, die zur Gesundung des Handwerks geschaffen werden sollen, sich im Allgemeinen ablehnend verhalten.

Mein Chef ist jedoch der Meinung, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß es hohe Zeit sei, den angedeuteten Uebelständen so schnell als möglich zu steuern. Der Vertreter für Bremen bedauert, daß der Minister auf die technische Ausbildung der Lehrlinge keinen Wert lege. Demgegenüber betont der Regierungsvertreter, er habe nicht gesagt, der Herr Minister lege auf die technische Ausbildung der Lehrlinge keinen Wert, sondern nur: der Herr Minister lege den Hauptwert auf die sittliche Erziehung.

— Schlossermeister Eduard Schmidt (Hamburg): Er könne sich nicht damit einverstanden erklären, daß Jeder, der drei Jahre ein Handwerk selbständig betrieben, befugt sei, Lehrlinge zu halten. Es müsse an dem Grundsatz festgehalten werden, daß nur derjenige lehren dürfe, der etwas gelernt habe. Man könne es doch nicht zulassen, daß z. B. ein Kommiss in einer Kleiderhandlung, der sechs Wochen lang das Zuschneiden gelernt habe, berechtigt sei, Lehrlinge zu halten. Daß unsere Chaussees von Vagabunden so sehr bevölkert seien und die Sozialdemokraten immer mehr Anhänger gewannen, werde hauptsächlich durch den Umstand verschuldet, daß unsere Handwerkslehrlinge im Allgemeinen nichts gelernt hätten und sich, sobald sie Gesellen geworden, nicht ernähren könnten. Im Weiteren erachte er es für unbedingt notwendig, den Passus in den Vorschlägen zu streichen, wonach der Leiter eines Betriebes, in dem mehrere Handwerke vereinigt sind, befugt sein solle, in allen zu dem Betriebe vereinigten Handwerken Lehrlinge auszubilden.

— Geheimer Ober-Regierungsrat Dr. Sieffert: Auf die letzte Bemerkung müsse er erwidern, daß man doch z. B. einem Tischlermeister, der ein Möbelgeschäft habe, nicht verwehren könne, Lehrlinge in Polster-, bezw. Tapezierarbeiten auszubilden.

— Gewerbekammer-Syndikus Dr. Brehmer (Lübeck): Der erwähnte Tischlermeister möge sich einen geprüften Werkmeister für Tapezierarbeiten halten, alsdann möge er für befugt erachtet werden, auch Lehrlinge im Tapeziergewerbe auszubilden. Nach den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters gewinne es den Anschein, als solle die Großindustrie auf Kosten des Kleinhandwerks bevorzugt werden.

— Geheimer Regierungsrat Dr. Wilhelmi: Der Vorredner befinde sich in einem vollständigen Irrtum. Ohne die bemängelte Bestimmung wäre die Kleinindustrie, insbesondere in den kleinen Städten, vollständig lahm gelegt. In den kleinen Städten sei es doch allgemein anzutreffen, daß z. B. ein Uhrmacher gleichzeitig Goldarbeiter u. s. w. sei.

— Gewerbekammer-Syndikus Dr. Jacobi (Bremen) bekämpfte die Vorschläge, weil sie geeignet seien, das Kleinhandwerk zu ruinieren und die kapitalistische Produktionsweise in Permanenz zu erklären.

— Auch

Bildhauer Biehl (München) bezeichnete die Vorschläge in der vorliegenden Fassung als unannehmbar. — Gürtlermeister Taucher (Mürnberg): Durch Zwangsmaßregeln, wie sie von der Regierung vorgeschlagen worden, könne man das Handwerk nur schädigen. Durch Erweiterung der Befugnisse der Gewerbevereine, die bereits viel Ersprießliches für das Handwerk geschaffen hätten, und durch vollständig freiheitliche Entwicklung könne das Handwerk einzig und allein gesunden.

Faßt man ein Gesamturteil über die in Eisenach gepflogenen Verhandlungen, so muß man, abgesehen von den wertvollen Mitteilungen der Regierungsvertreter, das Ergebnis als sehr mager bezeichnen. Die „Frankfurter Zeitung“*) hat leider Recht, wenn sie meint: „Der Verlauf der dreitägigen Verhandlungen hat den Pessimisten Recht gegeben; dem seitens des Vertreters des Herrn Berlepsch nachdrücklich betonten Wunsch seines Chefs, eine rückhaltlose Kritik der Organisationsvorschläge zu hören, ist zwar quantitativ in sehr ausreichender Weise willfahrt worden, aber zu der Quantität des Vorgebrachten stand die Qualität in entschiedenem Mißverhältnisse, wesentlich neue Gesichtspunkte förderte das Aufeinanderplätzen der verschiedenen sozial- und wirtschaftspolitischen Ansichten nicht zu Tage und Alles in Allem genommen, dürften die Regierungsvertreter die Versammlung genau so klug verlassen haben, wie sie hineingekommen waren.“

Es sind nun weiter eine große Zahl von Körperschaften, Behörden, Vereinen um ihr Urteil angegangen, und zahlreiche Versammlungen haben stattgefunden, die sich mit den schwebenden Fragen beschäftigt haben. Leider ist es nicht möglich gewesen, alle, die auf diese Weise entstandenen Gutachten zu sammeln; immerhin sind genügend vorhanden, um sie als eine Art von Stichprobe im Folgenden verwerten zu können, zumal da sie ohne Auswahl und in der Form wiedergegeben werden, wie sie in der Tagespresse der verschiedensten Parteien abgedruckt worden sind.

Zunächst ist von einer Äußerung des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Notiz zu nehmen, die kurze Zeit nach der Veröffentlichung des Berlepsch'schen Entwurfs erschienen ist und die Absicht zur Schau trägt, mit einem bestimmten Urteil möglichst zurückzuhalten und doch die Richtung anzugeben, in der sich nach der Ansicht des Zentralausschusses das Urteil der Innungen zu bewegen habe. Der „Zentralausschuß vereinigter In-

*) „Frankfurter Zeitung“ Nr. 290 vom 18. Oktober 1893.

nungsverbände" hat ein Rundschreiben an die Vorstände der von ihm vertretenen Korporationen gerichtet mit der Aufforderung, sich über die Regierungsvorschläge zu äußern. Die Vorstände sollen sich hiernach vornehmlich darüber klar werden, „wie im Falle der Regierungsvorschläge die Innungen, Innungsausschüsse und Innungsverbände zu stehen kommen werden, da doch in diesen Regierungsplänen von jeder Einräumung eines Befähigungsnachweises abgesehen ist und die vorerwähnten korporativen Organisationen mit dem Vorhandensein resp. mit dem Fehlen des Befähigungsnachweises stehen und fallen werden“. Der „Zentralausschuß“ läßt durchblicken, daß nach seiner Ansicht die Durchführung der Vorschläge eher zur vollständigen Zersetzung und Auflösung als zur Festigung des Handwerks führen werde, und schließlich stellt das Rundschreiben die Frage: Warum, wenn denn der Herr Minister die Schöpfung von Fachgenossenschaften vorsehe und diese mit besonderen Rechten ausstatte, warum dann nicht die Innungen mit diesen besonderen Vorzügen ausgestattet werden sollen? Viele Innungen sind in ihrem Urteile dieser Direktive gefolgt.

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister ist zu folgenden Ergebnissen gekommen: Die zur Abgrenzung der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben vorgeschlagene Arbeiterzahl wird gebilligt, jedoch nur für nicht handwerksmäßige Betriebe; für das Baugewerbe sei sie also nicht maßgebend. Die Bemessung und Verteilung der Beiträge für die Fachgenossenschaften soll nach Maßgabe der Lohnnachweisung, sowie unter Berücksichtigung der maschinellen Hilfskräfte erfolgen. Die Zahl der Mitglieder des Gehilfenausschusses soll $\frac{1}{4}$ der Zahl der Vorstandsmitglieder der Fachgenossenschaft oder der Mitglieder der Handwerkerkammern betragen. Was die Kosten des Gehilfenausschusses anlangt, so müssen die Arbeitgeber es ablehnen, dieselben aufzubringen oder die auf die von ihnen beschäftigten Personen entfallenden Anteile vorzustrecken; sie wollen nicht derart belastet werden, daß sie den Arbeitern hierfür Lohnabzüge machen müssen, was zu Streitigkeiten Anlaß geben würde. Die Kosten für die Handwerkerkammern soll in erster Linie der Staat übernehmen; in zweiter Linie sollen die Fachgenossenschaften nach dem Verhältnis ihrer Vertretung sie aufbringen. Ferner wurden für eine noch auszuarbeitende Gegenvorlage folgende Punkte als Grundlage aufgestellt. Durch die Berlepsch'sche Vorlage werden die Innungen vernichtet. Das Lehrlingswesen wird nicht gehoben. Die Innungen dürfen den Handwerkerkammern nicht untergeordnet werden; sie stehen gleichberechtigt neben den Fachgenossenschaften. Ihre Mitglieder gehören letzteren nicht an. An die Stelle der Handwerkerkammern treten für die Innungen Innungsverbände mit den Rechten und Pflichten und Einrichtungen der Handwerkerkammern. Die Ausbildung von Lehrlingen ist ausgeschlossen für alle Gewerbetreibende, die nicht ordnungsmäßig gelernt und eine Meisterprüfung nicht bestanden haben und Fabrikbetriebe leiten. Von der Mitgliedschaft einer Fachgenossenschaft und dem dafür ausschlaggebenden selbständigen Gewerbebetriebe sind die auszuschließen, die sich ihren Ver-

pflichtungen gegen die Fachgenossenschaften fraudulös entzogen oder den Offenbarungseid geleistet haben. Für das Baugewerbe wird der Befähigungsnachweis verlangt.

In einer von der Bäcker-, Schuhmacher-, sowie Schlosser- und Schmiede-Innung einberufenen Handwerkerversammlung in Gmünd wurde eine Resolution angenommen, nach welcher eine gründliche Hilfe dem so schwer darniederliegenden Handwerk nach den Vorschlägen des Herrn Handelsministers nicht zu Teil werden würde, vielmehr die Hilfe einzig und allein nur dann zu erwarten sei, wenn das Innungs-wesen immer mehr verbreitet und den einzelnen Innungen regierungsseitig mehr Rechte verliehen würden. Wenn das Handwerk nicht noch mehr in Verfall geraten solle, sei vor allem der Befähigungsnachweis, die obligatorische Innung, sowie Beschränkung der ausgedehnten Gewerbefreiheit ein unbedingtes Erfordernis.

Die Vorstände der sämtlichen Göttinger Innungen erklärten in Rücksicht auf die den Innungen bei Ausführung des Entwurfs drohende Schwälerung ihrer Rechte, namentlich auch im Hinblick auf den Umstand, daß die Regierung in Beziehung auf den Befähigungsnachweis den Wünschen der Handwerker noch immer nicht entgegenkomme, die Vorschläge nicht acceptieren zu können. Sie verhielten sich vielmehr im Ganzen wie im Einzelnen zu ihnen ablehnend.

Auf dem VI. Innungsverbandstage für den Regierungsbezirk Oppereln wurden nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Wegner (Zentrum) folgende Resolutionen angenommen: „Der heut (am 16. Oktober 1893) in Oppereln tagende VI. Innungsverbandstag für den Regierungsbezirk Oppereln, auf welchem 92 Innungen mit 4947 Mitgliedern vertreten sind, erkennt in der vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe in Aussicht genommenen Organisation des Handwerks nicht entfernt das Mittel, den Handwerkerstand zu erhalten, ihn vor der Auflösung durch Kapital und Putschertum zu schützen und dessen wirtschaftliches Gedeihen zu fördern. Er erblickt in dieser Zwangsorganisation ohne obligatorischen Befähigungsnachweis nur eine nutzlose Bedrückung, durch welche eine bessere Regelung des Lehrlingswesens ebensowenig zu erreichen ist, wie eine ersprießliche Organisation des Handwerks, deren Hauptzweck in der Erhaltung und dem Schutze des Handwerks bestehen muß. Er erkennt als das einzige Mittel, den Handwerkerstand zu erhalten, die Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises und der Zwangsinnung und hält nach wie vor an dieser Forderung fest. Er beauftragt den Vorstand, Gegenvorschläge in dem Sinne auszuarbeiten, daß 1. die Innungen mit Beitrittszwang die Träger der künftigen Handwerkerorganisation werden und der obligatorische Befähigungsnachweis als Vorbedingung für den selbständigen Betrieb des Handwerks gesetzlich eingeführt werde; 2. nur den Innungen unter Aufsicht zu begründender Handwerkkammern das Recht zusteht, Lehrlinge auszubilden; 3. nur den Innungen das Recht zusteht, die Mitglieder der Handwerkkammern zu wählen; 4. für alle jene Gewerbetreibende, welche in einer Innung nicht Aufnahme finden können, Fachgenossenschaften errichtet werden, denen die betreffenden Gewerbetreibenden kraft des Gesetzes anzugehören haben; 5. die Aufsicht der Behörden über die Innungen, Fachgenossenschaften und Handwerkkammern in ihrem Umfange genau festgestellt, diskretionäre Befugnisse und Willkür vermieden und der zu erwartenden Handwerkerorganisation innerhalb des

Böttger, Für das Handwerk.

5

Nahmens ihrer Aufgaben und Befugnisse eine freie Entwicklung gewährleistet wird." Ferner: „Die heut in Oppeln zur Abhaltung des VI. Innungsverbandstages für den Regierungsbezirk Oppeln versammelten Handwerker Oberschlesiens beschließen: Die das Handwerk seither getreulich in Schutz nehmenden Parteien des Reichstages zu bitten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften die Verwirklichung eines Gesetzes zu verhüten, welches auf Grund der Vorlagen des Handelsministers Herrn v. Berlepsch vom 18. August 1893 zur Organisation des Handwerks zur Beratung im Reichstage gelangen soll.“

Die ständige Deputation des Berliner Innungsausschusses hat die Äußerungen der einzelnen Innungen eingefordert unter Beifügung gutachtlicher Erwägungen, in denen über die Pläne von vorn herein, wie folgt, der Stab gebrochen wird: Es halte schwer, sich über die Zweckmäßigkeit der Vorschläge klar und unzweideutig auszusprechen, da diese selbst der inneren Klarheit entbehrten. Die Hoffnung aber, neben den Fachgenossenschaften, wie sie vorgeschlagen seien, die ihrer gesetzlichen Vorrechte entkleideten Innungen im Rahmen der Handwerkerkammer zu erhalten, müsse als trügerisch angesehen werden. Wer mit den Fachgenossenschaften sich befreunden wolle, habe die Innungen fallen zu lassen. Wer den Befähigungsnachweis für eine unerläßliche Vorbedingung zur Erhaltung des Handwerks ansehe (wie der Innungsausschuß), könne niemals die Regierungsvorschläge billigen.

Eine allgemeine große Handwerkerversammlung sämtlicher Richtinnungsmeister in Berlin sollte am Montag, 30. Oktober cr., abends zur Stellungnahme zu den von dem Handelsminister v. Berlepsch gemachten Vorschlägen zur Organisation der Handwerker stattfinden. Die Einberufung hatte, in Ausführung eines Beschlusses der vor kurzem unter dem Vorsitz des Regierungsrat Messerschmidt stattgefundenen Konferenz zur Meinungsäußerung geladener Richtinnungsmeister, die „Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins und Umgegend“, als die einzige, mit Korporationsrechten versehene Berliner Handwerksmeistervereinigung, welche einer Innung nicht zugehört, übernommen. Es stellte sich heraus, daß die Einladung bei den interessierten Kreisen wenig Anklang gefunden hat, so waren, einschließlich etwa eines Duzend Berichterstatter, in dem weiten Raume nur höchstens fünfzig Personen anwesend. Fleischermeister Heinitz als Vorsitzender bedauert den schwachen Besuch in Anbetracht der wichtigen Frage und empfahl trotzdem in die Verhandlungen einzutreten und zur Ausarbeitung der an den Minister abzugebenden Antwort eine Kommission niederzusetzen, welche ihre Entschlüsse einer neuen Versammlung zur Genehmigung vorzulegen habe. Auf diesem Wege könne mehr geschaffen werden, als durch viele Versammlungen.

Die Vorstände der Innungen in Neuß sprachen sich entschieden für obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis aus. Gegen das Zusammenwerfen mit nicht zum Handwerk gehörenden Elementen legte man Bewahrung ein. Die Organisation soll auf die Gemeinde, höchstens den Kreis beschränkt werden. Zur Gesellenauswahl soll das 23. Lebensjahr notwendig sein. Auch in anderen Dingen beantragte man Änderungen.

In Harburg kam eine Versammlung, an der sieben Mitglieder des Innungsausschusses, die Vorsitzenden der im Innungsausschuß nicht vertretenen Innungen, zwei Vertreter der nicht zu Innungen vereinigten

Gewerbe und ein Vertreter des Regierungspräsidenten teilnahmen, zu folgendem Resultat: Die Errichtung von Fachgenossenschaften, welcher alle Gewerbetreibenden angehören sollen, die ein Handwerk betreiben oder regelmäßig nicht mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen, wurde einstimmig als nicht erwünscht erklärt. Es wurde dagegen empfohlen, die bestehenden Innungen weiter auszubilden, ferner ihnen diejenigen Befugnisse zu verleihen, die in den Vorschlägen für die Fachgenossenschaften und für die Handwerkerkammern, deren Einrichtung gleichfalls für nicht wünschenswert erklärt wurde, vorgesehen sind. Die Einführung des Befähigungsnachweises wurde empfohlen. Was die vorgeschlagene Regelung des Lehrlingswesens betrifft, so erklärte man es für unbedingt erforderlich, daß den Innungen das ihnen durch den § 100 a Abs. 3 der Reichs-Gewerbeordnung gewährte Recht des ausschließlichen Haltens von Lehrlingen gewahrt bleibe. Im Uebrigen dürfe man denjenigen Gewerbetreibenden das Recht zum Halten von Lehrlingen zugestehen, die eine Gesellen- und Meisterprüfung bestanden oder in anderer Weise den Nachweis der Befähigung erbracht haben. — Im Anschluß daran wurde eine Sitzung der Mitglieder des Gewerbegerichts abgehalten, das bekanntlich in gewerblichen Fragen seine gutachtliche Aeußerung abzugeben hat und das deshalb gleichfalls über die Regierungsvorschläge befragt worden ist. Die Beisitzer aus dem Stande der Arbeitgeber waren geteilter Ansicht. Während ein Teil derselben sich mit den Regierungsvorschlägen einverstanden erklärte und von ihnen eine Hebung des Handwerks und des Lehrlingswesens erwarten zu können glaubte, erklärten sich die dem Handwerkerstande selbst angehörenden Beisitzer gegen die Vorschläge. Sie waren der Ansicht, daß die in den Vorschlägen den Fachgenossenschaften und den Handwerkerkammern zugeteilten Befugnisse den bereits bestehenden Innungen, die sich doch im Ganzen bewährt hätten, übertragen werden müßten. Ueber die Ausbildung der Lehrlinge waren sie derselben Ansicht wie die Innungsvertreter. Eine ganz andere Stellung nahmen die Beisitzer aus dem Arbeiterstande ein. Zunächst erklärten sie, daß sie der ganzen Angelegenheit irgend ein Interesse überhaupt nicht entgegen bringen könnten. Die Regierungsvorschläge über die Organisation des Handwerks würden ebensowenig dem Handwerk nützen, wie die früheren gesetzlichen Bestimmungen zur Hebung desselben. Nach ihrer Ansicht sei das Handwerk infolge der kapitalistischen Produktionsweise unrettbar verloren. Dagegen stimmten sie den Vorschlägen über die Regelung des Lehrlingswesens zu, wesentlich jedoch nur deshalb, weil dadurch die Vorrechte der Innungen beseitigt würden und die Befugnis zum Halten von Lehrlingen erweitert werde.

Der Gewerbeverein in Nordhausen erkannte die gute Absicht der Staatsregierung, dem Handwerke zu helfen, an, war aber der Ansicht, daß eine Organisation des Handwerks (durch Bildung von Fachgenossenschaften und Handwerkerkammern und Regelung des Handwerkerlehrlingswesens) im Sinne des vorliegenden Entwurfs zwar viele Opfer an Zeit, Arbeit und Kosten erfordern würde, aber durchaus nicht imstande sei, eine diesen Opfern entsprechende Besserung der Lage des Handwerks herbeizuführen.

Das Lüneburger Gesamtgewerbegericht hat gleichfalls über die Angelegenheit beraten. Weder die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber, noch die aus dem Kreise der Arbeitnehmer verhielten sich absolut ablehnend gegen die Vorschläge. Seitens der Arbeitgeberbeisitzer wurde

aber die Einführung des Befähigungsnachweises als erstrebenswertes Ziel bezeichnet und ferner die Ansicht vertreten, daß es unbedingt notwendig sei, nur solchen Handwerkern die Ausbildung von Lehrlingen zu gestatten, welche nach vorausgegangener regelmäßiger Lehrzeit die Gesellen- und demnächst die Meisterprüfung abgelegt hätten. Die Arbeitnehmerbeisitzer versprachen sich von einer Organisation des Handwerks wenig Erfolg, weil nach ihrer Ansicht die maschinellen Betriebe das Handwerk bald vollständig verdrängen würden und man dem letzteren daher jegliche Zukunft absprechen müsse, selbst wenn demselben eine korporative Organisation gegeben werde. Bemerkt wird, daß die Arbeitnehmerbeisitzer sich wohl ohne Ausnahme zu sozialdemokratischen Anschauungen bekennen werden.

Der Hildesheimer Gewerbeverein verhielt sich zu dem Entwurf des Ministers nicht ablehnend, sondern erkannte an, daß der Entwurf manches Gute enthalte. Mit Entschiedenheit erklärte man sich gegen die Einrichtung von Fachgenossenschaften, da man der Ansicht war, daß die bisher bestehenden freien Innungen mehr leisten würden. Mit der Schaffung von Handwerkskammern war man vollständig einverstanden, ebenso bezeichnete man die Bildung von Gehilfenausschüssen als zweckmäßig, glaubte aber, daß die Befugnisse der Gehilfen auf die Angelegenheit beschränkt bleiben müßten, die sie angehen und für die sie Aufwendungen machen. Die Regelung des Lehrlingswesens erkannte man als einen der hauptsächlichsten Punkte der Vorschläge an, jedoch wollte man die Befugnis zum Halten von Lehrlingen nur demjenigen Handwerker zugestanden wissen, der ordnungsmäßig seine Lehre absolviert und seine Gesellenprüfung abgelegt habe; das dreijährige selbständige Betreiben eines Handwerks sei durchaus nicht maßgebend, indem der Geschäftsbetrieb von tüchtigen Handwerksgehilfen geleitet werden könne, während der Inhaber fast gar nichts vom Geschäft verstehe und deshalb auch nur wenig Interesse für die Ausbildung der Lehrlinge haben könne.

Der Bunzlauer Handwerkerverein hat folgende Resolution angenommen: „Die heute in Bunzlau versammelten Handwerksmeister erklären sich entschieden gegen die von der Regierung gemachten Vorschläge zur Organisation des Handwerks, da die gemachten Vorschläge gerade das Gegenteil von dem bieten, was das Handwerk in jahrelangem Kampfe erstrebt hat“.

Weiter seien die Gutachten einiger Handelskammern und sonstiger kaufmännischer Korporationen mitgeteilt.

Die Handels- und Gewerbekammer in Stuttgart kommt zu folgendem Schluß: „Es ist erfreulich, daß die Regierungen den vielfachen Notrufen aus dem Kleingewerbe Rechnung tragen wollen. Nur ist die von Minister von Berlepsch vorgeschlagene Abhilfe im Verhältnis zu dem zu erwartenden Effekt zu kompliziert. Der Hauptpunkt, bei dem man den Hebel anzusetzen hat, ist das Lehrlingswesen, für das — in Bezug auf die allgemeine Durchführung der Lehrlingsprüfung, auf eine wirksame Kontrolle über die Lehrlingsmeister, sowie auf die Lehrlingszüchterei — allerdings mehr, als bisher, geschehen sollte und könnte; die im Entwurfe vorgesehene Regelung desselben kann jedoch leicht erfolgen ohne das Zwischenglied der neuen Zwangsgenossenschaften. Zudem stößt der mit letzteren verbundene polizeiliche Zwang

und die bürokratische Bevormundung, wie überhaupt in der größeren Hälfte Deutschlands, so auch in unserem Bezirke auf einen entschiedenen Widerwillen. In Anbetracht dessen, sowie im Hinblick auf den Umstand, daß für die fraglichen Genossenschaften in dem scheinbar reichhaltigen Programm außerordentlich wenig praktische Arbeit tatsächlich vorgeesehen werden konnte, ist sicher vorauszu sehen, daß die vorgeschlagenen Zwangsvereine nicht lebensfähig wären. Das Gleiche gilt auch von dem weiter beantragten neuen Institut der Gewerbekammern, die für sich allein, ohne Anlehnung an die Handelskammern, nur wenig leisten dürften. Bei uns wäre das Kleingewerbe in seinem Wunsche nach einer ausgiebigeren Interessenvertretung befriedigt, wenn die Handels- und Gewerbekammern (unter Beibehaltung des bisherigen einheitlichen Verbandes) gemäß den Beschlüssen des Gesamtkollegiums der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel vom 6. Juni d. J. (Gewerbeblatt S. 243) erweitert würden und den im Entwurf den Handwerkskammern zugeordneten Kreis von Aufgaben und Befugnissen übertragen erhielten."

Die Handelskammer zu Mülhhausen hat in folgender Resolution Stellung genommen: "Die Handelskammer erkennt in dem Entwurfe des Handelsministers die wohlmeinende Absicht, den Handwerkerstand zu fördern, an, sie vermißt jedoch zu ihrem Bedauern in dem Entwurfe den Schritt — Einführung des obligatorischen Fortbildungs- schulunterrichts ohne Belastung des Handwerks —, der zur Besserung der Lage des Handwerks in sittlicher und materieller Beziehung am sichersten zum Ziele führen wird".

Die Ältesten der Magdeburger Kaufmannschaft, die auch über die geplante Organisation des Handwerks sich zu äußern aufgefordert worden sind, haben ein ausführliches Gutachten an höherer Stelle überreicht und der Öffentlichkeit übergeben. Das Gutachten erörtert zunächst die geplanten Fachgenossenschaften und deren Organisation, und findet vorerst ein wesentliches Bedenken in dem Nebeneinanderbestehen von Innung und Fachgenossenschaft, von welchen Vereinigungen die eine — die Fachgenossenschaft — eine Zwangs-korporation sei, die andere — die Innung — auf freiwilligem Beitritt beruhe. Ihre Aufgaben seien zum größten Teile identisch. "Zwar hat" — so fährt das Gutachten fort — "das Innungswesen sich bisher sehr wenig bewährt, doch liegt in den Innungen wenigstens ein Anfang zu vielleicht künftig besseren Leistungen, eine schon bestehende, wirkende Organisation vor, während in den neuen Fachgenossenschaften erst unter Beseitigung des Bestehenden Neues geschaffen werden soll." Das Gutachten erörtert eingehend die Unfähigkeit der geplanten Fachgenossenschaften, der mißlichen Lage des Handwerks abzuhelpen. Die Genossenschaften seien für die Aufgabe einer besseren Ausbildung im Kleingewerbe, einer Erleichterung des Uberganges zum Großbetriebe u. dergl. absolut untauglich, auch gar nicht dazu geschaffen. Gehilfenausschüsse seien in kleinen Städten schwer zu schaffen. Anders liegt es in den großen Städten. Hier ist ein fester, durch die Fachvereine und andere Arbeitsvereine längst organisierter Gefellenstand vorhanden; aber es ist wohl in den meisten großen Städten fraglos, daß diese sich ausschließlich aus den Kreisen der Sozialdemokratie rekrutieren werden, der doch die überwiegende Mehrheit der Handwerksgefallen angehört. Es wird somit nur eine neue Organisation geschaffen,

welche die Sozialdemokratie zur Gewinnung weiteren Einflusses in den Handwerkerkreisen, zur Agitation anlässlich der Ausschusswahlen u. s. w. ausnützen wird.“ Bezüglich der Errichtung von Handwerkerkammern spricht sich das Gutachten nicht so ablehnend aus, wenn es auch die Bedenken, ob eine ersprießliche Thätigkeit dieser Körperschaft zu hoffen sein werde, nicht zurückhält. Die Vorschläge, betreffend die Regelung des Lehrlingswesens, die Einführung von Gesellen- und Meisterprüfung, das Recht, den Meistertitel zu führen, werden wie folgt kritisiert: Wenn auch einzelne Punkte dieser neuen Normen, so insbesondere die Forderung der Schriftlichkeit des Lehrvertrages, die Strenge bezüglich der Befugnis Lehrlinge zu halten und bezüglich der Entziehung dieser Befugnis allgemeine Billigung finden müssen, so sind doch die grundlegenden Bestimmungen, insbesondere betreffs der Gesellen- und Meisterprüfung und des Rechtes, den Meistertitel zu führen, nicht für gerechtfertigt und zweckmäßig zu erachten. Meisterprüfungen können überhaupt nicht, Gesellen- bzw. Lehrlingsprüfungen nur insofern gebilligt werden, als sie ein Anspornungsmittel sind, das einen moralischen Druck auf die Lehrlinge ausüben soll; keinesfalls aber dürfen es Prüfungen sein, an deren Ablegung praktische Berechtigungen geknüpft werden. Das Gutachten schließt mit dem Satz: Wenn dem vorliegenden Entwurfe in seinen Hauptpunkten nicht zugestimmt werden konnte, so solle damit durchaus nicht gesagt sein, daß man gegen jede Korporationsbildung im Kreise des Handwerks etwas einzuwenden hätte, so wenig von uns gegen die Errichtung von Handwerkerkammern grundsätzlicher Widerspruch erhoben wurde; mögen doch nach wie vor freie Vereinigungen zu welchen wirtschaftlichen Zwecken immer gefördert werden, möge durch Unterstützung jedes höheren Aufschwungs der kleinen Unternehmer der Erhaltung auch der kleineren und mittleren Betriebe Rechnung getragen werden. Gegen Reformen, die dem ganzen modernen Entwicklungsprozesse in der gewerblichen Produktion widerstreben, wie gegen den — im Entwurfe versuchten — fakultativen Befähigungs-Nachweis und die Zwangsgenossenschaft müsse man sich aber entschieden aussprechen.

Betrachten wir nun die Kritik der Tagespresse — von den Erörterungen der Handwerker-Zeitungen können wir absehen, da sie kaum etwas anderes vorbringen, als aus den obigen Versammlungs-Resolutionen hervorgeht — so finden wir auch hier für die Verlepsch'schen Pläne wenig Entgegenkommen. In der Presse der Konservativen und des Zentrums ist ein ziemlich einhelliges Verdammungsurteil darüber gesprochen worden, daß die Zwangsinnung und der obligatorische Befähigungsnachweis nicht gewährt werden und daß die Denkschrift den Befähigungsnachweis sogar für undurchführbar erklärt. Man betont auf dieser Seite ferner, daß es bedenklich sei, die Innungen preiszugeben und erklärt u. a.: „daß nicht die Freunde, sondern die schlimmsten Feinde des Handwerks auf diese Weise ‚organisiert‘ werden würden“.

Eine sehr eingehende und auf Sachkenntnis sich stützende Kritik finden wir in den der nationalliberalen Partei nahe-

stehenden „Hamburger Nachrichten“ *). Es wird dort nach einer ruhigen Darlegung der Lage des Handwerks folgendes ausgeführt:

„Der Berlepsch'sche Entwurf bringt eine Ueberraschung, insofern er sich nicht auf die von Herrn von Boetticher angedeuteten Materien beschränkt, sondern in erster Linie eine zwangsweise Organisation des gesamten Handwerks in Fachgenossenschaften, welchen im Wesentlichen dieselben Aufgaben wie den Zünften obliegen sollen, vorschlägt. Man kann sich nicht wundern, daß dieser Vorschlag nach zwei entgegengesetzten Richtungen auf Widerspruch stößt. Er ist schwer zu vereinigen mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit, wie man es bisher auch seitens der Regierung — so insbesondere auch bei der Zünfftgesetzgebung — ausgelegt hat, und er befriedigt nach der andern Seite nicht, weil er den obligatorischen Befähigungsnachweis verwirft und in die Genossenschaft Alle einbegreift, welche ein Gewerbe mit weniger als zwanzig Arbeitern selbstständig betreiben, einerlei, ob sie zur Ausübung desselben technisch befähigt sind oder nicht. Dazu kommt, daß, da die meisten Aufgaben der Zünften den Fachgenossenschaften übertragen und zugleich den Zünften die ihnen durch die Paragraphen 100e, 100f und folgende der Gewerbeordnung erteilte Vorrechte genommen werden, ein Fortbestehen der Zünften neben den Genossenschaften geradezu unmöglich erscheint. Ob aber die Fachgenossenschaften zur Wahrnehmung der fraglichen Aufgaben ebenso geeignet sein würden, wie die Zünften, wird zu bezweifeln sein. Es dürfte z. B. recht fraglich sein, ob der kapitalistische Inhaber eines Kleideranfertigungsgeschäfts als Mitglied seiner Fachgenossenschaft einen besonderen Eifer für die „Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre“ unter den Schneidern an den Tag legen würde. Außerdem können die Fachgenossen nach dem Entwurf unter Umständen aus ganz verschiedenen Gewerben bestehen, die nicht einmal unter einander verwandte sind. Sollte es bei dieser Sachlage nicht doch sehr zweifelhaft sein, ob man gut daran thäte, derartigen Neubildungen zu Liebe die bestehenden Zünften zu opfern, statt daß man lieber auf die Fachgenossenschaften verzichtete und der Zünftsbildung einen neuen Impuls zu geben versuchte? Die weitere in dem Berlepsch'schen Entwurfe geplante Organisation würde auch ohne die Fachgenossenschaften recht wohl bestehen können. Die Mitglieder der Handwerkskammern, welche aus der Mitte der Fachgenossenschaften hervorgehen sollen, könnten ebenso gut von der Gesamtheit der Gewerbetreibenden gewählt werden. Ein Wahlmodus, der jedem Gewerbebezweige des Kammerbezirks eine seiner Bedeutung entsprechende Vertretung sicherte, würde sich schon finden lassen. Jedenfalls aber ist der Vorschlag der Errichtung von Handwerkskammern aufrichtig zu begrüßen. Sowohl für die Wahrnehmung und Vertretung der Interessen des gesamten Handwerks nach außen wie zur Durchführung hochwichtiger gemeinsamer Einrichtungen sind sie sehr geeignete Organe. So dürfte z. B. die Organisation des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens durch sie zweckmäßiger erfolgen, als durch die einzelnen Fachgenossenschaften. Vor allem aber sind ihre Funktionen unentbehrlich für die Durchführung der Bestimmungen über das Lehrlingswesen. Und diese letzteren darf man als den wertvollsten Teil des Ber-

*) „Hamburger Nachrichten“ vom 1. September 1893 Nr. 207, Morgenausgabe.

lepisch'schen Entwurfs betrachten. Hebung der gewerblichen Tüchtigkeit seiner Mitglieder, das ist es, was dem Handwerkerstande am meisten noththut. Die Brauchbarkeit und Tragweite der einzelnen zu diesem Zwecke geplanten Bestimmungen zu erörtern, ist heute nicht mehr der Raum. Die Hauptsache ist, daß die Regelung dieser bedeutsamen Frage endlich praktisch in Angriff genommen wird. Nirgends ist die Kompetenz für ein gesetzgeberisches Einschreiten unbestrittener, und nirgends ist ein solches Einschreiten notwendiger. Herr v. Berlepsch hat seine Vorschläge selbst als „das unverbindliche Ergebnis vorläufiger Erwägungen“ bezeichnet. Wer an dieselben aber nicht lediglich mit dem vorgefaßten Urtheil der Parteischablone herantritt, wird ihnen zum mindesten die Bedeutung einer fruchtbaren Unterlage für eine praktische Lösung der Handwerksfrage nicht abstreiten können.“

Die Organe der freisinnigen Parteigruppen sowie einige zum Manchesterthum neigende nationalliberale Zeitungen versprechen sich von der behördlichen Regelung der Handwerks-Organisation keinen Erfolg, der freisinnige Parlamentarier Schrader erklärt in der „Nation“ den Plan des Herrn von Berlepsch für staatssozialistisch. Im Uebrigen sieht die freisinnige Presse in einer besseren Ausbildung des Handwerks und ferner in einer freien Vereinsbewegung und in der genossenschaftlichen Selbsthilfe die ausreichenden Mittel, die das Handwerk zu heben vermögen. Noch kürzer angebunden ist das offizielle Parteiorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“. Er erklärt zu den Berlepsch'schen Plänen:

„Die Sozialdemokratie kann ihnen nicht zustimmen, weil sie weiß, daß alle diese Mittelchen dem Handwerke nicht aufhelfen können, weil sie den Handwerksmeistern zu lehren hat, daß die alten Formen nicht die alten Zustände herbeiführen können, diese alten Formen Ausdruck und nicht Ursache des früheren dem Handwerke günstigen Zustandes waren, endlich kann die Sozialdemokratie einer Stärkung der Innungen nicht das Wort reden, weil sie zu weiterer Knechtung der Arbeit führen würde. Den Befähigungsnachweis kann sie nicht empfehlen, weil derselbe eine Aristokratie im Handwerke schaffen würde und weil sie es für ungerecht halten muß, daß die jetzigen Handwerksmeister des Befähigungsnachweises enthoben wären und gleichzeitig über die Befähigung Anderer urtheilen sollen. Aufgabe der Sozialdemokratie kann es endlich nicht sein, die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, da das Wohl aller Gedrückten, der Arbeiter wie der Handwerker, davon abhängt, daß an Stelle unserer heutigen, ihrem Höhepunkt zuwandelnden wirtschaftlichen Ordnung die gemeinwirtschaftliche trete, deren Voraussetzung die höchste Entwicklung des Großbetriebes ist.“

Ferner schreibt der „Vorwärts“:

„Die Stellung der Reichsregierung zu den Handwerkerfragen war stets eine schwankende, und sie hat es trotz aller Aenderungen der Gewerbeordnung dazu gebracht, daß weder die Innungsanhänger

noch deren Gegner mit ihr zufrieden waren, sie bewilligte einzelne Wünsche der Zünftler, setzte anderen wieder starren Widerstand entgegen. Am liebsten würde wohl die Reichsregierung den bestehenden Zwitterzustand der Innungen erhalten, aber sie kann dies nicht, das Drängen der die Innungen unterstützenden Parteien, der immer stärker werdende Zug, den die Sozialdemokratie aus den Reihen der Handwerker erhält, ein Versprechen des Kaisers an eine Handwerker-Deputation, daß den Wünschen der Handwerker Rechnung getragen werden solle, zwingen die Reichsregierung, sich mit den Wünschen der Handwerker zu befassen. Die preussische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens ausgearbeitet und ihn der öffentlichen Kritik vorgelegt. Er erfüllt den Hauptwunsch der Zünftler, die Einführung des Befähigungsnachweises, nicht, er läßt die Innungen zwar weiter bestehen, legt aber die wichtigsten Befugnisse den neu zu schaffenden Handwerkskammern bei. Die Zünftler werden von diesem Entwurfe nicht befriedigt sein, ebenso wenig können aber wir, denen die Vertretung der Arbeiterinteressen obliegt, an dem Entwurfe Gefallen finden.“

Kurz, auch das Urteil der Parteipresse in ihren verschiedenartigen Vertretungen lautet dem Entwurfe nicht günstig und läßt eine Ablehnung im Reichstag ahnen. Den Beschluß dieser Revue mögen die Äußerungen einiger nationalökonomischer Gelehrten und Publizisten bilden.

Professor Dr. Wilhelm Stieda geht in einem Aufsatz „Handwerker- oder Gewerbekammer?“ im „Deutschen Wochenblatt“*) nur auf die Frage der Handwerkskammern ein.

Stieda ist „der Meinung, daß zur Zeit weder Gewerbekammern noch Handwerkskammern dem Kleingewerbe aus seiner gedrückten Lage herauszuhelfen imstande sein werden. Zweckmäßiger ist es, die Großindustrie ihren Handelskammern, die Landwirtschaft ihren Vereinen, das Kleingewerbe ihren Innungen und Gewerbevereinen zu überlassen, als neue Institute zu schaffen, die die historische Entwicklung unterbrechen, die von vornherein an inneren Schwächen kranken und mit denen man nicht hoffen kann, allen Interessen gleichmäßig gerecht zu werden.“ Es erscheine verkehrt, „mit Aufwand von Zwang und nicht unerheblichen Geldmitteln Einrichtungen überhaupt ins Leben zu rufen, deren Wirksamkeit man von vornherein mißtrauisch entgegenschaut.“ „Was notthut, das ist in den deutschen Staaten, so namentlich in Preußen, Bayern, Sachsen, Mecklenburg, die eine Zentralisation noch entbehren, einen Mittelpunkt zu schaffen für das Gewerbewesen, von dem aus befruchtend Anregung und Belehrung in die lokalen Korporationen hineinstrahlen könnte. Ähnliche Veranstaltungen wie die Zentralstelle für Gewerbe in Württemberg, die Landesgewerbehalle in Karlsruhe, der Landesgewerbeverein in Hessen müßten auch in anderen Staaten entstehen. Es muß in jedem Lande eine Stätte geben, von der aus lehrreicher und wirtschaftlicher Beirat erteilt werden kann, die über gewisse

*) „Deutsches Wochenblatt“ Nr. 34, IV. Jahrgang 1893.

Mittel verfügt, um Lehrkurse, Fachschulen u. s. w. ins Leben rufen zu können, die gesetzgeberische Maßregeln vorzubereiten imstande ist, ausgerüstet mit der ganzen Sach- und Fachkenntnis, wie sie erfordert ist, und wie sie die wesentlich juristisch geschulten Beamten in den heutigen Ministerien leider nicht immer besitzen. Um sich über die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden selbst zu unterrichten, könnten die Innungen und Gewerksvereine selbst gefragt werden.“ Handwerkskammern dagegen müssen schon an dem äußerlichen Umstande scheitern, daß Fabrik und Handwerk sich niemals begrifflich werden auseinander halten lassen. „Je mehr die Kleinkraftmaschine in die Werkstatt des Handwerkers Einzug hält, desto verwickelter wird die Situation. Dazu kommt, wie Hampe ganz treffend ausführt, daß dem Handwerker in der Regel vermöge seines Bildungsganges der weite Gesichtskreis und die Fähigkeit, sich den Fortschritten der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen, fehlt. Dadurch würde man in Gefahr laufen, einseitige der Allgemeinheit nicht genügend Rechnung tragende Beschlüsse zu erhalten. Nach der anderen Seite ist nicht zu erwarten, daß durch eine Beteiligung der Großindustrie die Handwerker genügend zur Geltung kämen. Den Industriellen würde es gelingen, ihre Anschauungen zur Anerkennung zu bringen und das Kleingewerbe zu majorisieren.“ Im Einzelnen spricht sich Stieda aus gegen die Heranziehung der unselbstständigen Gehilfen. „Unter den obligatorischen Aufgaben wiederum ist es auffällig, daß man den Kammern die Beaufsichtigung der Durchführung der Lehrlingsgesetzgebung anvertrauen will. Sicher würde man es seltsam finden, wenn ein Ausschuß von Fabrikanten über die Ausführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung machen sollte. Die Mitwirkung überdies der Gewerbekammer an der letzteren entbehrt völlig der Begründung. Nur in selteneren Fällen haben die diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung für das Kleingewerbe Bedeutung. Darauf, daß die neuen Kammern in Verbindung mit zu errichtenden Zwangs-Fachgenossenschaften erscheinen, denen jeder Gewerbetreibende ipso jure durch Eröffnung eines Betriebes angehört, will er nicht weiter eingehen, weil dieser Vorschlag, der in schneidendem Gegensatz zu dem, was 1869 durch die Gewerbeordnung erreicht wurde, steht, die schwersten Bedenken hervorruft.“

Im „Sozialpolitischen Zentralblatt“*) nimmt Georg Ledebour zu den Vorschlägen das Wort.

Er sieht in den Fachgenossenschaften „Zwangsinnungen“ und glaubt nicht, daß sich dafür eine Mehrheit im Parlament aufbringen lasse oder daß aus dem Entwurfe überhaupt ein brauchbares Gesetz hervorgehen werde. Er schreibt: „Kommt es wirklich zu der geplanten Bildung von Fachgenossenschaften, so wird nach dem voraussichtlich dann nicht zu fernem Eingehen der jetzigen freien Innungen man auf die sprachlich und historisch berechnete Bezeichnung ‚Innung‘ für die ‚Fachgenossenschaften‘ zurückgreifen können. Vielleicht könnte man jetzt aber schon unter der sinngemäßen Bezeichnung ‚Gesamt-Innung‘ an Stelle von ‚Fachgenossenschaft‘ die neuen Körperschaften den freien ‚Innungen‘ gegenüberstellen. Fallen dereinst die letzteren aus, so ergibt sich der

*) Sozialpolitisches Zentralblatt, II. Jahrgang Nr. 48. 1893.

Fortfall des Vorjages „Gesamt“ in der ersteren Bezeichnung von selbst.“ Zu der Frage der Abgrenzung der Handwerkskammern giebt Ledebour folgendes Gutachten: „Wir meinen, daß zur Korrektur dieser schwere Härten bedingenden Abgrenzungsform den Betroffenen ein Refurs gegen die Einpferchung in die Zwangsgenossenschaft offen gehalten werden sollte. Gewerbetreibenden, die glaubhaft nachweisen können, daß ihr Betrieb nicht den handwerksmäßigen Charakter trägt, müßte die Ausscheidung aus der Fachgenossenschaft oder der Nichtzutritt ermöglicht werden, auch wenn sie weniger als zwanzig Gehilfen oder wie sonst durch Bundesratsverfügung die Grenze für das einzelne Gewerbe gezogen sein mag, beschäftigen . . . Andererseits mußte aber auch den mit mehr als zwanzig Gehilfen arbeitenden Gewerbetreibenden, falls sie auf dem nämlichen Wege das Handwerksmäßige ihres Betriebes glaubhaft machen können, der Beitritt zu der Fachgenossenschaft offen gehalten werden“. Die Bestimmung, daß, um zu einem Amte in der Fachgenossenschaft gewählt werden zu können, das dreißigste Lebensjahr erforderlich ist, hält Ledebour für „ein Resultat ungerechtfertigter bureaukratischer Aengstlichkeit.“

Bei der Besprechung der Aufgaben der Fachgenossenschaften erklärt Ledebour: „Die Uebertragung der Fürsorge für das Herbergswesen, Arbeitsnachweis und Lehrlingsausbildung von den freien Innungen auf die Zwangsgenossenschaften, wird den ersteren die Lebensluft nehmen, sie zu Wohlthätigkeitsvereinen für die Mitglieder machen und sie allgemach zum Absterben bringen. Wenn nun aus dieser Ersetzung der bisher den Charakter kleinerer Vereinigungen tragenden Innungen die alle Handwerker umfassenden Fachgenossenschaften kaum ein Schaden entstehen könnte, so birgt doch die Machtvollkommenheit, die den Entwurf den Fachgenossenschaften über die Arbeiter verleihen will, große Gefahren für das Gemeinwohl“. Auch bei den Gehilfenausschüssen hat Ledebour manche Einwendungen zu machen. Die beschränkte Wählbarkeit, die Möglichkeit, daß, wenn keine Wahl zustande kommt, die Aufsichtsbehörde nicht nur beliebige Gehilfen, sondern sogar „andere Personen“ mit den Obliegenheiten des Gehilfenausschusses betrauen soll, hält er für tadelnswert. Die Befugnisse des Gehilfenausschusses sichern nach seiner Ansicht der Gehilfenschaft kein ausgiebiges Mitbestimmungsrecht, die Gehilfenvertretung sei nur ein minderwertiges Anhängsel des Unternehmervorstandes: „Der organisierten Unternehmerschaft muß die organisierte Arbeiterchaft gleichberechtigt zur Seite gestellt und in den gemeinschaftlichen Organisationen, mögen sie heißen, wie sie wollen, und Befugnisse haben, welche sie wollen, müssen die Vertreter beider Interessengruppen in gleicher Zahl und mit gleichen Rechten zusammenwirken. Eine andersgestaltete Gehilfenvertretung, die sich nicht auf geschlossene Arbeiterverbände stützt, sinkt zum dekorativen Beiwerk der Interessenvertretung der Unternehmer herab. Das zu verhüten und den Arbeitern die Gleichberechtigung mit den Unternehmern zu sichern, muß die wesentliche Aufgabe bei der Verbesserung des Regierungsentwurfes sein.“ Sehr bedenklich erscheint ihm ferner das den Handwerkskammern zuge dachte Anrecht auf Mitwirkung bei der Ueberwachung der Arbeiterschuß-Bestimmungen der Gewerbeordnung. Schließlich verlangt er, daß der Regierung die Verpflichtung auferlegt werde, die Handwerkskammern gutachtlich zu hören vor der Ausarbeitung eines jeden Gesetzentwurfs oder eines jeden Verwaltungsaktes, der sich auf die Interessen des Kleingewerbes bezieht. Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen werden vorläufig einer Kritik nicht unterzogen.

Dr. Runo Frankenstein nimmt in der „Zukunft“*) zu einigen der wichtigsten Punkte“ des Entwurfs Stellung.

Er „anerkennt zunächst, daß dem Plane ein durchaus richtiger Gedanke zu Grunde liege: Der Gedanke, daß sich die Organisation des Gewerbes auf Zwangsgenossenschaften aufbauen solle“. Es werde damit erreicht, daß die unmittelbar Beteiligten zu Hütern ihrer eigenen Interessen gemacht werden und daß die Last der Vertretung der Sonderinteressen auf die Interessenten selbst, nicht auf die Allgemeinheit, gewälzt werde. Er bezweifelt aber, daß es möglich sei, eine Organisation zu schaffen, die das Handwerk bei den heutigen gewerblichen Produktionsverhältnissen umfasse. Man müsse schon den Begriff Handwerk soweit wie möglich fassen, es sei nicht zu befürchten, daß bei dem Ueberwiegen der Kleinbetriebe die Handwerker in den Fachgenossenschaften und Handwerkskammern von größeren Fabrikanten majorisiert werden. Davon, daß das Handwerk in nahe Berührung mit der Industrie gebracht werde, sei mancher Nutzen zu erwarten. Schwierig sei die Frage nach dem Wirkungskreise und den Befugnissen der Fachgenossenschaften und der Handwerkskammern zu lösen. Frankenstein hält es für unmöglich, den Handwerkskammern eine Mitwirkung bei der Ueberwachung des Arbeiterschutzes zu sichern, das heiße „den Bock zum Gärtner machen“. Er fordert sodann, daß man den Handwerkskammern das Recht gebe, vor Durchführung jeder das Handwerk betreffenden Maßregel gehört zu werden. Sehr schwer falle schließlich ins Gewicht, daß die neuen Organe sicher den Untergang der alten Innungen herbeiführen, also gerade die Körperschaften beseitigen müssen, die trotz Mangel und Schwächen immerhin noch eine leistungsfähige Grundlage für die Hebung des Handwerkerstandes abgeben. Es unterliege, so schließt Frankenstein seine Betrachtungen, keinem Zweifel, daß mit den Fachgenossenschaften und Handwerkskammern Organe neugeschaffen werden würden, denen die Voraussetzung ihrer Lebensfähigkeit fehle, während mit den Innungen Gebilde fielen, die unter gewissen Verhältnissen bereits eine erfolgreiche Thätigkeit entfaltet haben und auch weiter entfalten könnten. Er müsse sich auch gegen die Vorschläge des Herrn von Berlepsch erklären, obgleich er dem Grundgedanken durchaus zustimme. Er bezeichnet es als fraglich, ob es gelingen werde, auf jenem Grundgedanken zu Besserem zu kommen.

Eine Metakritik über diese verschiedenartigen und interessanten Urteile glauben wir uns ersparen zu dürfen, da wir unsere Anschauungen bereits bekannt gegeben haben, und aus diesen selbst klar geworden sein wird, in welchen Punkten wir mit den zuletzt entwickelten Ideen übereinstimmen und wo wir davon abweichen.

*

*

*

*) Zukunft. Nr. 53. 1893.

Schlußwort.

Die Organisationspläne des preussischen Handelsministers haben, so können wir jetzt am Schlusse resumieren, viel Anfechtung und wenig Verteidigung gefunden. Ohne Frage ist aber dem Freiherrn von Berlepsch das Verdienst in vollem Umfange zuzusprechen, daß er zu einer gesetzlichen Lösung der Handwerkerfrage sehr wertvolles Material herbeigeschafft hat und daß manche der in dem neuen Entwurfe gegebenen Anregungen beanspruchen dürfen, von dem „bethlehemitischen Kindermorde“, von dem spurlosen Verschwinden in einer Kommission, verschont zu bleiben. Wir wollen das nach unserer Ansicht Wertvolle und Brauchbare der Berlepsch'schen Pläne und das, was wir geändert haben möchten, noch einmal in einer einheitlichen Zusammenstellung dem Leser vorführen:

Die den österreichischen Genossenschaften nachgebildeten obligatorischen Fachgenossenschaften sind zu entbehren; durch eine derartige Einrichtung, die mit Zwangsmaßregeln die verschiedenartigsten Elemente des Handwerks umfassen soll, sind wirtschaftliche Vorteile für das Kleingewerbe nicht zu erwarten, andererseits wird die Pflege des Gemeingeistes und der Standesehre in den bisherigen freien Körperschaften besser gedeihen. Die Gehilfenausschüsse sind nicht als Anhängsel zu den Fachgenossenschaften, sondern als eine notwendige selbständige Interessenvertretung der Gehilfenschaft zu errichten. Es ist zu billigen, daß die Gehilfenausschüsse mit vollem Stimmrecht an der Beratung und Beschlußfassung der Handwerkskammern über die ihre Interessen umfassenden Angelegenheiten und über diejenigen Einrichtungen und Maßregeln teilnehmen, wozu die Gehilfen Beiträge zu leisten haben, aber auch nur in diesem Umfange.

In den Handwerkskammern wird dem gesamten Handwerk eine Organisationsgrundlage und eine Interessenvertretung geboten, die namentlich zur Durchführung zweckmäßiger Bestimmung für das Lehrlingswesen und zur Geltendmachung der Wünsche des Kleingewerbes dem Staate und der öffentlichen Meinung gegenüber von großer Bedeutung ist. Anstatt jedoch die Handwerkskammern aus den Fachgenossenschaften zu bilden, sind ihre Mitglieder auf dem Wege eines indirekten Wahlverfahrens aus den Unter-

nehmern aller derjenigen Betriebe zu wählen, die nicht mehr als zehn Hilfsarbeiter beschäftigen oder die auf ihren Antrag oder durch Bestimmung des Bundesrats als handwerksmäßig bezeichnet worden sind. Die Handwerkskammern sind obligatorisch, die Wahl zum Mitgliede kann nur aus bestimmten Gründen, die der Entwurf angiebt, abgelehnt werden. Den Handwerkskammern ist ein staatlicher Kommissar mit den im Entwurf angeführten Befugnissen beizugeben. Gleich den preussischen Handelskammern sollen die Handwerkskammern als Hauptfunktion die Befugnis haben, die Forderungen des Handwerkerstandes der von ihnen umfaßten Bezirke in authentischer und sachgemäßer Form zur Kenntniß der Regierung, der Parlamente u. zu bringen. Sie haben also periodische Berichte herauszugeben, Gutachten über Angelegenheiten des Handwerks zu verfassen, die von den Behörden vor Beschlußfassung der in dies Gebiet fallenden Angelegenheiten einzuholen sind. Sie haben ferner die zur Förderung des Kleinergewerbes geeigneten Einrichtungen und Maßnahmen (namentlich auf dem Gebiete des Schul- und Genossenschaftswesens) zu beraten und bei den Behörden anzuregen. Ein direktes Eingreifen in das Schulwesen, Herbergswesen u. bringt Konflikte mit den bestehenden Körperschaften und übersteigt die Kräfte der aus sehr verschiedenen Erwerbsarten gewählten Handwerkskammern. Eine Mitwirkung der Handwerkskammern bei der Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen ist auszuschließen.

Das Innungswesen ist in seiner jetzigen Form beizubehalten und auszubauen. Nur ist der § 100e der Gewerbeordnung, wenn es zu einheitlichen, für alle Handwerker verbindlichen Bestimmungen für das Lehrlingswesen im Sinne des Entwurfs kommt, zu streichen. Im Uebrigen ist zu erwarten, daß, wenn durch die Errichtung von Handwerkskammern das Gebiet der handwerksmäßigen Betriebe abgegrenzt worden ist und damit die Innungen ein fester abgegrenztes Arbeitsfeld erhalten haben, die Innungen auch an numerischer Stärke und an Einfluß gewinnen werden. Andererseits haben die Innungen innerhalb der von der Gewerbeordnung ihnen zugewiesenen Aufgaben noch weit mehr ihre Schuldigkeit zu thun und den Schwerpunkt ihrer

Thätigkeit von dem politischen auf das wirtschaftliche Interessengebiet zu verlegen.

Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen sind dahin umzuändern, daß die auf diesem Felde den Fachgenossenschaften eingeräumten Befugnisse bei den Innungen, Innungsausschüssen, Innungsverbänden zu verbleiben haben oder diesen oder den Handwerkskammern übertragen werden. Die Vorschläge über die Befugnisse zum Halten und Anleiten von Lehrlingen sind annehmbar, nur ist die Mildeungsklausel, wonach der dreijährige selbständige Betrieb eines Handwerks zum Halten von Lehrlingen berechtigt, zu streichen. Wo Ausnahmen am Platze sind, mag die Behörde von Fall zu Fall entscheiden. Bei den Gesellenprüfungen sind die kaufmännischen Fächer mehr zu berücksichtigen, als es im Entwurfe geschieht. Zu billigen sind die Bestimmungen über die Lehrzeit. Der schriftliche Lehrvertrag ist allgemein obligatorisch zu machen. Ferner sind die Vorschläge des Entwurfs betreffend den Meistertitel, sowie betreffend die Befugnis des Bundesrats, das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Gesellen in einzelnen Gewerben festzusetzen, beizubehalten. Bei der Durchführung der Bestimmungen zur Regelung des Lehrlingswesens sind die Fachgenossenschaften zu entbehren. Die Festsetzung der verwandten Gewerbe geschieht durch die Handwerkskammern nach Anhörung des Innungsausschusses, die Dauer der Lehrzeit wird nach Anhörung der Innung und des Gehilfenausschusses festgestellt, der Lehrvertrag muß dem Innungsausschuß vorgelegt werden. Die Gesellenprüfungen sind nur durch die Innungen oder durch eine von der Handwerkskammer zu bildenden Prüfungskommission vorzunehmen.

Was schließlich die dem Entwurfe vorangestellten Spezial-Fragen des Handelsministers (§. 12 und 13) anbetrifft, so wird, falls die Fachgenossenschaften nicht acceptiert werden, ein Teil davon hinfällig, und zwar gilt dies für die Fragen 2, 3 und zum Teil auch für die Frage 4. Auf die Frage 1: „Erscheint die zur Abgrenzung der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben angenommene Arbeiterzahl (zwanzig) zutreffend?“ antworten wir, daß wir eine geringere Ziffer, nämlich zehn, für ausreichend halten. Frage 2 behandelt die Bemessung der Beiträge für die Fachgenossenschaften, sie bittet um Gutachten, ob diese nach der Höhe

der Gewerbesteuer, der Zahl der Arbeiter oder dem Umfange der maschinellen Hilfskräfte bestimmt werden soll. Wir würden uns für eine Bemessung nach der Gewerbesteuer entscheiden; wenn auch die Sätze bei der verschiedenartigen Steuergesetzgebung der Bundesstaaten sehr verschieden sein werden, so ist das doch irrelevant, da die Vereinigungen vermutlich doch nicht über den Bezirk eines Bundesstaates hinausgreifen werden und dann die Steuerquote wohl immer noch der klarste Maßstab für die Bemessung der Beiträge bilden mag. Frage 3: „In welchem Verhältnis soll die Zahl der Mitglieder des Gehilfenausschusses zu der Zahl der Mitglieder des Vorstandes der Fachgenossenschaft stehen?“ ist sehr schwierig zu beantworten, da sich Willkürlichkeiten kaum vermeiden lassen werden. Man hat das Verhältnis von 1 zu 3 vorgeschlagen, ohne daß man damit der Schwierigkeiten Herr geworden ist. 4. Die Kosten des Gehilfenausschusses haben die Gehilfen zu tragen, 5. das Verhältnis der Zahl der Vertreter der Gehilfenausschüsse zu der Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer ist wiederum schwierig zu bestimmen, vielleicht empfiehlt sich das Zahlenverhältnis 2 zu 3. Uebrigens darf man hierbei doch nicht vergessen, daß einer unbedingten Majorisierung der Gehilfen durch die Bestimmungen über das aufschiebende Veto der Gehilfenvertretung vorgebeugt werden soll. 6. Die Beiträge für die Handwerkskammer sind nach der Höhe der Gewerbesteuer, wo keine Gewerbesteuer bezahlt wird, nach der Höhe der Einkommenssteuer von den handwerksmäßigen Betrieben einzuziehen. Ein Minimalsatz ist zu Grunde zu legen.

Ueberschauen wir den Berlepsch'schen Entwurf noch einmal im Ganzen, so ergibt sich auch hier wieder die Richtigkeit des Erfahrungssatzes, daß das, was damit dem Handwerkerstande an neuen gesetzlichen Bestimmungen dargeboten wird, nur den äußeren Rahmen einer Organisation bildet, und daß die Handwerker selbst das Beste leisten müssen, damit dieser Rahmen nutzbringend für den Einzelnen und für den Stand ausgefüllt werde. Immer wieder muß man es namentlich betonen, daß die Innungen die Pflicht haben, Kreditvereine, Rohstoffgenossenschaften und Werkgenossenschaften einzurichten, damit die Kraft des großkapitalistischen Betriebes durch einen kapitalistischen Gegenschlag mittelst genossenschaftlicher Vereinigung der kleinen Kapitalisten und Arbeiter abgewehrt werde. Es möge dann freilich auch durch die Handwerkskammern den Behörden und der öffentlichen Meinung die weiteren Bedürfnisse des Handwerks bekannt gegeben werden; die Handwerkskammern haben die Reformen vorzuschlagen, wonach

das Kleingewerbe im Einzelnen noch verlangt; sie sind berufen, die Mittel anzugeben, wie der Bauhandwerker gegen den Bau-
schwindel zu schützen sei, ihr Gutachten abzugeben, wie weit sich
eine Anwendung der Unfallversicherung auf das ganze Handwerk
empfehle, wie das Submissionswesen, die Gefängnisarbeit, die
Konkurrenz der Konsumvereine weniger das Handwerk schädigende
und verletzende Formen zu erhalten haben, und was schließlich gegen
etwaige Schäden durch die Abzahlungsgeschäfte, das Wander-
gewerbe und durch den unehrlichen Wettbewerb auszurichten sein
werde.

Es wird den Handwerkern in den Berlepsh'schen Vorschlägen
in der That manches Nützliche geboten, sodaß sie gut thun, es in
dem angegebenen Umfange anzunehmen und in ihrem Interesse
zu verwerten. Wollen sie das nicht, so ist es erforderlich, daß die
Handwerker selbst mit Verbesserungsvorschlägen hervortreten und
ihre jetzige, rein negative und unproduktive Haltung der voll-
ständigen Ablehnung aller von den Regierungsorganen aus-
gehenden Vorschläge aufgeben. Auch die Regierungen, und zu-
mal der preußische Handelsminister, der durch seinen Entwurf sein
reges Interesse für das Kleingewerbe deutlich zu erkennen gegeben
hat, dürfen jetzt mit Fug und Recht den Handwerkern zurufen:
Schafft mit! Nur — „wer immer strebend sich bemüht, den
können wir erlösen!“



In dem Verlage von **Albert Limbach** in Braunschweig erschien ebenfalls:

Das Programm der Handwerker.

Eine gewerbepolitische Studie

von

Hugo Böttger.

XII und 283 Seiten stark. Preis 2 Mk.

Das Buch wurde von der gesamten deutschen Presse günstig besprochen. Einige Urteile mögen erwähnt werden:

Badische Gewerbezeitung: „Das Studium des Werkes festelt namentlich durch die ruhige, durchaus nur von der Objektivität geleitete Darstellung . . . Das Buch verdient in den Kreisen der Gewerbetreibenden allgemeine Verbreitung zu finden.“

Allgemeiner Illustrierter Anzeiger für die Schuhindustrie: „Ein willkommener Berater für alle diejenigen, welche bei den gewerbepolitischen Streitfragen interessiert sind.“

Deutsche Uhrmacher-Zeitung: „Wir können das durch eine klare Schreibweise sich auszeichnende Buch jedem Interessenten bestens empfehlen.“

Werkmeister-Zeitung (Düsseldorf): „Der eifrige Zeitungsleser und Politiker wird das Werk nicht ohne Befriedigung bei Seite legen und es jedenfalls sehr oft als nützlich Nachschlagebuch benutzen können.“

Deutscher Müller (Leipzig): „Das Buch erörtert die Handwerkerfrage in einer recht packenden Weise; der Verfasser hat eine Gesamt-Darstellung der schwierigen Materie geschaffen, die in so abgerundeter Form bislang noch nicht vorlag.“

Metallarbeiter (Berlin): „Ein ganz vortreffliches Buch.“

Deutsche Klempner-Zeitung (Berlin): „Kein Handwerker sollte veräumen, das Buch zu lesen; es hat jetzt, wo die Handwerkerfrage auf der Tagesordnung steht, eine große Bedeutung für die Klärung der Ansichten.“

Bäcker-Zeitung (Berlin): „Seine vortreffliche Arbeit wird nicht unwesentlich zur Klärung der sich widerstrebenden Ansichten, wie zur Milderung der Parteigegegnisse beitragen.“

Gewerbeblatt für das Großherzogtum Hessen: „Klar und anschaulich geschrieben.“

Sächsische Gewerbechau: „Eine außergewöhnliche Erscheinung auf dem Büchermarkt.“

Blätter für Genossenschaftswesen: „Auch ohne mit den Anschauungen des Verfassers überall einverstanden zu sein, muß man doch sein Streben nach objektiver Prüfung anerkennen.“

Deutsche Gemeindezeitung (Berlin): „Das Buch wird Jedem, der ohne Parteivorurteil an der Lösung der darin besprochenen Frage mitarbeiten will, viel Interessantes bieten.“

Reichs-Anzeiger: „Das Buch ist keine Streit- oder Tendenzschrift, es darf den Anspruch erheben, eine gründliche geschichtliche, wissenschaftliche und sachliche Untersuchung anzustellen . . . Der Verfasser hat mit Einsicht und Klarheit die betreffenden Fragen behandelt . . . Das reiche Material, das das Werk bietet, ist unter allen Umständen zur Orientierung in den einschlägigen Fragen willkommen.“

Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Ein willkommenes Hilfsmittel zum Ueberblick über das Gesamtgebiet der Handwerkerfrage.“

National-Zeitung: „Die vortreffliche gewerbepolitische Studie hat besonderen Wert zur Information über die Handwerkerfrage.“

Die Post (aus einem Leitartikel): „Bietet eingehende Belehrung . . . In dem sehr brauchbaren Werke werden nicht bloß die Geschichte und Rechtsgrundlagen des Handwerks, sowie der Handwerkerbewegung der neuen Zeit kurz aber vollständig ausreichend behandelt, sondern auch die Forderungen des Handwerks zutreffend beurteilt.“

Berliner Tageblatt: „Eine brauchbare Uebersicht über alle Einzelheiten der Handwerkerfrage . . . Zunftfreunde und Zunftgegner können aus Böttgers Buche manches lernen.“

Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung: „Eine fleißige und lesbar geschriebene Arbeit, die gerade jetzt auf dankbare Leser wird rechnen können.“

Berliner Börsen-Zeitung: „Ein bedeutames Werk, das die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise unseres Volkes verdient.“

Weiser-Zeitung (Bremen): „Ein willkommenes Orientierungsmittel.“

Münchener Neueste Nachrichten (aus einem Leitartikel): „Eine der lezenswertesten neueren Monographien.“

Deutschland (Weimar): „Gründlich, ohne lehrhaft und langweilig zu sein.“

Leipziger Tageblatt: „Zur rechten Zeit erschienen.“

Frankfurter Journal: „Eine übersichtliche, belehrende und sachverständige Schrift.“

Rheinisch-Westfälische Zeitung: „Bringt ein frisches, vielfach aus dem praktischen Leben geschöpftes, unbefangenes und maßvolles Urteil.“

Braunschweigische Landes-Zeitung: „Viel Sachkenntnis und praktische Einsicht, gesunde Auffassung.“

Hamburger Fremdenblatt: „Durchaus originelle Auffassung, klarer Stil, übersichtliche Form.“

Die Neue Braunschweigische Zeitung bringt verschiedene Leitartikel über das Buch, das sie als ein „mit großem Fleiß und tüchtigem Verständnis geschriebenes Werk“ bezeichnet zc. zc.



